

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Die Große Koalition

Vor geraumer Zeit – in unserer Ausgabe vom November 2002 – haben wir in einem Leitartikel deutlich zu machen versucht, daß in der BRD längst ein Zweiparteiensystem nach amerikanisch-britischem Muster installiert worden ist. Welche Mannschaft bei Wahlen auch immer siegt, es kommt nichts anderes dabei heraus, als daß die Wähler an der gerade besonders unpopulären der beiden „großen Volksparteien“ ihr Mütchen kühlen und einen Austausch der nach vorne gestellten Personen vornehmen können. Die Einbahnstraße führt politisch immer zu demselben Punkt, auch wenn man die soziale Unterstützungsbasis und die Stammklientel der Parteien gründlich analysieren und differenziert betrachten muß. Am Wesen der Dinge ändert sich nichts. Niemand, der dazu gehört, zieht die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse auch nur in Zweifel. So verhält es sich mit dem Zweiparteiensystem, das die bürgerliche Demokratie einengt und sie auf einen Wähler-Dressurakt reduziert.

Aber es gibt auch noch eine andere Möglichkeit, bei der ein solches Wechselbad der Parteien gar nicht erst stattfindet. Steht der herrschenden Klasse das Wasser besonders hoch am Hals, ist der Abstand zwischen den vermeintlichen Kontrahenten nur gering oder läßt sich keine Koalition mit kleineren Parteien zusammenschustern, dann entscheiden sich die politisch tonangebenden Kreise in aller Regel für eine sogenannte Große Koalition – die Zusammenlegung der Potentiale beider Hauptparteien. Wer SPD gewählt hat, bekommt nun CDU, und umgekehrt. Die ganze Wahl erweist sich nachträglich als Firlefanz oder als zynischer Bluff.

Unter gewissen Voraussetzungen kann die Große Koalition auch die Form einer Zweckehe von Regierung und Opposition annehmen. Dann weiß man nicht mehr, wer regiert und wer opponiert. Alles dieselbe Soße, alles dieselbe Chose. Jene, die eigentlich am Ruder sind, ordnen sich plötzlich denen, die die vorangegangene Wahl verloren haben, bereitwillig unter. Ja, sie sind sogar noch dankbar dafür, daß ihnen diese Subordination überhaupt gestattet wird. Gleiche Brüder, gleiche Kappen, pflegt man zu sagen, wenn alles unter einer Decke steckt.

Eine solche Lage herrscht gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland. Nach Meinungsumfragen – einer Hauptform der Wählerabrichtung – weit vorn und damit für die nächste Runde hochfavorisiert, haben CDU/CSU bereits jetzt de facto das

Zepter übernommen. Sie sagen der SPD, wo es langgeht. Was sie abnicken, machen Schröder, Clement, Eichel und Schmidt, die in Seehofer geradezu verliebt zu sein scheint.

Natürlich zieren sich die Großen Koalitionäre bei dem Flirt noch ein wenig. Doch wie sie gemeinsam die Messer wetzen und zum Sozialmassaker schreiten – von der Gesundheits„reform“ bis zur Steuer„reform“ – wirkt selbst auf politisch Abgebrühte verblüffend.

Warum wird dieses Gaunerstück inszeniert? Pack schlägt sich, Pack verträge sich, sollte man meinen. Doch es steckt mehr dahinter. Das Kartell der Parteien des Kapitals will in einer politisch und ökonomisch angespannten Situation keinerlei Schwäche zeigen und jedes Risiko vermeiden. Da muß das „demokratische Spiel“ zurückstehen. Und außerdem: Die „Arbeitgeberverbände“ sind mit dem derzeitigen Kurs der SPD durchaus zufrieden. Sie meinen nur, da müsse noch mehr schwarzer Pfeffer ran. Die Hundts und Rogowskis haben deshalb der CDU empfohlen, auf ein Hervorheben von Rivalitäten, Plänkeleien und Eifersuchtsausbrüchen vorübergehend zu verzichten und sich eher breitbeinig vor die Schröder-Regierung zu stellen. Gelegentlicher Theaterdonner und kleine Scheingefechte tun dem keinen Abbruch. Die Unternehmerparteien sind den Sozialdemokraten und deren domestizierten Grünen nämlich dafür dankbar, daß sie die heißesten Eisen angefaßt und einige der größten Brocken des „Sozialballasts“ bereits abgeworfen haben. Deshalb entschied sich die bürgerliche Rechte für einen Wechsel der Taktik, für eine Große Koalition der Willigen. Sie hält allerdings höchstens bis zum Beginn des nächsten Bundestagswahlkampfes, bei dem erneut die Konkurrenz beim Einfangen des Stimmviehs in den Vordergrund treten dürfte.

Die uns abzocken und ausnehmen, sind gleichen Mutes und gleichen Blutes. Gebraucht wird ein Hecht im Karpfenteich: Was in Deutschland objektiv fehlt, ist eine große, massengestützte revolutionäre Partei, die Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch vereint und sich vom Marxismus leiten läßt. Sie kann nicht herbeigeredet werden, entsteht aber auch nicht im Selbstlauf, obwohl sie längst zu einem dringenden Erfordernis geworden ist. Es bedarf einer Kraft, die nicht nach PDS-Muster taktiert und koaliert, sondern Tacheles redet.

Klaus Steiniger



INHALT

Damoklesschwert über der PDS	S. 2
Engels in Berlin	S. 3
Chile: Botschaft als Rettungsinsel	S. 4
Der Andere 11. September	S. 5
An ihren Zähnen sollt ihr sie erkennen	S. 6
Aus fürs Krankengeld	S. 6
Zur DDR-Ausreisepolitik	S. 7
Mit 16 bei Budjonny's Reitern	S. 8
Die „Fäuste“ von Halle	S. 9
Mit Kanonen auf Spatzen	S. 10
Waffen in Arbeiterhand	S. 11
Geisterstunde – eine Ballade	S. 12
Rote Grafik	S. 13
Karsais Kabuler Krakenarme	S. 14
Afsünderlich	S. 14
Angela Davis zu Besuch	S. 15
Struck und die Gelbbauchunken	S. 16
Intelligenz ist schädlich	S. 16
Die Schere im Kopf	S. 17
Heinz Brandts Agententräume	S. 18
„RotFuchs“-Treffen in Torgau	S. 18
Willy Brandt und der OSS	S. 19
Wer sind die Terroristen?	S. 19
Wo blieb die über dem Pentagon „abgestürzte“ Boeing?	S. 20
Auf Gottes Befehl	S. 20
Bushs Oberfalk Wolfowitz	S. 21
Zum Warschauer Aufstand 1944	S. 22
Damals am Ebro	S. 23
Fidel: Beleidigend und respektlos	S. 24
KPÖ-Linke gewann Terrain	S. 24
Venezuelas Alphabetisierungsplan	S. 25
FMLN-Präsidentenschaftsbewerber	S. 25
Südafrika: Mbekis Maulkorb	S. 26
Zyperns AKEL regiert mit	S. 26
Sportpremiere im RF	S. 27
¡ Presente!	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Zum Tode Heinz Knoblochs	S. 31
Termine & Anzeigen	S. 32

Bedeutet Chemnitz die Selbstaufhebung einer sozialistischen Partei?

Damoklesschwert über der PDS

Was versteht die PDS eigentlich unter „demokratischem Sozialismus“ – demokratisch legitimierten Bruch der Kapitalherrschaft oder lediglich Milderung kapitalistischer Auswüchse? Worin sieht sie ihren Sinn (oder, wie manche in ihren Reihen sagen, Gebrauchswert) als sozialistische Partei?

Sowohl seitens marxistischer Kräfte als auch aus dem Lager der „Reformer“ wird das Fehlen eines klaren Profils der PDS beklagt.

Letztere wollen ihr die Züge einer „Volks- und Menschenrechtspartei“ geben, die sich im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten, insbesondere durch parlamentarische Präsenz und Regierungsteilnahme, um „soziale Gerechtigkeit“ für „die Menschen“ bemüht. Ein Kompendium solch unverbindlicher Formulierungen stellt auch der vom jüngsten Sonderparteitag bestätigte „Leitantrag“ dar. Die Sätze hören sich so hübsch an, wie sie lebensfremd sind: Unterschiedlos „für des Menschen Wohl“ wirken zu wollen, also für das solcher Unternehmerbosse und Sozialdemonteur wie Hundt oder Rogowski und gleichermaßen für das von Millionen Lohnabhängigen oder schon Ausgrenzten ist absolut ungläubwürdig. Denn damit wäre eine Partei eben nicht mehr Partei, d. h. politische Interessenvertreterin eines Teils der Gesellschaft! Und schon gar nicht kann sie sozialistische Partei sein, wenn sie – wie das die „Reformer“ wollen – unter Opposition nur „gestaltendes“ Mitmachen versteht, das sich keinesfalls gegen das herrschende System richten dürfe. Weil sich die Partei angeblich nur so wieder Einfluß und politische Handlungsfähigkeit verschaffen könne. Bildlich gesprochen: Ein „Reformspatz“ in der Hand sei allemal besser als eine „Revolutionstaube“ auf dem Dach,

zumal dort derzeit eine solche gar nicht sitze. Der als „konservativ“ stigmatisierte Parteiflügel aber entwerfe, statt sich um die heutigen Nöte der „kleinen Leute“ zu kümmern, beim Warten auf diese „Tauben“ am Küchentisch utopische „Weltrevolutions“-Szenarien, sei also politikunfähig. Diese Unterstellung soll die konsequent sozialistischen Kräfte in der Partei zu einer Sekte realitätsfremder Revoluzzer stempeln und damit isolieren.

Doch statt des angestrebten demagogischen Effekts werden zunehmend Stimmen vernehmbar, die das politische Konzept der „Reformer“ in Frage stellen, oft als gänzlich untauglich verwerfen. Diese Stimmen kommen nicht nur aus der Partei selbst, sondern auch aus einem Kreis zwar parteiungebundener, jedoch an einer starken, sozialistisch geprägten PDS interessierter Persönlichkeiten, die sich eben deshalb kritisch zu deren derzeitigem Zustand und politischem Kurs äußern. Symptomatisch sind dafür solche im ND erschienenen Beiträge wie die von Daniela Dahn (am 28./29. 6., zu Parteitagbeginn) und Astrid Krause vom bundesweiten Koordinierungskreis Attac (am 4. 7.). Bei allen Unterschieden in der Argumentation stimmt die Kritik beider Autorinnen in der Grundrichtung weitgehend überein: Beide thematisieren, daß die PDS nur als eindeutig antikapitalistische Kraft eigenes Profil erlangt und dann von jenen gehört und als ihre Stimme verstanden wird, denen die „neoliberale“ Offensive immer rigorosere die Existenzmittel entzieht.

Dahns Feststellung, daß „Demokratie auch institutionalisierte Interessenvertretung ist“, steht in direktem Zusammenhang mit der von ihr gestellten Frage, „warum ... nicht Tausende empörte Agenda-Gegner zur PDS überlaufen“. Zudem bietet ihre

Bemerkung, daß der Realsozialismus „eine bemerkenswerte Leistung vollbracht hat“, indem er „dem Kapitalismus Grenzen“ setze, gewissen reformistischen Geschichtsdeutern hinreichend Anlaß zum Nachdenken darüber, ob ihre penetrante Distanzierung von der DDR nicht auch zu den Gründen gehört, weshalb ihnen viele einstige Anhänger und Wähler den Rücken kehrten.

Astrid Krause moniert zutreffend, daß die PDS die gegenwärtige Situation nicht nutzt, um – unter anderem mit ihrer Programmdebatte – „wirksame linke Alternativen für die realen Auseinandersetzungen von heute mit längerfristigen gesellschaftlichen Perspektiven und Zielen zu verbinden“. Das aber sei künftig „die einzige Chance der PDS zur Rückgewinnung von Einfluß im politischen Spektrum“. Ihre Kritik an Passagen des PDS-Programmtextes, in denen ein Bekenntnis zum Privateigentum an Produktionsmitteln abgelegt und damit der Anspruch auf „Zurückdrängen der Profitdominanz“ konterkariert wird, läßt an antikapitalistischer Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig.

Der Mitgliedschaft müßte es Alarmsignal und endlich Anstoß zum Handeln sein, wenn ihrer Partei wohlgesonnene Menschen wie Astrid Krause beklagen, daß sich die PDS derzeit als „eine wankelmütige Mitmacherin“ verhält, an der „nur der Name“ noch „sozialistisch scheint“.

Die Ergebnisse des Berliner Sonderparteitages geben keinen Anlaß zu der Annahme, daß sich das nun ändern werde. Mit dem vorgenommenen Personalaustausch in der Vorstandsetage ist lediglich eine trügerische Pause im Richtungsstreit zuwege gebracht worden, der – vorerst hinter den Kulissen – weitergeht.

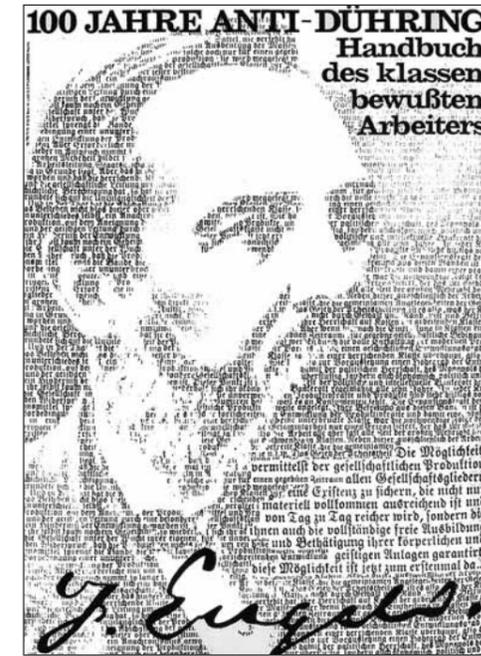
Als die Delegierten den Heimweg angetreten hatten, war wohl so manchem um die PDS Besorgten zumute, wie bei Bertolt Brecht im Epilog zum „guten Mensch von Sezuan“ nachzulesen: Sie standen nun „... enttäuscht und sind betroffen. Der Vorhang zu und alle Fragen offen“.

Wenn im Oktober in Chemnitz der ordentliche Parteitag der PDS zusammentritt, werden sich die selben Delegierten nicht mehr an den überfälligen Antworten vorbeimogeln können. Das Programm, das sie dort beschließen, wird über Charakter, Ziel und Weg ihrer Partei eindeutig Auskunft geben. Akzeptieren sie den vorgelegten Entwurf der „Reformer“, dann vollendet die PDS damit den qualvollen Prozeß ihrer sukzessiven Selbstaufhebung als sozialistische Alternative zu dieser Gesellschaft. Sie macht sich als wählbare Gegenkraft zu den politisch Herrschenden endgültig überflüssig. Dieses Damoklesschwert sollte niemand verkennen, dem es um den Bestand der PDS als linker Partei ernst ist.

Wolfgang Clausner

Als Friedrich Engels 1893 in den „Concordia-Festsälen“ sprach

Besuch im Friedrichshain



Plakat von Klaus Parche (1978)

„Ein großer Saal. Große Girlanden, mit roten Blumen besteckt, schwebten in runden Bogen um die Galerien, von einer Seite zur anderen. ‚Proletarier aller Länder, vereinigt euch!‘ leuchtete es in riesigen Goldbuchstaben auf rotem Grund von der Tribünenwand herab den Eintretenden entgegen. Unter Lorbeerbüschen glänzten die weißen Büsten von Marx und Lassalle. Als wir kamen, war der Riesenraum schon dicht gefüllt: Männer im Festtagsrock, Frauen und Mädchen in bunten Blusen und hellen Kleidern, die Gesichter verklärt, wie die der Kinder von Weihnachtsvorfreude. Ein Glanz der Jugend strahlte aus allen Augen und verwischte die Furchen, die Leidenszüge, die Kummerfalten und gab den früh gebleichten Wangen die Röte der Kinder des Glücks.“ So schildert Lily Braun in ihren „Memoiren einer Sozialistin“ den 22. September 1893. Sie erlebte ihn – zusammen mit etwa 4000 begeisterten Teilnehmern – in den „Concordia-Festsälen“ in Friedrichshain. Sie waren auf Einladung der Berliner Sozialdemokratie gekommen und feierten den Mitbegründer ihrer Weltanschauung – Friedrich Engels. Der Kampfgefährte von Karl Marx machte auf der Rückreise vom Internationalen Sozialistenkongress in Zürich nach London den Abstecher nach Berlin, um Dank zu sagen. Er galt den Genossen und Anhängern der Sozialdemokratie. Sie hatten vor allem in den zwölf Jahren des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, das am 19. Oktober 1878 im Deutschen Reichstag verabschiedet wurde und erst am 30. September 1890 fiel, ihren Ideen die Treue gehalten. Die Verfolgungen des Bismarck-Regimes waren hart: 900 Sozialdemokraten wurden aus ihren traditionellen Wohnorten ausgewiesen, so Paul Singer aus Berlin; 80 von ihnen mußten Deutschland verlassen. 1500 Arbeiter kamen auf die Anklagebank und verbüßten Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. Dennoch stieg der Stimmenanteil in fünf Reichstagswahlen von 1878 (437 158/9 Mandate) bis 1890 (1 427 298/35) stetig an; am 15. Juni 1893 erreichte man ein Rekordergebnis: 1 786 738 Stimmen und damit 44 Abgeordnete. Der Ehrengast nahm darauf Bezug: „Es sind, fast auf den Tag 51 Jahre, daß ich Berlin zuletzt gesehen“, sagte Friedrich Engels. „Seitdem ist Berlin vollständig umgewandelt. Damals war es eine kleine sogenannte ‚Residenz‘ von kaum 350 000 Einwohnern und lebte vom Hof, vom Adel, von der Garnison und der Beamtenwelt. Heute ist es eine große Hauptstadt mit fast zwei Millionen Einwohnern, die von der Industrie lebt; heute könnten Hof, Adel, Garnison und Beamte sich einen anderen Wohnort suchen und Berlin bliebe doch Berlin. Und die industrielle Entwicklung Berlins hat noch eine andere Umwälzung hervorgebracht. Damals gab es noch keinen einzigen Sozialdemokraten in Berlin;

man wußte nicht einmal, was Sozialdemokratie war. Heute, vor wenigen Monaten, hat man die Berliner Sozialdemokratie Revue passieren lassen, und sie ist aufmarschiert mit fast 160 000 Stimmen, und Berlin hat fünf sozialdemokratische Abgeordnete auf sechs Vertreter im Ganzen. In dieser Beziehung steht Berlin an der Spitze aller europäischen Großstädte und hat selbst Paris überflügelt.“

Lily Braun beschreibt ihre Eindrücke beim Auftakt: „Und durch den breiten Mittelgang, an dem sich rechts und links, eine undurchdringliche Mauer, die Menge staute, kamen sie alle, die alten Kämpfer, deren Namen ein blutiger Schrecken für die einen, ein Symbol künftiger Glückseligkeit für die anderen war. Mein Blick blieb nur auf den vier voranschreitenden, die ich um mich herum immer wieder flüsternd nennen hörte: Liebknecht – Bebel – Auer – Engels. Groß war der eine, mit grauem Vollbart, hoher Stirn, geistvoll sprühenden Augen, einen feinen Zug von Sarkasmus um den Mund, klein der andere, mit widerspenstiger voller Haarsträhne, die ihm immer wieder nach vorne fiel, so daß sein Blick sich noch mehr verschleierte – jener merkwürdige Blick, wie ihn nur Dichter und Träumer haben. Einen breiten hellen Germanenkopf trug der Dritte stolz auf starken Schultern: ein paar Augen, die gewiß zu blitzen verstanden wie die alter Häuptlinge, sahen über die Menge hinweg. Vorne aber ging der alte gefeierte Gast mit einem Lächeln so voll gerührter Güte und freudiger Menschenliebe, als wären das alles seine Kinder, die ihm entgegenjauchzten. Gesang, Musik, Begrüßungsreden wechselten miteinander ab, wie bei einem großen Familienfest. Nichts Pathe-

tisches, aber auch nichts, das an Aufruhr und revolutionären Schrecken erinnerte, störte die Stimmung. Das Rot der vielen Schleifen und Fahnen im Saal schien heute nur die Farbe der Freude zu sein, nicht die des Bluts ... Mit einer altväterlich-chevaleresken Verbeugung schenkte mir Engels ein paar Blumen aus der Fülle, die ihm gegeben worden war. ‚Ein gefährliches Zeichen‘, lachte Liebknecht und wies auf die rote Nelke darunter. ‚Eins des Sieges, wie ich hoffe‘, antwortete ich. Wir gingen still nach Hause. Eine große Freude erfüllte uns.“

Friedrich Engels verweilte noch einige Tage als Gast der Familie Bebel in Berlin, von der preußischen Polizei sorgsam observiert, wie deren Berichte belegen. Er wurde von den Genossen durch die Stadt geführt und schaute auch hinter die Fassaden. Seine Eindrücke waren ambivalent. Den negativen Aspekt beschrieb er in einem Brief an den befreundeten Victor Adler so: Berlin sei „von außen wirklich schön, selbst in den Arbeitervierteln lauter Palastfronten. Was aber dahinter ist, davon schweigt man am besten“.

Begeistert dagegen war er von den zahlreichen Begegnungen mit Bewohnern der Stadt. Laura Lafargue ließ er wissen: „Du kannst mir glauben, daß es ein Vergnügen war, diese Menschen zu sehen und zu hören. Wenn man ... das einheitliche Ziel, die ausgezeichnete Organisation sieht, die Begeisterung erlebt, den unverwundlichen Humor, der aus der Siegesgewißheit quillt, muß man mitgerissen werden und sagen: Hier ist der Schwerpunkt der Arbeiterbewegung.“

Die freundliche Erinnerung an das arbeitende Berlin blieb bis zu seinem Tode am 5. August 1895 erhalten. Der Partei wies er im Testament 20 000 Mark „zu Wahlzwecken“ an und schrieb in einem Begleitbrief an Bebel und Singer: „Sorgt vor allem, daß Ihr das Geld bekommt, und wenn Ihr's habt, daß es nicht den Preußen in die Hände fällt. Und wenn Ihr über diese Punkte Beschluß faßt, so trinkt eine Flasche guten Wein dazu, solches tut zu meinem Gedächtnis.“

Die „Concordia-Festsäle“ wurden Ende des Zweiten Weltkrieges durch Bombenangriffe zerstört. Erhalten blieb das Vorderhaus Andreasstraße 64 im Stadtbezirk Friedrichshain. Eine Tafel gibt dort Spaziergängern noch immer Auskunft über das denkwürdige Ereignis: „Hier befanden sich die Concordia-Festsäle – bedeutende Versammlungsstätte der Berliner Arbeiter. Am 22. September 1893 feierten etwa 4000 Genossen Friedrich Engels auf einer großen Festveranstaltung / Er kam durch Einladung August Bebels vom Internationalen Sozialistenkongress aus Zürich.“

Dr. Norbert Podewin

Zur Oktoberrevolutionsfeier nach Moskau

Erste „RotFuchs“-Leserreise

Auf den Vorschlag von „RotFuchs“-Lesern haben sich bislang 13 Interessenten für eine Moskau-Reise vom 5. bis 9. November 2003 gemeldet. Es können noch mehr werden. Das detaillierte Programm wird gemeinsam mit russischen Partnern vorbereitet.

Abflug ist am 5. 11. 03 um 9.10 Uhr mit Aeroflot ab Schönefeld. Der Rückflug erfolgt am 9. 11. 03 um 15.40 Uhr. Ankunftszeit: 16.50 Uhr. Vier Übernachtungen im Hotel „Rossija“, unweit des Roten Platzes. DZ mit Du/WC und Frühstück.

Es sind u. a. vorgesehen: Stadtrundfahrt von den Lenin-Bergen bis zum Park des Sieges, Besichtigung des Kreml, Besuch des Lenin-Mausoleums und der Kreml-Mauer, Metrofahrt zu weiteren Gedenkstätten, Treffen mit Vertretern der KPRF, Abgeordneten der Duma, Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges, Teilnahme an einer Veranstaltung zum Jahrestag der Oktoberrevolution. Reiseleiter ist Bruno Mahlow, in der Sowjetunion aufgewachsen und in der DDR verantwortlicher Funktionär auf internationalem Gebiet.

Preis pro Person im DZ: 740 Euro plus 40 Euro Visagebühr, EZ-Zuschlag 95 Euro

Buchung bei **tuk International GmbH**, Danziger Straße 161/163, 10407 Berlin
Telefon 030/4233330, Fax 030/4233322

Eine Botschaft als Rettungsinsel

Vor 30 Jahren putschte in Chile eine militär-faschistische Offizierskamarilla unter General Augusto Pinochet den 1970 gewählten Präsidenten Salvador Allende hinweg. Mit dem Staatsstreich setzte die blutrünstige Verfolgung aller Funktionäre, Mitglieder und Anhänger der Regierung Allendes und der sie tragenden Parteien der linksgerichteten Unidad Popular ein. Alle Stadtteile wurden militärisch durchkämmt und überwacht. Besonders in den Arbeiter- und Armenvierteln fanden Razzien und zahllose Verhaftungen statt. Es wurde auf jeden geschossen, der verdächtig erschien. Monatelang galten Sperrstunden, in den Kasernen der Streitkräfte wurde gefoltert, vergewaltigt und gemordet. Besonders der neugebildete Armee-Geheimdienst DINA erlangte fester Berühmtheit. Die Sportstadien waren zu riesigen Gefängnissen umfunktioniert. Täglich schwammen Leichen von ermordeten UP-Aktivistinnen im Mapocho. An der Küste wurden Gefangene von Hubschraubern aus ins Meer geworfen. Noch heute fordern die Angehörigen der Opfer und der verschollenen Anhänger Allendes Aufklärung und gerechte Strafen für die Henker und Folterer.

Tausende Regierungsfunktionäre, Staatsangestellte, Mitglieder linker Parteien waren auf der Flucht. Viele tauchten unter und nahmen aus ihren Verstecken heraus Kontakt zu ausländischen Botschaften auf. Sie erbaten politisches Asyl, um sich vor der Verfolgung retten zu können. Vor und in den überfüllten Botschaftsgebäuden spielten sich dramatische Szenen ab. Neben den lateinamerikanischen Vertretungen, die Asyl gewährten, erhielten auch die meisten europäischen Botschaften von ihren Regierungen die Genehmigung, bekannte und gefährdete Personen als Gäste aufzunehmen. Fast alle taten es. Legendar ist heute noch der riskante persönliche Einsatz des schwedischen Botschafters Edelstam.

Die erst knapp zwei Jahre alte Botschaft der DDR in Santiago befand sich in einer Stadtvilla in der Avenida El Golf Nr. 34. Ihre Lage war repräsentativ und verkehrsgünstig. Auch in ihr hatten einige Asylsuchende Zuflucht gefunden. Bekanntester „Gast“ war der Generalsekretär der Sozialistischen Partei Carlos Altamirano, der zweitwichtigste Mann nach Salvador Allende. Ihn hatten die putschenden Militärs an die erste Stelle der steckbrieflich Gesuchten gesetzt. Unter den Aufgenommenen befanden sich José Miguel Varas, Chef des Radiosenders der KP, Juan Carlos Concha, Gesundheitsminister der UP-Regierung, Alexandro Rojas, Sekretär des Kommunistischen Studentenbundes, Carlos Andrade, Senator aus Valparaiso, Hugo Facio, Ökonom und Chef der Außenhandelsabteilung der Nationalbank, Altamiranos Sicherheitschef „Xavier“. Trotz der Überfüllung des Botschaftsge-

bäudes, in dem auch das eigene Personal konzentriert worden war, gelang es, die „Gäste“ diskret unterzubringen. Das Haus war von Militärs umstellt, niemand kam unkontrolliert hinein oder heraus. Keiner wußte, wie lange dieser Zustand andauern würde.

Die Situation in der Botschaft wurde dadurch zusätzlich kompliziert und gefährlich, daß die sozialistischen Länder ihre diplomatischen Beziehungen zu Chile am 20. September unterbrachen. Das Botschaftspersonal mit den bisherigen Verantwortungsträgern, also den erfahrensten Mitarbeitern, mußte das Land kurzfristig verlassen. Nur der Konsul blieb auf seinem Posten, was sich später als sehr vorteilhaft erwies. Durch seine Kontakte im konsularischen Corps konnten Verbindungen zu den verschiedensten Vertretungen und dort befindlichen Asylsuchenden aufgenommen werden. Wir erfuhren, daß eine Gruppe der KP-Führung mit Gladis Marin, Orlando Millas, Mereilla Baltra, Julietta Campusano und anderen in der holländischen Botschaft Zuflucht gefunden hatte.

Der Druck auf die diplomatischen Vertretungen hielt über Wochen an. Es mußte alles geheimgehalten werden, zumal mit verdeckten militärischen oder nachrichtendienstlichen Operationen gegen einzelne Objekte zu rechnen war. Die Botschaftsgebäude der DDR und der anderen sozialistischen Länder erhielten Schutzmäkte. In unserem Falle war es Finnland. Zwei finnische Diplomaten kümmerten sich um die noch etwa 15 in Santiago verbliebenen Techniker und Außenhändler.

Markus Wolf, damals Chef der HVA des MfS, beschreibt die Situation folgendermaßen: „Mein Dienst hatte in Santiago keinen einzigen Mitarbeiter postiert ... Da die DDR die diplomatischen Beziehungen zu Chile abgebrochen hatte, waren ihr offiziell die Hände gebunden. In aller Eile entsandten wir Offiziere von Ostberlin aus. Sie erkundeten, wie durchlässig die Kontrollen auf chilenischen Flughäfen, im Hafen Valparaiso und an den Straßenübergängen nach Argentinien waren. Wir überlegten, Handelsschiffe umzudirigieren und installierten Verstecke in Fahrzeugen, die wir nach Chile einschleusten. Endlich konnten wir das Wissen nutzbringend anwenden, das wir an den Wagen westdeutscher Fluchthelfer gewonnen hatten. Von Argentinien aus improvisierten wir eine vorbildliche nachrichtendienstliche Aktion ...“

Carlos Altamirano wurde auf dem Landweg über die Cordillere durch Militärkontrollen hindurch und durch den Andentunnel bei Portillo nach Argentinien gebracht. An der Schleusung beteiligten sich zwölf in Chile befindliche DDR-Bürger, die sich des hohen Risikos bewußt waren. Aber niemand zögerte, an der Aktion teilzunehmen. Die Regierung der DDR verlieh

ihnen dafür hohe Auszeichnungen. Der Fahrer des in Argentinien vorbereiteten Fluchtautos, mit dem Carlos Altamirano nach Mendoza gelangte, war ein Hochschullehrer aus Leipzig, der sich in Chile gut auskannte. Er besaß damals einen Paß der BRD. Der damalige Konsul der Bundesrepublik in Buenos Aires mußte sich eigentlich an ihn erinnern; denn unser Mann erkrankte dort schwer und wurde von der BRD-Vertretung medizinisch betreut. Sie ahnte natürlich nicht, mit wem sie es zu tun hatte. Heute kann man sich dafür noch bedanken.

Der Aufenthalt der „Gäste“ in den diplomatischen Vertretungen zog sich über Monate hin. Es wurde zur gängigen Praxis, daß die jeweiligen Botschaften Listen der Aufgenommenen beim chilenischen Außenministerium einreichten. Nach gründlicher Überprüfung gewährte es dann die Ausreise. Voraussetzung war, daß die Betroffenen ein Zielland nachweisen konnten, das auch die Flugkosten übernahm und später die Ausreise der Familienangehörigen regelte. Die DDR tat das für Hunderte Chilenen. Sie erhielten bei uns Wohnungen, einen Arbeitsplatz, Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung und kehrten später, bis auf wenige Ausnahmen, in ihre Heimat zurück. Die ehemaligen Emigranten wurden durch ihren Aufenthalt in der DDR überwiegend für ihr Leben geprägt. Die Vorstellungen vieler vom Sozialismus besitzen durch persönliche Erfahrungen und Eindrücke sehr konkrete Konturen. Einige von ihnen, vor allem Sozialisten, bekleideten in zivilen Regierungen nach dem Ende der Herrschaft Pinochets hohe Positionen.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß es auch ein gewisses Maß an Dankbarkeit war, das dazu beitrug, Erich Honecker und seine Familie Jahre danach in Chile aufzunehmen. Immerhin war die Botschaft des ersten sozialistischen deutschen Staates für sie eine Rettungsinsel, eine Oase in politischer Not, ein Hort der Zuversicht und der internationalen Solidarität gewesen.

Der spätere Verkauf des ehemaligen Botschaftsgebäudes der DDR in Santiago brachte der BRD 15 Millionen DM. Für 8 Millionen errichtete sie auf einem anderen Grundstück ihre neue Vertretung. Die restlichen 7 Millionen kassierte das Bundesfinanzministerium. So etwas steht in keiner Zeitung.

Dennoch: Eines Tages wird in der Avenida El Golf 34 eine kleine Tafel daran erinnern, daß sich hier einst die Botschaft der DDR befand, die vielen chilenischen Antifaschisten das Leben rettete. **Rudolf Herz**

Unser Autor war Außenhandelsvertreter der DDR in Santiago de Chile.

Der Andere 11. September



Der Doppelband des Spotless-Verlages nennt auf dem Umschlag zwei Herausgeber-Autoren: Luis Corvalan, chilenisches kommunistisches Urgestein, und Klaus Huhn, deutscher Autor zahlreicher Tatsachenreports. Auf dem Klappentext liest man: „Der 11. September 2001 von New York wurde für die Welt zum Begriff für Terror und Mord. Der 11. September 1973 von Santiago war der Gipfel des US-amerikanischen Mordterrors gegen das chilenische Volk und wurde deshalb bald in Vergessenheit gedrängt. Dieses Buch, an dem viele Chilenen mitgearbeitet haben, erinnert an jenen ‚anderen‘ 11. September, den Tag des Mordes an Salvador Allende, über den der große Pablo Neruda schrieb: Seine ‚Werke und Taten von unauslöschlichem nationalen Wert erzürnten die Feinde unserer Befreiung‘. Den tragischen Symbolgehalt dieser Krise offenbart die Bombardierung des Regierungspalastes; sie erinnert an den Blitzkrieg der Naziluftwaffe gegen schutzlose ausländische Städte, spanische, englische, russische. Nun geschah das gleiche Verbrechen in Chile, chilenische Piloten griffen im Sturzflug den Palast an, der zwei Jahrhunderte lang der Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens des Landes gewesen war.“ Neruda hatte diese Zeilen drei Tage nach dem Mord für seine Memoiren geschrieben. Kurz darauf starb er. Inzwischen stellte sich heraus, daß man US-amerikanische Kunstflieger geholt hatte, um die Moneda mit den Bomben nicht zu verfehlen ...

Die Autoren dieses Buches trugen viele Beweise zusammen, konnten Dokumente und Unterlagen nutzen, die lange bei der CIA, dem FBI und dem State Department in Washington hinter dicken Riegeln lagerten und nun offenbaren: Am Tag, da Allende in den chilenischen Präsidentschaftswahlkampf 1970 zog, machte das Weiße Haus mobil. Henry Kissinger hatte schon in der ersten Beratung die Losung ausgegeben: „Ich sehe nicht ein, weshalb wir zulassen sollen, daß ein Land marxistisch wird, nur weil die Bevölkerung unzurechnungsfähig ist.“ Man ließ den Chef der chilenischen Armee wissen, daß er mit beträchtlichem Salär rechnen könne, wenn er einen Putsch gegen Allende arrangieren würde. Der aber winkte ab. Also wurde er auf offener Straße erschossen, als wäre er ein unliebsamer Mafioso. Millionen Dollar flossen aus den USA nach Chile, aber das Parlament dieses Landes wählte dennoch Allende zum Präsidenten. Er war mit einem 40-Punkte-Programm in den Wahlkampf gezogen, dessen Punkt 15 „Milch für alle Kinder!“ lautete. Punkt 19 forderte „Wohnung, Licht, Trinkwasser für alle“, Punkt 24 „eine wirkliche Agrarreform“, Punkt 26 „kostenlose Medikamente in den Krankenhäusern“ und Punkt 35 „Schluß mit der Arbeitslosigkeit!“.

Allende wurde Wahlsieger und machte sich sofort daran, seine Pläne in Angriff

zu nehmen. Kissinger und dessen Kohorten gingen zum Angriff über, ein gnadenloser Kampf begann. Allende vor der UNO-Vollversammlung 1972: „Gegen uns wurde nicht nur eine finanzielle Blockade verhängt, wir sind auch Opfer einer Aggression: Zwei Betriebe, die zu den großen supranationalen Konzernen gehören und ihre Krallen in unser Land geschlagen haben, nämlich die ITT und die Kennecott (beide sind in US-amerikanischer Hand), wollen unser politisches Leben lenken. Die ITT, eine gigantische Gesellschaft, deren Kapital größer ist als der Staatshaushalt verschiedener Länder Lateinamerikas zusammengenommen, begann in dem Moment, als der Sieg in den Wahlen vom September 1970 feststand, eine Aktion, um meine Einsetzung als Präsident zu verhindern. Im März dieses Jahres wurden die Dokumente an die Öffentlichkeit gebracht, die diesen Zusammenhang aufdecken. Die Dokumente sind authentisch. Niemand hat es gewagt, sie zu dementieren. Ich klage die ITT vor der Weltöffentlichkeit an, den Bürgerkrieg heraufbeschwören zu wollen. Das ist das, was wir als imperialistische Intervention bezeichnen.“

Das Buch enthüllt zahllose Intrigen, die in jener Zeit gegen Chile inszeniert wurden. Die CIA wurde mobilisiert, einen Killer zu engagieren. Auch im Lande hatten Salvador Allende und seine Unidad Popular Probleme. Betriebsbelegschaften stellten unerfüllbare Forderungen, die von den bürgerlichen Medien initiiert worden waren. Am 28. Oktober 1971 war Allende in die größte, inzwischen nationalisierte Kupferhütte gereist, um den Arbeitern die Probleme des Landes zu erläutern und ihnen den Unterschied zu früheren Besuchen deutlich zu machen, als er gekommen war, um sie bei Streikämpfen zu unterstützen. Er verwies auf die in einem Jahr erzielten Erfolge. 900000 Chilenen konnten seit sei-

nem Amtsantritt in die Sozialversicherung aufgenommen werden, die Altersrenten waren erhöht und 1,4 Millionen Hektar Großgrundbesitz an Landarbeiter verteilt worden. Aber auch die Schwierigkeiten waren größer geworden: „Companeros, eine Revolution fordert Opfer und Anstrengungen, eine Revolution fordert Uneigennützigkeit. Wenn wir die Banken enteignen, ... können wir dann zulassen, daß unsere staatlichen und gewerkschaftlichen Führer träge werden und nur danach streben, ein Auto zu besitzen und komfortable Häuser? Nein ...“ Und er schilderte, wie die Arbeiter der Müllabfuhr in Santiago höhere Löhne forderten und einen Streik begannen, der die Stadt im Unrat versinken zu lassen drohte. Er hatte eine Aussprache mit ihnen geführt und angekündigt, nicht die Armee zur Müllabfuhr einzusetzen, sondern sich selbst an die Spitze einer Bewegung von Freiwilligen zu stellen, die Santiago säubern würde. Er sagte ihnen noch: „Ich mache euch darauf aufmerksam, daß, wenn ich das einmal getan habe, hundert Jahre vergehen können, bevor ich für euch eine Lohnerhöhung unterzeichnen werde.“ Sie gingen und als sie bereits an der Tür angelangt waren, kamen sie zurück und erklärten: „Companero, heute nachmittag räumen wir den Müll weg.“

Das Buch gibt Antwort auf viele Fragen, bietet dem hiesigen Leser vielleicht zum ersten Mal die Möglichkeit, die Dimensionen und die Bedeutung dieser chilenischen Revolution zu erfassen und sie besser würdigen zu können, auch wenn sie am Ende im Kugelhagel der von den USA engagierten Putschisten unterging. **Rolf Bauer Luis Corvalan – Klaus Huhn: Der andere 11. September, 256 Seiten, Paperback, 10,00 Euro, ISBN 3-3-933544-80-7, in Buchhandlungen oder direkt bei Spotless – PF 830 – 11131 Berlin**

An ihren Zähnen sollt ihr sie erkennen ...

Unser Leser Siegfried Schott aus Alt Kalen hat sich am 25. Juli 2003 mit einem Brief an die Ministerin für Sozialabbau Ulla Schmidt (SPD) gewandt, aus dem wir auszugsweise zitieren.

Sehr geehrte Frau Ministerin,

ich kann Ihnen zur sogenannten Gesundheitsreform, die Sie und Ihre Verhandlungspartner als angeblich großen Wurf in der Sozialgeschichte hochstilisieren, beileibe nicht gratulieren. Im Gegenteil! Sie ist, wie vieles, was die Regierungskoalition von SPD und Grünen dem Volk seit Jahren an Unausgegorenem, Kontraproduktivem und Schiefem bietet, eine Mogelpackung. Wenn Sie und Herr Seehofer vor der Presse schwadronieren, diese „Reform“ fordere allen einen angemessenen Beitrag ab, dann will ich Sie nur darauf verweisen, daß die Versicherten einseitig mit dem Sechsfachen dessen belastet werden, was Sie von anderen Beteiligten verlangen (18 zu 3 Mrd. Euro).

Wer das, was Sie da der staunenden Öffentlichkeit präsentieren, als großen Wurf ausgibt, will dem Bürger Sand in die Augen streuen. Sie reformieren im Prinzip gar nichts, sondern setzen einen gigantischen Umverteilungsmechanismus zu Lasten der Versicherten in Gang. Herr Schröder, Ihr Dienstherr, schwafelte noch vor Wochen davon, er sei strikt dagegen, daß man die Deutschen im Ausland an ihren defekten Zähnen erkennen könne. Jetzt läßt er zu, daß Sie vor der CDU/CSU einknicken und den Zahnersatz aus dem Katalog der gesetzlichen Krankenkassen streichen – getreu dem Motto: Was schert mich heute mein Geschwätz von gestern?

Weitere Fragen tun sich auf: Was ist mit der von Ihnen seit langem geforderten Positivliste für Medikamente? Auch hier haben Sie gekniffen und vor der allmächtigen Pharmaindustrie gekuschelt. Sie rühmen sich damit, die Pharmariesen würden ja mit einer Milliarde Euro zur Kasse gebeten. Bei den seit Jahren explodierenden Profiten dieser Branche wird man darüber hocheifrig sein, denn einen derart lächerlichen Betrag zahlen die Konzerne aus ihrer Portokasse. Im übrigen zockt die Pharmaindustrie Patienten und Krankenkassen mit Höchstpreisen weiter ab. Und das geschieht mit Ihrer Billigung.

Man fragt sich: Wer zwingt die allmächtigen Standesvereinigungen der Ärzte und Zahnärzte zum sparsamen Umgang mit den Geldern der Versicherten, wer veranlaßt die ausufernde Bürokratie im Gesundheits- und Sozialwesen zur Mäßigung? Welche der verkrusteten Strukturen haben Sie mit Ihrer „Reform“ denn aufgebrochen?

Wo leben wir denn eigentlich, was ist das für ein Gesellschaftssystem, für eine Demokratie, in der den Schwachen alle Lasten aufgebürdet werden und diejenigen weitgehend ungeschoren bleiben, die den Rahm abschöpfen?



Seit Karl Marx ist die Antwort ganz einfach: Wir haben es mit einem Staat zu tun, in dem das Monopolkapital herrscht, den Ton angibt und nach Superprofiten strebt. Heute regieren die SPD und die Grünen. Die Sozialdemokratie verrichtet – wie so oft in ihrer langen Geschichte – diese schmutzige Arbeit. In ihre herrschaftsdienliche und -erhaltende Rolle fügt sich all das ein, was Sie, Frau Ministerin, jetzt

als „Gesundheitsreform“ feiern und vor der Öffentlichkeit als „ausgewogenes Paket“, als Wohltat für das Volk anpreisen. Dafür wird Ihre Partei, werden auch Sie als deren exponierte Vertreterin bei den nächsten Wahlen die Quittung erhalten.

Mit freundlichem Gruß

Siegfried Schott

Aus fürs Krankengeld

Tage- und wochenlang ging und geht jetzt schon die Diskussion um eine angebliche Reform des Gesundheitswesens. Alle möglichen Politiker, mehr oder weniger qualifiziert, fühlten sich genötigt, ihren Senf zu der Debatte dazugeben. Für die Versicherten in diesem Land war zum Schluß gar nicht mehr zu übersehen, was wer und wozu gesagt hat. Aber: Den Kasenpatienten drängte sich immer mehr ein unterschwelliges Panikgefühl auf. Sie ahnten, daß sich da über ihren Köpfen schweres Unheil zusammenbraut. Am Ende der diversen Gespräche und Verhandlungen redeten plötzlich alle miteinander. Die heutige Gesundheitsministerin Ulla Schmidt mit Horst Seehofer und die SPD mit der CDU. Als es dann hieß, alle seien sich einig, stand fest: Das wird für uns Versicherte teuer!

Nehmen wir nur das Beispiel des Krankengeldes. Bisher war es so geregelt, daß Arbeitende nach 6 Wochen Lohnfortzahlung von der Kasse für den Zeitraum von maximal 18 Monaten Krankengeld beziehen konnten. Die Finanzierung war paritätisch geregelt: Die eine Hälfte zahlten die Beschäftigten, die andere die Unternehmer. Mit dieser Regelung ist es jetzt bald vorbei. Ab 2007 (das Jahr kommt schneller als manche denken

können!) sollen die Bürger allein und ohne jeden Unternehmeranteil das Krankengeld versichern. Die „Arbeitgeber“ reiben sich angesichts höherer Gewinne schon heute die Hände! Zur Höhe des Krankengeldes haben sich die Verhandlungspartner nicht ausgelassen. Sie wissen sicher schon längst, daß die heutigen etwa 83 % des Nettolohnes ohne Zuschläge usw. nicht mehr gezahlt werden.

Aus: „Die Rote Spindel“, Kreiszeitung der DKP Nordhorn



Was es mit dem „Freikauf“ von „Ausreisewilligen“ auf sich hatte

Zur DDR-Visapolitik

Das als Schaufenster ausgestattete Westberlin und die sichtbar besseren Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik wirkten wie ein Magnet, übten starke Anziehungskraft auf etliche DDR-Bürger aus.

Die soziale Sicherheit, die ihnen bei uns gewährt wurde, schätzten viele gering. Sie war „Normalität“. Die nominell höheren Löhne in der Bundesrepublik aber beeindruckten nicht wenige, zumal die enormen Lebenshaltungskosten, besonders für Miete und verschiedene Dienstleistungen, übersehen wurden. Auch die den DDR-Bürgern gewährte „zweite Lohntüte“ blieb außer Betracht.

In den 70er und 80er Jahren, als in Westdeutschland noch keine große Arbeitslosigkeit herrschte, war die soziale Sicherheit in der DDR kein solcher Vergleichsmaßstab wie heute.

Die Bundesrepublik zeigte sich von Beginn an daran interessiert, DDR-Bürger, vor allem im arbeitsfähigen Alter und mit entsprechender Qualifikation, zur Auswanderung in den Westen zu bewegen. Es ging ihr um ein Ausbluten und letztlich die Beseitigung der DDR. Deren Bemühungen, der Abwanderungswelle entgegenzuwirken, erwiesen sich nur als begrenzt erfolgreich.

Von westlicher Seite wurde die sogenannte „Fluchthilfe“ gefördert, obzwar sich die Schlepperorganisationen zu kommerziellen, teilweise auch kriminellen Banden entwickelt hatten. Der Menschenhandel blühte.

Für mich als Strafrechtler ist von besonderer Bedeutung, daß sich die Strafbestimmung gegen den ungesetzblichen Grenzübertritt (§ 213 StGB/DDR) als in hohem Maße unwirksam erwies.

Nach dieser Vorschrift konnten selbstredend nur Personen tatsächlich verfolgt und bestraft werden, denen die Flucht nicht gelang, die also von DDR-Behörden oder von Organen verbündeter Länder (insbesondere der Tschechoslowakei) festgenommen wurden. (Im Zeitraum von 1972 bis 1989 sollen jährlich gegen 500 bis 1500 Personen Strafverfahren nach § 213 eingeleitet worden sein; die Zahl der Verurteilten ist nicht bekannt.)

Seit Mitte der sechziger Jahre wurde zunehmend zwischen der DDR und BRD-Stellen ein System des „Freikaufs“ von Verurteilten aus Strafvollzugseinrichtungen der DDR entwickelt. (Nach von mir nicht überprüfbareren Angaben sollen im Zeitraum von 1963 bis 1989 an die DDR insgesamt 3,5 Milliarden DM gezahlt worden sein.) Der „Freikauf“ war zwischen der Bundesrepublik und der DDR aus humanitären Gründen geheim vereinbart worden. Die Zahlung von westlicher Seite (z. T. in bar, z. T. in Gestalt von Lieferungen) sollte die Kosten für die Ausbildung der Überstellten decken sowie einen Ausgleich für von ihnen in der DDR verursachte Schäden schaffen. So konnten Personen, die

von DDR-Gerichten nach § 213 SGB/DDR rechtmäßig verurteilt worden waren, nach einer Teilverbüßung der Strafe in die Bundesrepublik ausreisen. Sie erreichten letztlich – wenn auch über Umwege und die Belastung durch ein Strafverfahren und den Strafvollzug – ihr Ziel. Damit wurde das Strafrecht auf diesem Gebiet de facto ausgehebelt. Eine solche Praxis ist ohne Beispiel.

Ähnliche Verhältnisse hatten wir zuvor in der Zeit der offenen Grenze. Flüchtlinge konnten ohne weiteres nach West-Berlin oder Westdeutschland gelangen und sich dadurch der gesetzlichen Strafe entziehen.

Da sich der „Freikauf“ für die zur Republikflucht Entschlossenen bewährte, kam es ab Mitte der 80er Jahre zunehmend zu folgender Vorgehensweise: Die Betroffenen, größtenteils alleinstehende junge Männer, begaben sich zu den Grenzübergangsstellen, z. B. am Bahnhof Friedrichstraße. Sie legten dort ihren DDR-Personalausweis vor und verlangten durchgelassen zu werden. Da sie keine ordnungsgemäßen Papiere für eine Ausreise hatten, durften sie nicht passieren. Das war den so Handelnden bewußt. Sie provozierten mit voller Absicht die Grenzorgane der DDR.

Häufig wurden sie festgenommen. Teilweise leitete man Strafverfahren ein. Später konnten die Verurteilten dann im Wege des „Freikaufs“ in den Westen gelangen. Diese Vorgehensweise war nicht so gefährlich wie ein Grenzdurchbruch.

Die DDR konnte weder die begründete Rechtsposition einer eigenen Staatsbürgerschaft ihrer Bürger durchsetzen noch vermochte sie der wirtschaftlichen Anziehungskraft der Bundesrepublik und den erweiterten Reismöglichkeiten von dort aus etwas Gleichgewichtiges entgegenzusetzen.

Selbst eine effizientere Wirtschaftspolitik hätte nicht ausgereicht, den ökonomischen Magnetismus des Westens auszuschalten. Für Menschen, die sich nicht bewußt für den Sozialismus in der DDR entschieden hatten, war die BRD eindeutig überlegen. Daß die DDR unter diesen Bedingungen alle ihr möglichen Anstrengungen unternahm, der gefährlichen Abwanderung zu begegnen, ist nachvollziehbar. Allerdings geschah dies häufig intern. Die DDR-Medien schwiegen sich darüber aus. Das wurde für viele ein Grund mehr, sich über westliche Sender zu orientieren. Auf Personen, die Ausreisearträge stellten, wurde mit Argumenten eingewirkt. Oft gelang es, sie in der DDR zu halten. Menschen, die bestimmte Funktionen innehatten oder eine besondere Vertrauensstellung bekleideten, wurde aufgrund solcher Anträge in Übereinstimmung mit dem DDR-Recht gekündigt, weil sie das besondere Treueverhältnis zu ihrem Staat verletzt hatten. Arbeitslos wurde aber niemand. Tatsache ist, daß Anträge auf Ausreise in erheblichem Umfang genehmigt wurden:

Zwischen 1977 und 1983 sollen 170000 Genehmigungen erteilt worden sein. In dieser Zahl seien die Fälle der Familienzusammenführung nicht enthalten. Allein im Jahre 1984 habe man 30000 Ausreisen gestattet.

Viele Anträge wurden abgelehnt. Für die Antragsteller war oft nicht nachvollziehbar, warum.

Außer dem Einsatz des Strafrechts und arbeitsrechtlichen Kündigungen wurden juristische Möglichkeiten des Umgangs mit Ausreisearträgen nicht genutzt und nicht entwickelt. So wäre es z. B. kein Problem gewesen, die Voraussetzungen der Gewährung der Ausreise, wie auch die Gründe der Versagung bzw. die Bestimmung von Bedingungen, unter denen die Ausreise gewährt würde, in rechtsstaatlich anzuerkennender Weise zu regeln.

Statt dessen mußten DDR-Behörden aufgrund von MfS-Ermittlungen im Einzelfall entscheiden, ob eine Ausreise gestattet oder verweigert würde. Das erschien oft willkürlich und machte „böses Blut“.

Wohl vor allem im Zusammenhang mit dem KSZE-Prozeß wurde im September 1983 eine Verordnung zur Regelung von Fragen der Familienzusammenführung und der Eheschließung zwischen Bürgern der DDR und Ausländern erlassen. Dies war zweifellos ein großer Fortschritt. Aber die Regelung war auf die Familienzusammenführung begrenzt. Erst am 30. November 1988 wurde eine allgemeine Verordnung über Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland erlassen; sie trat zum 1. Januar 1989 in Kraft. Diese Verordnung enthielt nachvollziehbare rechtlich geregelte Versagungsgründe, wie z. B. Erwägungen der nationalen Sicherheit und der Landesverteidigung, bei Geheimnisträgern, bei laufenden Strafverfahren gegen den Antragsteller oder bei drohender Begehung neuer Straftaten oder wenn Verbindlichkeiten in der DDR noch nicht beglichen waren, wenn die Verwaltung von Grund und Boden nicht geklärt war usw. In ihr war im § 19 erstmalig über das verwaltungsrechtliche Beschwerdeverfahren hinaus die Möglichkeit einer gerichtlichen Nachprüfung eröffnet worden.

Das war ein gebotener später Schritt zur Entwicklung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit in der DDR. Die Bestimmung des § 19 dieser Verordnung wurde jedoch erst zum 1. Juli 1989 wirksam.

Im Ergebnis bleibt: Die rechtlichen Möglichkeiten einer Regelung des Ausreiserechts von DDR-Bürgern wurden in unserem Land grundsätzlich unterschätzt und unterbewertet. Vielleicht hätte eine früher, bereits Ende der sechziger Jahre beginnende Nutzung solcher Möglichkeiten zu einer Entschärfung der Situation in der DDR beigetragen.

RA Prof. Dr. Erich Buchholz

Fritz Große – der erste DDR-Botschafter in Prag

Mit 16 bei Budjonnys Reitern



11. Mai 1920 zur Verteidigung des Sowjetlandes erfuhr, stand sein Entschluß fest. Er machte sich auf den Weg.

In einem Punkt hat Fritz Große dem roten Kommandeur nicht die Wahrheit gesagt. Er hat sein Geburtsjahr falsch angegeben. In Wahrheit war er nicht 18, sondern erst 16 Jahre alt, also 1904 geboren. Da er keine Papiere vorwies, glaubte man ihm und nahm ihn in die Rote Armee auf, in das 88. Kavallerie-Regiment der berühmten 1. Reiterarmee, deren Befehlshaber Semjon Budjonny hieß. „Dieser Dienst“, berichtete Fritz Große, „war nun wieder eine Sache für sich, denn es war ein Bewegungskrieg, was an Reit- und Schießübungen abgehalten wurde, war meist nicht Übung, sondern Kampfhandlung. Ich will gestehen, daß ich bei dem ersten Kugelwechsel die Hosen gestrichen voll hatte.“ Im September 1920 faßte die Parteiorganisation der Einheit den Beschluß, Fritz Große in die Deutsche Sektion der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) aufzunehmen.

1921 kehrte Fritz Große in die Heimat zurück. Er wurde Mitglied der KPD und ihres Jugendverbandes. Dort übernahm er verschiedene Funktionen für die Gebiete Chemnitz, Erzgebirge-Vogtland und Halle-Merseburg. Auch im Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale (KJI) arbeitete er aktiv mit, bis er 1932 zum Vorsitzenden des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD) berufen wurde. Selbstverständlich ging er nach der Errichtung der Diktatur der Hitleristen in die Illegalität, um vor allem im Rheinland für den Zusammenschluß der Antifaschisten zu wirken. 1934 verhafteten ihn die Nazis und verurteilten ihn im März 1936 zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe.

Im April 1937 sollten führende Funktionäre der katholischen Jugendbewegung wegen antifaschistischer Tätigkeit vom Volksgerichtshof abgeurteilt werden. Die Richter bemühten sich, ihnen eine Zusammenarbeit mit Kommunisten nachzuweisen. Sie ließen die Mitglieder des ZK des KJVD Berta Karg, Ernst Wabra, Ewald Kaiser, Fritz Große und dessen Ehefrau Lea als Hauptbelastungszeugen vorführen,

um Kommunisten und Christen gegeneinander auszuspielen. Umsonst. Fritz Große bestritt alle Behauptungen des Gerichts und entlastete vor allem den Hauptangeklagten Kaplan Dr. Rossaint, mit dem er schon 1933 zusammengearbeitet hatte. Zurück im Zuchthaus Brandenburg, sperrten ihn die Faschisten in strenge Einzelhaft. Die Solidarität seiner Genossen ließ ihn die folgenden sieben schweren Haftjahre überstehen. Schließlich verschleppten ihn die Faschisten Anfang 1944 in das Konzentrationslager Mauthausen. „R. u.“ – „Rückkehr unerwünscht“ stand auf der Akte, die den Schwerverkrankten dorthin begleitete. Auch hier halfen ihm Mitgefangene, am Leben zu bleiben.

Nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus nahm sich Fritz Große keine Zeit, seine schwere Krankheit auszukurieren. An der Seite Hermann Materns wirkte er am demokratischen Neuaufbau in Sachsen mit und hatte bedeutenden Anteil an der Vereinigung beider Arbeiterparteien. Nach Gründung der DDR berief ihn die Regierung der DDR in den diplomatischen Dienst und entsandte ihn als ersten Botschafter in das Nachbarland CSSR. Drei Jahre lang repräsentierte er unseren Staat in Prag. Danach leitete er eine Hauptabteilung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. In dieser Funktion gehörte er den Regierungsdelegationen an, die im Mai 1955 in der polnischen Hauptstadt den Warschauer Vertrag und im September desselben Jahres in Moskau den Staatsvertrag zwischen der DDR und der UdSSR über die volle Souveränität unserer Republik unterzeichneten.

Am 12. Dezember 1957 verstarb Fritz Große.

Günter Freyer



Skulptur von Prof. Klaus Schwabe

Er war erst 16, als er sein Heimatdorf Reifland im Erzgebirge verließ. Fast sechs Wochen marschierte er mit ein paar Groschen in der Tasche durch Deutschland in Richtung Osten. Nichts konnte ihn von seinem Ziel abbringen, kein Hindernis zur Umkehr veranlassen. Bei Lyck in Ostpreußen ging er über die Grenze. Genau dorthin wollte er, denn in dieser Gegend operierte die Rote Armee. „Es war das Jahr 1920“, schrieb er später, „und ich kam mitten in den sogenannten polnisch-sowjetischen Krieg. Dieser Krieg war von den imperialistischen Westmächten in Szene gesetzt worden, nachdem ihre vorherigen Interventionsversuche kläglich gescheitert waren.“ Unweit des Städtchens Grajewo griff ihn eine Streife auf. Die jungen Soldaten trugen den roten Stern an ihren Mützen. Sie brachten ihn zu ihrem Kommandeur. Dem berichtete er, er heiße Fritz Große, komme aus Deutschland, sei Holzarbeiter, geboren am 5. Februar 1902.

Fritz Große hat als Kind wahrlich zu spüren bekommen, was Armut, Entbehrung und Ausbeutung bedeuten. Sein Vater verdiente als Zimmermann nicht gerade viel, die Mutter mit Heimarbeit noch weniger. Der erste Weltkrieg vergrößerte die Not der fünfköpfigen Familie. Jeden Tag nach der Schule mußte Fritz arbeiten gehen, bei einem Bauern, für ein Mittagessen und fünfzig Pfennige die Woche. Sein Wunsch, einen handwerklichen Beruf zu erlernen, konnte nicht erfüllt werden. Die Familie brauchte Geld. So fing er im April 1918 in einer kleinen Holzwarenfabrik in Pockau als ungelerner Arbeiter an. Die Oktoberrevolution in Rußland, die Niederlage des kapitalistisch-monarchistischen Deutschland und die nachfolgenden revolutionären Aktionen der deutschen Arbeiter brachten auch in die Erzgebirgsdörfer politische Bewegung. Auf den jungen Holzarbeiter machte der Kampf der Sowjetmacht gegen ihre imperialistischen Feinde großen Eindruck. Und als er von der Demonstration der hunderttausend Berliner Arbeiter am

Die Angst vor den Fäusten von Halle

Gefürchtetes Symbol

Vier starke, aus Beton geformte und dem Himmel entgegengestreckte Arme, die Finger zur Faust geballt – das Ganze mit 11 wichtigen Jahreszahlen besetzt – erinnerten 33 Jahre lang am östlichen Eingangstor zur Innenstadt von Halle an die heroischen Kämpfe der Arbeiterbewegung, an ihre Siege und Niederlagen. Die Hallenser sagten einfach „Die Fäuste“, wenn sie das Monument meinten, das 1970 nach Entwürfen von Prof. Lichtenfeld, dem Bildhauer Heinz Beberniß und Dipl.-Ing. Sigbert Fliegel am freilich gleich nach der Einvernahme der DDR seines Namens beraubten Thälmannplatz errichtet wurde. Dieses Denkmal gehörte für viele zur Geschichte der Stadt, hielt Erinnerungen und Traditionen wach.

Jetzt hat ein panzerkettenbestückter Bagger „das Schandmal ... platt gemacht“, wie es ein hiesiges Blatt in gossendeutsch triumphierend beschrieb. Seine Autoren brillierten zum Thema nicht nur in dümmlicher Arroganz, sondern vor allem mit kaum zu übertreffender Unkenntnis der Fakten und der vorgefaßten Absicht, die Geschichte der DDR ganz nach eigenem Belieben, oder dem ihrer Brötchengeber, zu deuten.

Die bilderstürmende Barbarei hat ihre Sprache, wenn es darum geht, Geschichte zu schleifen: „... ratternd beißt der Stemhammer ein Stück aus der ersten Faust. Wasser läuft aus dem Loch wie Blut ... ringsum bebt der Boden, Armierungsstahl knirscht, Beton bricht wie Papier ...“ Innerdeutsche Kriegsberichterstattung im Klassenkampf.

Aber es ist ja nicht der „... häßliche Klotz ...“, der „... behäbige, plumpe Betonklumpen ...“, was die Medien der neudeutschen Reaktion in Wort und BILD an der Saale schönem Strande und anderswo nach der Abrißbirne rufen läßt. Für sie wird die Furcht vor der Erinnerung im Volk zum Gespenst des neuen Jahrhunderts. Die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems und seiner Verwalter, gesellschaftliche Konflikte zum Gemeinnutz zu lösen, drängt immer mehr Menschen, vor allem im Osten, über ihre Vergangenheit nachzudenken und unterscheiden zu lernen. Angesichts wachsender Millionen Arbeitsloser und weiter prognostizierter Armut erinnert man sich zunehmend jener Zeiten deutscher Geschichte, in denen das Recht auf Arbeit, Bildung und umfassende Gesundheitsfürsorge für Jung und Alt, Völkerrecht und Friedenspflicht für alle Gesetz war.

Den dafür wegbereitenden historischen Quellen und Ereignissen galten die Jahreszahlen am Monument: 1848 stand für das Kommunistische Manifest als der Geburtsurkunde der revolutionären Arbeiterbewegung, 1869 für den Gothaer Zusammenschluß zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 1917 für die Große Sozialistische Oktoberrevolution, 1918 für die Novemberrevolution, die der Errich-



tung einer bürgerlich-demokratischen Republik den Weg bereitete, 1921 für die mitteldeutschen Märzkämpfe, 1945 für die Zerschlagung des Hitlerfaschismus, 1949 für die Gründung der DDR und 1968 für die Zustimmung der Mehrheit der Bürger zur sozialistischen Verfassung des neuen deutschen Staates. (Ein hallesches Lokalblatt, das es „besser wußte“, versuchte seinen Lesern weiszumachen, der „Prager Frühling“ sei hier gemeint gewesen.)

Diese gewaltige Realität der Geschichte „mit geballter Faust hinab in den Staub“ zu stoßen, läßt die Erfinder der Schlagzeile der Mitteldeutschen Zeitung jenem Tschedrinischen Bürokraten gleichen, der Amerika nicht wahrhaben wollte und es kurzerhand in dem Glauben von der Landkarte strich, es damit aus der Welt geschafft zu haben.

Die Geschichte der Klassenkämpfe mit Beliebigkeitsdeutungen oder Denkmalsstürzen korrigieren oder streichen zu wollen, war schon immer ein vergebliches Unterfangen. Es verrät Kulturlosigkeit und Intoleranz. Das gilt auch für die wenig glaubhafte Entscheidung des Stadtrates von Halle und der sozialdemokratischen Oberbürgermeisterin, das Denkmal wegen der „Neuführung einer Straßenbahnlinie“ zu schleifen, nur weil es an die siegreichen wie die verlorenen Kämpfe der Massen und ihrer Vorhut erinnert. Was nicht gewollt wird, darf nicht gewesen sein. Daß die PDS in Stadt und Land diese Provinzposse widerstandslos hinnahm und nicht mal Protest anmeldete, läßt Zweifel aufkommen, ob der dritte Buchstabe in ihrem Parteinamen ernst gemeint ist.

Dr. Hans-Dieter Krüger, Halle

Am 27. September 2003
begeht unsere Leserin,
die erprobte Genossin

Prof. Dr. med.

Ilse Eisen-Hagemann

aus Berlin ihren **75. Geburtstag.**

Wir übermitteln ihr herzlichste Glückwünsche und denken zugleich auch an Ilses Kampf- und Lebensgefährten, den 1997 verstorbenen amerikanischen Arzt und Kommunisten **Dr. George Eisen.**

Wie die BRD-Justiz mit Kanonen auf Spatzen schoß

Rechtsbeugung

„Niemals empört etwas mehr als die Unge- rechtigkeit. Alle anderen Übel, die wir aus- stehen, sind nichts dagegen.“ Der Leser des neuen Buches über die „Siegerjustiz“, der ja auch Zeitzeuge der dargestellten Vorgän- ge ist, könnte meinen, schon Immanuel Kant habe das Urteil über das Wirken der BRD-Justiz nach 1990 im „Beitrittsgebiet“ gefällt. Es handelt davon, mit welchem reaktionären Ziel und welchen rechts- widrigen juristischen Konstruktionen die „Delegitimierung“ der DDR erfolgte, die fürchterliche Konsequenzen für Tausende Menschen hatte. Sie war vom damaligen Justizminister Klaus Kinkel „unabhängi- gen Richtern“ verordnet worden und fußte auf dem Konstrukt, daß die Hallstein- Doktrin ihre Gültigkeit nie verloren habe. Das einheitlich Deutschland, „von dem ein gewisser Teil durch eine Verbrecherbande besetzt war“, sei nie aufgehoben worden. Enno von Loewenstern, der seine Erfindung auf dem „Ersten Forum des Bundes- justizministers“ am 9. Juli 1991 vorstellte, verkündete, es habe „selbstverständlich auch ein einheitliches deutsches Recht“ gegeben und „auf die Verbrecher gewartet“. So schwärmten Richter und Staatsanwälte sofort in der annektierten DDR aus, um „Recht zu sprechen“. Was dabei herauskam, war Rechtsbeugung in unzähligen Fällen. Der Leser verfolgt in den sechs Studien von Hans Bauer, Eleonore Heyer, Günther Sarge, Horst Bischoff, Karli Coburger und Erich Buchholz, wie dieser staatlich ver- ordnete Rechtsbruch erfolgte. Er kann das selbst nachprüfen, weil im Dokumenten- anhang die entsprechenden Gesetze und Texte wortlautgetreu abgedruckt sind. So

wurde am 2. September 1956 von der Bun- desregierung in einem Memorandum den Siegermächten versichert, daß „niemand wegen seiner politischen Gesinnung oder nur weil er in Behörden oder Organisa- tionen eines Teils Deutschlands tätig gewesen ist, verfolgt wird“. Wort- und Rechtsbruch sind also belegt.

Den Hauptbeitrag zur Entlarvung der pseudojuristischen Konstruktionen und Methoden der Siegerjustiz leistet Erich Buchholz, zu DDR-Zeiten Professor für Strafrecht an der Humboldt-Universität, nach 1990 Verteidiger von Opfern der Rechtsbeugung. Er wurde auch im „Wald- heim“-Prozeß von Irmgard Jendretzky tätig, die dem Buch einen persönlichen Erlebnisbericht hinzugefügt hat.

In zehn Punkten analysiert Buchholz das System der politischen Strafverfolgung von DDR-Bürgern. Er zeigt die Funktion der wahrheitswidrigen These vom „Un- rechtsstaat“, weist die Wirkungen des Überstülpens von BRD-Recht auf DDR-Verhältnisse nach. Buchholz, der zahl- reiche DDR-Grenzsoldaten und -Politiker verteidigt hat, stellt die Frage: „Wie ist es in der BRD mit der Gerechtigkeit beschaf- fen, wenn bundesdeutsche Beamte an der Staatsgrenze oder im Inland in großer Zahl Menschen mit ihren Schußwaffen töten?“ Der Strafrechtsgelehrte führt den Nachweis, daß kein einziger von der Sie- gerjustiz verurteilter DDR-Bürger gegen DDR-Gesetze oder das Völkerrecht versto- ßen hat. Andererseits sei deutsches wie in- ternationales Recht durch die BRD-Justiz systematisch ausgehebelt worden.

Nachträglich, aber nicht weniger herzlich gratulieren wir der standhaften Kommunistin

Irmgard Jendretzky

die am 14. August 2003 ihren 85. Geburtstag beging.

Die bewährte Antifaschistin wurde nach dem Sieg der Konterrevolution von der Klassenjustiz der BRD verfolgt und zu einer hohen Strafe verurteilt, weil sie bei der Ahn- dung von Nazi-Verbrechen in Waldheim als Juristin tätig war.

Das Heft 20 der internationalen Zeitschrift für dialektische Theorie ist erschienen

Herausgeber sind Hans Heinz Holz und Domenico Losurdo.

Thema des Heftes: RATIONALITÄT

Zu beziehen bei Dr. Dieter Kraft, Rosenthaler Straße 19, 10119 Berlin, Telefon/Fax 0 30/282 07 80.



Sehen Sieger so aus? „Guardian Weekly“ (25. 6. 2003)

Hans Bauer bilanziert mehr als 12 Jahre „politischer Strafverfolgung in Deutsch- land“. Die Zahl der nach 1990 Beschuldigten betrug etwa 100 000, wobei nur rund 900 Personen rechtskräftig verurteilt wurden. Das eklatante Mißverhältnis zwischen der riesigen Zahl der Ermittlungsverfahren und der geringen Zahl – der zu Unrecht – Verurteilten zeugt nicht von der Milde der Siegerjustiz oder ihrem mangelnden „Verfolgungswillen“, der immer wieder durch dienstbare Publizisten angefacht wurde. Es ist vielmehr Ausdruck dessen, daß die DDR-Bürgern zur Last gelegten Verbrechen gar nicht stattgefunden haben, ja sogar in vielen Fällen reine Erfindung waren. Wer erinnert sich nicht an Pfarrer Eggerts makabere Story vom Mißbrauch der Psychiatrie durch das MfS, die Tötung von „Frühchen“, die „Organspenden für Politreise“, Margot Honeckers „Zwangs- adoptionen“ und vieles andere.

Soweit das MfS Angeschuldigter war, haben Bischoff und Coburger die Bezieh- ungen und Verleumdungen Punkt für Punkt widerlegt. Die Wirkung der Lügen auf das Publikum aber kann nicht zurück- genommen werden. Sie haben ihren Zweck erfüllt. Statt auf die Leistungen der DDR mit Würde und Stolz zurückzublicken, haben sich viele in feige Entschuldigungs- orgien geflüchtet. Welchen Anteil manche übergelaufenen Ex-DDR-Politiker daran besitzen, bedarf einer gesonderten Dar- stellung.

Eleonore Heyer untersuchte die Strafver- folgung von DDR-Juristen. Das geschieht auf dem Hintergrund der Tatsache, daß kein Richter des Volksgerichtshofs, der 5 243 Todesurteile verhängt hatte, nach 1945 in der BRD bestraft worden ist.

Es verblüfft, wie der Bundestag den Miß- brauch der Justiz zur politischen Abrech- nung mit der DDR legalisierte. Das erste „SED-Unrechtsbereinigungsgesetz“ (!) vom 19. Oktober 1992 legte fest, daß Täter reha- bilitiert werden, die in der DDR u. a. wegen folgender Gesetzesbrüche bestraft worden waren: Spionage, Hochverrat, Menschen- handel, Desertion, Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit usw. – allesamt De- likte, die auch in der BRD verfolgt werden. Wenn Günther Sarge feststellt, daß der Versuch der Siegerjustiz, mit Hilfe der nach dem Osten abkommandierten BRD- Strafrichter die DDR zu delegitimieren, zwar gescheitert sei, aber die Steuer- zahler teuer zu stehen komme, dann hat er recht. Das Maß der materiellen und moralischen Schädigung der Riesenzahl in Ermittlungsverfahren und Prozesse verwickelten DDR-Bürger indes ist gar nicht abzuschätzen.

Prof. Dr. sc. phil. Horst Schneider

Die politische Strafverfolgung infolge der Deutschen Einheit. Edition Zeitgeschichte, herausgegeben von der GRH e. V., Kai Ho- milius Verlag, Berlin 2003, 734 Seiten, 34 Euro

Vor 50 Jahren entstanden in der DDR die Kampfgruppen

Waffen in Arbeiterhand

Anlässlich des 50. Jahrestages der Kampf- gruppen der Arbeiterklasse führte „Rot- Fuchs“ ein Gespräch mit zwei ehemaligen Kommandeuren, beide langjährige Polit- stellvertreter in Berliner motorisierten Ba- taillonen. Freimütig erzählten Wolfgang Lemm und Rolf Mauersberger von ihren Erlebnissen und was sie heute darüber denken.

Wie seid Ihr Kampfgruppen-Angehörige geworden?

WOLFGANG: In den fünfziger Jahren war ich parteiloser AGL-Vorsitzender im Werk- zeugbau der EAW Treptow. Als ich 1959 schließlich um Aufnahme in die Partei bat, wurde ich gleichzeitig Kampfgruppenmit- glied, weil ich mir gesagt habe, wenn Du die Interessen Deiner Kollegen vertreten willst, dann mußt Du sie auch dauerhaft sichern.

ROLF: Seit 1961, also unmittelbar nach dem Studium, mit dem Eintritt ins Berufsleben, gehörte ich den Kampfgruppen an. Auch in Mecklenburg, wo ich damals lebte, hatte sich herumgesprochen, daß es so etwas gab. Aber die Ausbildung ähnelte mehr einer Kaffeefahrt. Ich kam dann nach Grimmen, zur Erdölgeologie, da war dann schon mehr los, aber immer noch alles schön ruhig, wenn ich es mit den Berliner Verhältnissen vergleiche, die ich 1968 ken- nenlernte.

Da hast Du auch vom 13. August nicht viel mitbekommen?



ROLF: Bei uns war alles ruhig, von der Dra- matik des Geschehens haben wir in der Zeitung gelesen.

WOLFGANG: Weil ich einen Führerschein besaß, wurde ich an das benachbarte Werk für Signal- und Sicherheitstechnik „ausgeliehen“, dessen Kampfgruppe da- mals schon mit Panzerabwehr-Kanonen ausgestattet war, und wo ich eine Protze fahren mußte. Aber wir wurden nicht ein- gesetzt, sondern blieben in Reserve. Alle Gespräche drehten sich um die Frage, was wir machen müßten, wenn aufgeputzte Jugendliche aus Westberlin durch das Brandenburger Tor gestürmt kämen: sol- len wir schießen? Wir waren heilfroh, als die Genossen dort das Tor zugenagelt hat- ten, so daß ein direkter Sturm nicht mehr möglich war.

Wie war die Belastung durch die Aus- bildung?

ROLF: Die ging ganz schön über die Frei- zeit. Ich habe mal nachgerechnet und bin – über die Jahre hinweg für Arbeit und Kampfgruppendienst – zum Durchschnitt eines 10-Stunden-Tages gekommen. Al- les Mögliche hat sich da summiert: die Wochenendausbildung in jedem Quartal, deren inhaltliche und organisatorische Vorbereitung, die Kommandeursausbil- dung, nicht zu vergessen zwei bis drei nächtliche Alarmübungen im Jahr. Die Anspannung nahm von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zu. Probleme hatten wir immer dann, wenn die Ausbildung mit betrieblich angeordneter Wochenendarbeit kollidier- te.

Die Angehörigen unseres Bataillons kamen aus elf Be- trieben, da hat sich nicht immer jeder Betrieb fair verhal- ten.

WOLFGANG: Dem kann ich zustim- men. Ich möchte aber hinzufügen, daß alle freiwillig in der Kampfgruppe und damit hochmo- tiviert waren. Das wirkte sich natür- lich auf Disziplin, Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit sehr aus. Daran haben wir auch ständig gearbeitet. Entscheidend für unseren Einfluß und unsere Glaub- würdigkeit als Po- litfunktionäre war unsere Leistung in der Produktion. Später, als ich BGL- Vorsitzender in un- serem 8000-Mann-

Betrieb war, sollte ich wegen meiner „ho- hen“ Funktion aus der Kampfgruppe aus- scheiden. Da habe ich rebellierte und mich auch dagegen gewandt, daß sich andere hinter ihrer Funktion verstecken. Ich war jedenfalls bis zum Schluß Angehöriger der Kampfgruppe und bereue es auch heute nicht.

Hätte der Einsatz der Kampfgruppen 1989 noch etwas ändern können?

WOLFGANG: Die Kampfgruppenangehörigen waren ausnahmslos selbst Werk-tätige und brachten die zunehmende Krisenstim- mung sowohl in den Betrieb als auch in die Kampfgruppe mit. Die Genossen wären in dieser Phase nicht mehr bereit gewesen, den faktisch eingetretenen Zustand mili- tärlich zu sichern.

ROLF: In unseren Berichten an die Partei- organe und die dienstlichen Vorgesetzten haben wir das auch immer zum Ausdruck gebracht. Die Einzigen, die sich ernsthaft um die Ansichten der Arbeiter gekümmert haben, waren unsere Leute vom MfS. Mir haben die Genossen erklärt, sie würden nicht auf Arbeiter schießen – und voller Überzeugung habe ich gesagt, das würde auch niemand von ihnen verlangen.

WOLFGANG: Unser ganzes Tun und Handeln war doch darauf gerichtet, für das Volk da zu sein. 1983 hatte ich mich deshalb auf einer Berliner Kommandeurstagung gegen die „verkalkte Medienpolitik“ der Partei gewandt. Da wurde ich zur Bezirks- leitung bestellt und gefragt, warum ich den Genossen Honecker für verkalkt halte – das damit verbundene persönliche Pro- blem konnte ich klären, die Medienpolitik jedoch nicht.

Was bleibt von den Erinnerungen an die Kampfgruppen über den nostalgischen Wert hinaus?

WOLFGANG: Das Erlebnis des Zusammen- halts, der Übereinstimmung, der Achtung voreinander, daß man sich heute noch of- fen in die Augen sehen kann. Worüber ich mir die meisten Vorwürfe mache, ist die Tatsache, daß wir nicht genügend Einfluß genommen haben, um diesen Niedergang zu verhindern. Die politische Krise der DDR war Ausdruck der Zerstörung des Vertrauens zwischen Parteiführung und Bevölkerung.

Dieser selbstkritischen Sicht auf die Dinge entspringen Verpflichtungen auch in unse- ren Tagen. Die Solidarität, die das Verhält- nis der Kampfgruppenangehörigen unter- einander prägte, auch heute, in dieser Ellenbogen-Gesellschaft hochzuhalten, verlangt viel persönlichen Einsatz.

ROLF: Wir hatten einmal die Losung: „Lieber 1000 Tropfen Schweiß als einen Tropfen Blut“ – der fühle ich mich noch immer verpflichtet. Ich habe inzwischen an über 200 Friedensdemonstrationen teilgenommen.

Die Fragen stellte Frank Mühlefeldt.

Dichtung im „RotFuchs“

Geisterstunde

Der Nachtvogel schreit, und in alten Gemäuern
da kauern Gespenster vor wärmenden Feuern.
Sie drängen sich dicht, denn der heulende Wind
pfeift durch die Knochen, die klapperig sind.

Sie schweigen und schweigen und schweigen wie trunken,
als wären sie lautlos im Schweigen versunken.
Nach hundert Jahren, Punkt zwölf in der Nacht,
da sind sie wieder zum Leben erwacht.

Es steht einer auf mit den Kopf in den Händen
und will so das furchtbare Schweigen beenden.
Mein Name ist Moore, ihr kennt mich und wißt:
Die Welt wird nicht besser, wenn sie vergißt.

Ich lag auf dem Block, klingt es leise und heiser.
Ich habe geschwiegen, doch jetzt bin ich weiser.
Nun denn, Geschund'ne, ich schweige nicht mehr,
ich reihe mich ein in das kritische Heer.

Schon in grauer Vorzeit begannen die Klagen,
die menscheitsbestimmenden Urväterfragen.
Die Träumer von einst, sie fragten den Geist:
Sag mir, was ich tun soll, wenn du es weißt.

Man hat uns geblendet, geköpft und gerichtet,
man hat uns gestäubt, und man hat uns vernichtet,
aus dem Land getrieben und ruiniert,
man hat die Waggonen nach Auschwitz plombiert.

Was sollen wir tun, denn die Zeiten sind dunkel
trotz Menschheitsgeschwafel und Einheitsgeschunkel,
trotz Freiheit und Gleichheit und Père Lachaise.
Ihr kennt sie alle, die große Malaise.

Wir haben geliebt und wir haben gelitten,
für der Menschheit große Gedanken gestritten.
Nun hängen wir hier ganz unnützlich und krumm,
und die Geier flattern gierig herum.

Doch niemand ruft uns: erhebt eure Skelette
und zwängt euch hervor aus der finsternen Stätte
und haltet Revue und haltet Gericht,
zeigt das von Schlägen entstellte Gesicht.

Erregt und erzürnt, mit den Kopf in den Händen,
steht Moore vor den ziemlich verfallenen Wänden.
Er setzt seinen Kopf auf den schlanken Stumpf,
als wäre es noch der stattliche Rumpf.

Steht auf aus den Gräbern, wir brauchen euch wieder.
Benutzt eure Sinne und reckt eure Glieder.
Auf, auf zum letzten Vereinigungsball.
Die Erde ist ein Verteidigungsfall.

Befragt eure Enkel, befragt eure Kinder,
wer waren die Henker, wer waren die Schinder?
Wann wird die Güte denn menschlich geeicht,
Gerechtigkeit an der Börse geeicht?

Zum Teufel, nützt endlich die Mitternachtsstunde
und traut euch mit off'nem Visier in die Runde.
Und steigt aus den Gräbern, wo ihr auch seid,
die Stunde ist kurz, der Weg ist noch weit.

Von Gottes Gerechtigkeit ist allerorten
nichts übrig außer martialischen Worten.
Und Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit
sind längst schon Opfer der stählernen Zeit.

Ihr habt eine Stunde, um euch zu vereinen,
um das Schweigen zu brechen oder zu weinen.
Die Reichen haben ihr eignes System.
Sie spielen Hasard und leben bequem.

Sie leben von Aktien, von Konten, Pensionen,
von prächtigen Häusern, in denen sie wohnen.
Die Armen dagegen brauchen den Rat,
doch mehr noch die unvermeidbare Tat.

Nun trommle, Tambour, denn die Welt soll es hören,
daß wir uns versammeln und Knochen beschwören.
Die Erde gehört nicht dem, der bezahlt,
der mit faulen Verträgen lauthals prahlt,

der mit Aktien herrscht und in Ölmeeren badet,
mit Atomwaffen droht und dem Klima schadet,
der zum eignen Vorteil göttergleich
die Habsucht verkündet in seinem Reich,

der mit Gott profitable Kartelle gründet,
das Böse beschwört, das Inferno verkündet,
den eignen Bürgern Rechte verwehrt
und Freedom an allen Hochschulen lehrt.

Sokrates, Bruno, Savonarola, Dante,
Campanella und Hus! Verrat'ne, Verbrannte!
Zusammen seid ihr ein friedvolles Heer,
getrennt eine Festung, doch ohne Wehr.

Schließt euch zusammen und vereint eure Stimmen,
löscht Feuer des Hasses, die überall glimmen.
Entwirrt den gordischen Knoten der Macht,
dann habt ihr der Menschheit Segen gebracht.

Die Geister, sie klatschen mit klappernden Händen.
Sie würden ja gerne das Schweigen beenden.
Und einer sagt es, was jeder so denkt:
Man hat uns leider schon einmal gehenkt.

Da setzt er sich nieder, der Mann aus dem Tower,
seine Stimme klingt müde und noch viel rauher:
Mein Name ist Moore, ihr kennt mich und wißt,
nicht handeln heißt Tod, auch wenn man vergißt.

Die Stunde ist um, und die nächtliche Feier
geht unter im Singsang, im alten Geleier.
Die Fahnenräger der nüchternen Zeit,
sie brüllen im Chor: die Vergangenheit

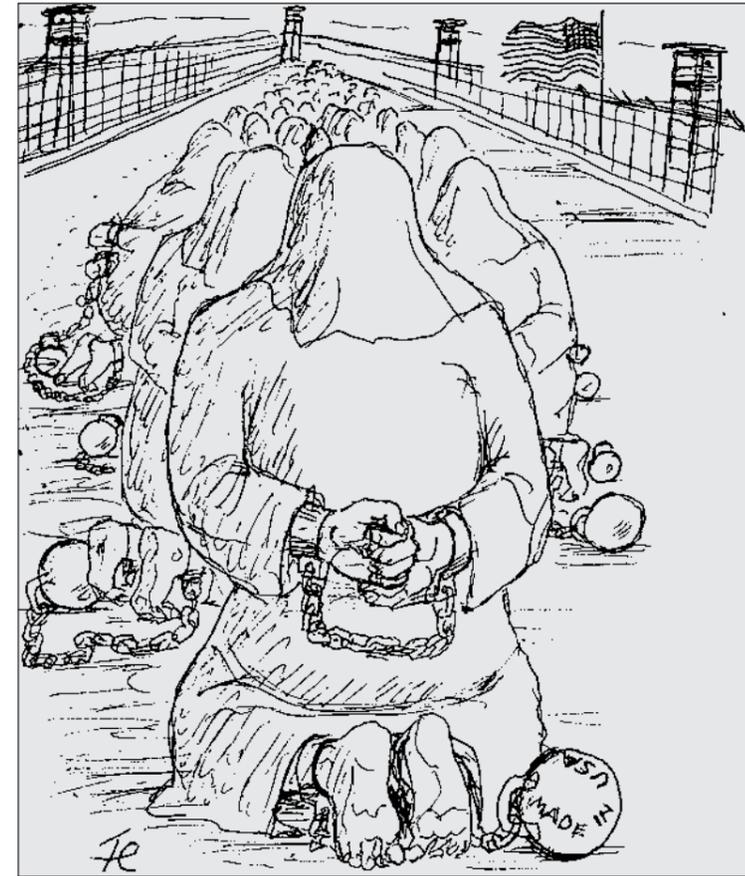
ist tot und vergessen und längst schon vorüber,
die Zeiten sind schlimm, und sie werden noch trüber,
denn die Wirtschaft stagniert, die Aktie fällt,
wenn ihr euch dem Fortschritt entgegenstellt.

Und der Fortschritt, so kreischt es an allen Ecken,
ist das Laken, mit dem wir Schulden bedecken,
denn Schulden, das weiß nun mal jedermann
sind Wohlstand für alle bis irgendwann ...

Der Nachtvogel schreit und in alten Gemäuern,
da kauern Gespenster vor wärmenden Feuern.
In hundert Jahren wird's wieder so sein.
Was bleibt, ist die Hoffnung im Dämmerchein.

GERHARD SCHMIDT

Unser Autor war Mitglied des Schriftstellerverbandes der DDR.

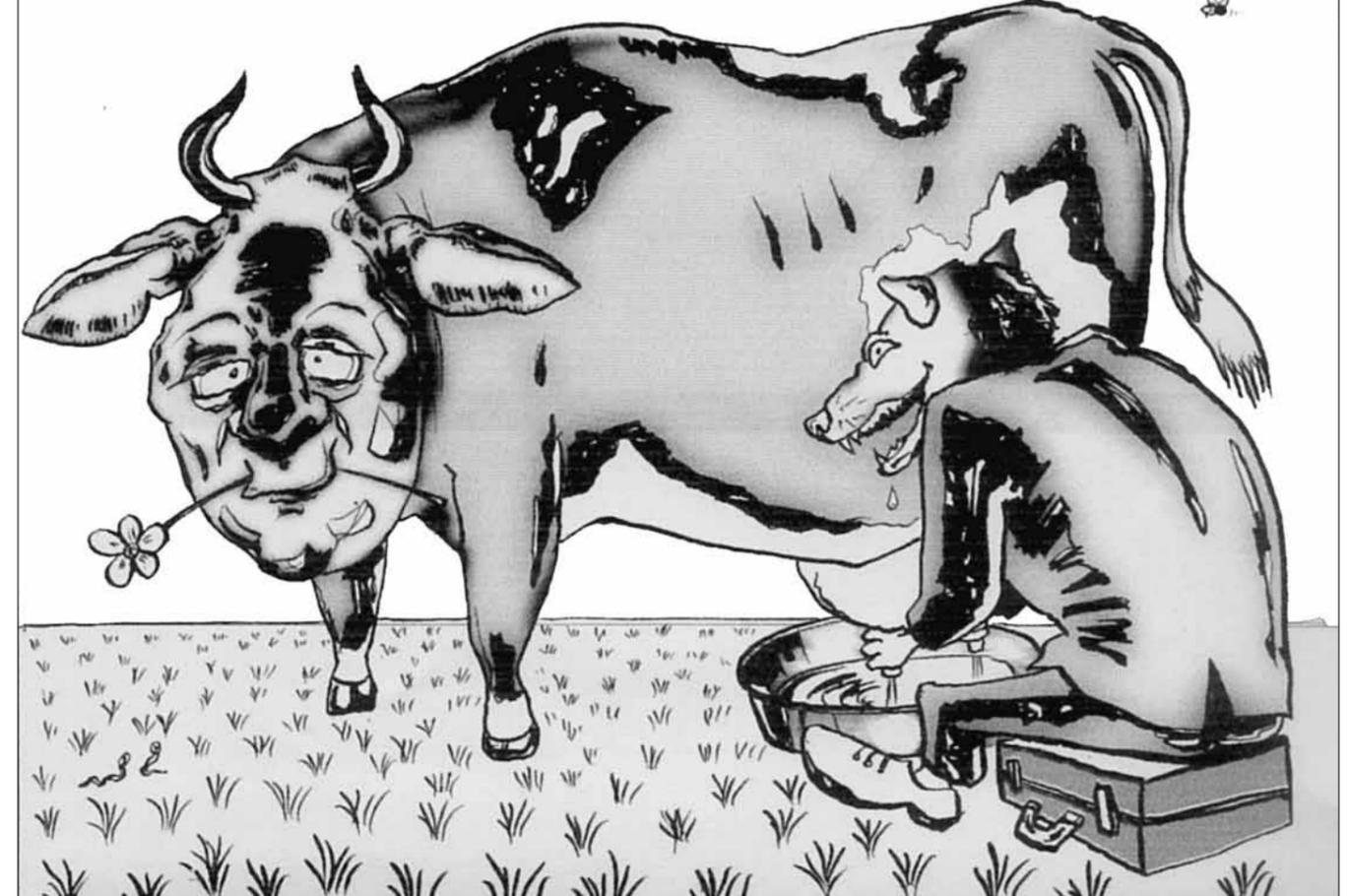


In der Obhut von Menschenrechtlern
Grafik: Arno Fleischer



Grafik: Karlheinz Effenberger

Der menschliche Wolf reißt nicht das Rind – er melkt und zockt ab. Grafik: SHAHAR



Wie RF-Mitarbeiter Dr. Matin Baraki in Duschambe entführt werden sollte

Karsais Kabuler Krakenarme

Die bürgerliche „Marburger Neue Zeitung“ veröffentlichte am 28. 6. 03 folgenden Bericht:

Der Politikwissenschaftler und ehemalige Vorsitzende des Marburger Ausländerbeirats, Dr. Matin Baraki, ist in der tadschikischen Hauptstadt Duschambe nur knapp einer Entführung durch Anhänger der afghanischen Regierung entgangen. Erst am letzten Donnerstag gab der Vorsitzende des Marburger Ausländerbeirats, Dr. Kamal Sido, den Übergriff auf den inzwischen unversehrt zurückgekehrten Baraki bekannt.

Als Auslöser für den Entführungsversuch am 16. Juni nannte Baraki einen Vortrag über die Situation in Afghanistan, den er auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Zentrums für Strategische Studien Tadschikistans halten sollte. Obwohl er erst einen Tag zuvor erfahren habe, daß der geplanten Expertenrunde auch eine Delegation der afghanischen Regierung beiwohne, habe er sich entschieden, an seinen ursprünglichen kritischen Standpunkten festzuhalten, berichtete Baraki. Seine Forderungen nach einer Säkularisierung (Zurückdrängen religiöser Einflüsse), einem Abzug amerikanischer Truppen, stärkerem Engagement blockfreier Nationen in Afghanistan und einer breiten Koalition aller politischen Kräfte des Landes seien von der afghanischen

Delegation mit starkem Mißfallen aufgenommen worden.

Unter dem Vorwand eines gemeinsamen Abendessens habe ein Mitglied dieser Delegation ihn am Hotel abholen lassen. Schon vor seinem Zimmer hätten ihn drei Männer erwartet, schilderte Baraki den Beginn der Verschleppung. Vor dem Hotel habe das Delegationsmitglied zusammen mit sieben weiteren unbekanntem Männern gewartet, die ihm dann als „Kabuler Jungs“ und „Zukunft unseres Landes“ vorgestellt worden seien.

Statt in der Nähe des Hotels ein Restaurant anzufahren, habe sich der Wagen immer weiter vom Stadtzentrum entfernt, habe begonnen schneller zu fahren. Seine Begleiter seien immer unhöflicher geworden. „Mein Herz raste genauso wie das Auto, in dem ich saß“, erinnerte sich Baraki.

Gerettet habe ihn nur die Ausrede, im Hotel seinen Paß vergessen zu haben. Er habe die Männer überzeugen können, daß es zu Schwierigkeiten führen werde, wenn er ohne Paß in eine Kontrolle gerate.

Im Hotel habe er dann sofort die Sicherheitskräfte alarmiert und das Zimmer gewechselt. Die Afghanen seien zehn Minuten nach ihm in das Hotel gekommen und hätten ihn mit Vorwürfen überhäuft, weshalb er nicht zurückgekommen sei.

Als hervorragend bezeichnete Baraki die Reaktion der tadschikischen Behörden.

Als er am folgenden Tag den stellvertretenden Außenminister des Landes über den Vorfall in Kenntnis gesetzt habe, seien sofort Sicherheitskräfte am Hotel aufgezo-gen. Der Polizeichef von Duschambe habe ihn persönlich bis zur Flugabfertigung begleitet.



um das Parlament hinter sich zu bekommen, und der damit in der Presse zitiert worden ist? Nanu? Das war doch wahr! Er hätte sich also nicht schämen müssen – allenfalls darüber, daß er das nicht schon früher gesagt hat. Von „Hochverrat“ konnte keine Rede sein.

Ich meine, wenn die Regierung heimlicherweise irgendeine Wunderwaffe in der Hinterhand gehabt und wenn dann jemand die Formel dazu unter die Leute gerbracht hätte – der wäre in großer Gefahr. (Ich denke an den Israeli, der schon jahrelang wegen so was in Einzelhaft sitzt ...) Für Mr. K. hätte das eigentlich gar nicht so schlimm sein müssen. Und wenn ihm wirklich alles zu viel gewesen wäre – er hat eine Familie, da versucht man doch meistens, daß der eigene Tod nach „Unfall“ aussieht, denn bei „Selbstmord“ bezahlt die Lebensversicherung in England nichts oder viel weniger als üblich.

Es kommt mir also seltsam vor, daß sich anscheinend niemand fragt, ob da nicht doch jemand „nachgeholfen“, sich aber gesagt hat: Nach Totschlag darf das gar nicht erst aussehen! Und: Auf diese Weise denken die Leute, daß er wohl doch selbst Dreck am Stecken gehabt haben dürfte. Wer daran Interesse haben könnte, darüber möchte ich lieber nur im Stillen nachdenken – und abwarten.

Übersetzung aus dem Plattdeutschen:
Friedrich Seibert, Rostock

Bertha Footh meent:

Afsünnerlich

Die Rostocker Sprachwissenschaftlerin Prof. Huchthausen schreibt seit Jahren für den „Warnow Kurier“ – ein regionales Anzeigenblatt – die Serie „Bertha Footh meent“. In mecklenburgischem Platt unterhält und informiert sie ihre Leserschaft über allerlei Tagesereignisse aus Rostock und Umgebung – vorwiegend im Bereich Kunst und Kultur. Am 10. 8. 2003 veröffentlichte sie einen bemerkenswerten Beitrag zur großen Politik. Hier der gekürzte Wortlaut:

Das ist doch absonderlich ... Wenn die Polizei mitten in einem Stadtpark von London einen Toten findet und es dann heißt, er hätte sich die Pulsader aufgeschnitten und wäre daran gestorben, dann fällt mir ein, was ich vor beinahe 60 Jahren in einem Kursus des Roten Kreuzes gelernt habe. Damals sagte Prof. Dr. med. Ruikholt: „... und wenn Sie sich eines Tages das Leben nehmen wollen – merken Sie sich: nie die Pulsader aufschneiden. Das geht in den meisten Fällen schief!“ (Wenn Sie mal zurückrechnen: Es war damals eine Zeit, in der Suizid „in der Luft lag“.) Der Satz leuchtet ja auch ein: Richtig tief zu schneiden wird zumindest mit der zweiten

Hand verdammt kompliziert. Überhaupt hapert das bei den meisten Menschen an den anatomischen Kenntnissen. Selbst wenn es gelingt – ohne eine Schüssel mit Wasser bleibt die Blutung meistens einfach wieder stehen, besonders wenn das Wetter so warm ist, wie in den letzten Wochen.

Und wer soll das nun auf diese Weise geschafft haben? Mr. Kelly, der einem Journalisten erzählt hatte, daß die Regierung Ihrer Majestät, der Königin Elizabeth, Geheimdienstberichte „aufgeblasen“ hat,

Dringende Bitten:

Bei Überweisungen und Daueraufträgen auf das Vereinskonto bitte immer den Verwendungszweck (Spende bzw. Beitrag) angeben.
Bitte noch in DM erteilte Daueraufträge unbedingt auf Euro-Beträge umstellen. Die ordnungsgemäße Verbuchung wird sonst erschwert.
Neue Leser sollten bei der Überweisung ihrer ersten Spende die vollständige Anschrift angeben. Später genügt der Name – andernfalls ist es uns häufig nicht möglich, die Betroffenen zu ermitteln und ihnen den „RotFuchs“ regelmäßig zuzustellen.
Wir bedanken uns herzlich für die Beachtung dieser Bitten und für alle bis August geleistete materielle Hilfe, die sehr zur Sicherung der Herausgabe unserer Zeitschrift beigetragen hat.

Angela Davis nahm in Berlin an einem Symposium teil

Von Marx zu Marcuse?

Mehr als drei Jahrzehnte liegt das Geschehen jener dramatischen Tage, Wochen und Monate jetzt zurück. Und doch steht mir als einem der unmittelbar Beteiligten alles noch plastisch vor Augen: Millionen Menschen in aller Welt – in ihren ersten Reihen Bürger der DDR – kämpften damals für Leben und Freiheit von Angela Davis. Der kalifornische Gouverneur Ronald Reagan und der gleichfalls republikanische Präsident Richard Nixon – vor allem aber FBI-Chef J. Edgar Hoover – planten die physische Vernichtung der jungen afro-amerikanischen Philosophiedozent, die – von den eher rassenseparatistisch und ultralinks ausgerichteten Black Panthers kommend – in die KP der USA eingetreten war. Ein spektakulärer Vorgang diente als Vorwand: Als der 16jährige Schwarze Jonathan Jackson in eine Gerichtsverhandlung in San Rafael bei San Francisco ein-drang, um seinen aus politischen Gründen inhaftierten Bruder James durch Geiselnahme freizubekommen, legte die Polizei eine Falle, versperrte dem Fluchtauto den Weg und erschoss vier Menschen, darunter den Richter und den Geiselnahmer. Dieser hatte kurze Zeit zur Sicherungskorte von Angela Davis gehört. Seit ihrer Entlassung aus dem Hochschuldienst war sie als „Rote“ öffentlich denunziert und ständig mit Morddrohungen konfrontiert worden. Um sich schützen zu können, hatte sie Waffen legal erworben. Am Tag der Geiselnahme führte Jonathan Jackson angeblich diese bei sich, da er Zugang zu dem Behältnis hatte, in dem sie aufbewahrt wurden. So konstruierte man den Fall Angela Davis. Die Anklage lautete auf Verschwörung, Mord und Menschenraub – drei mit der Todesstrafe belegte Delikte. Die Gaskammer im kalifornischen Hinrichtungszuchthaus San Quentin drohte.

Unter solchen Umständen trommelte die demokratische Weltöffentlichkeit Alarm. Ihre Solidarität drang bis in den streng abgeschirmten Saal des Bezirksgerichts von San Jose (Santa Clara County), wo der Prozeß unter dem fairen Richter Richard Arnason stattfand. Die Verteidigung hatte seine Berufung nach Ablehnung mehrerer befangener Juristen schließlich durchgesetzt. In der monatelangen Beweisaufnahme brach dann die Anklagekonstruktion gegen Angela Davis Stück für Stück zusammen. Am 4. Juni 1972 sprachen sie die 12 Geschworenen in allen drei ihr zur Last gelegten Punkten frei. Arnason erklärte den Prozeß für beendet.

Unter den vielen, die damals – wie der in seiner Haftzeit erblindete KP-Vorsitzende Henry Winston – nach San Jose kamen, um der auf Leben und Tod angeklagten jungen Frau moralischen Rückhalt zu geben, befand sich auch Professor Herbert Marcuse, ein nichtmarxistischer linker Modephilosoph der 60er, der jede Führungsrolle der Arbeiterklasse entschieden ablehnte. Man sah ihn im Gerichtssaal. Die Davis-Vertei-

gung – von Marcuse materiell großzügig unterstützt – gab einen Empfang für ihn. Jetzt hat ihm Angela Davis, die einst seine Schülerin gewesen war, die letzte Ehre erwiesen und ist – anlässlich der Umbettung seiner sterblichen Reste nach Berlin – zu einem Marcuse gewidmeten Kolloquium an die Spree gekommen. Genau 30 Jahre nach den X. Weltfestspielen, auf deren Abschlußkundgebung sie das Gelöbnis der Weltjugend gesprochen hatte. Sie gab dem bekannten Journalisten Horst Schäfer ein bemerkenswertes Interview. Schäfer war 1971/72 – damals noch mit Paß der BRD – in Kalifornien als ADN-Korrespondent tätig gewesen. Er lieferte von dort ein sensationelles Gespräch mit Angela Davis aus der Gefängniszelle für das DDR-Fernsehen und nahm zu Beginn sowie in der Endphase am Prozeß teil.

Das, was die Philosophin aus heutiger Sicht zu den seinerzeitigen Vorgängen sagte, war das politisch Sauberste, was seit langem im ND gestanden hat. Sogar das sonst bei der Zeitung verpönte Wort Klassenkampf durfte hier vorkommen. Bewegend war der erneuerte Dank Angelas für den überwältigenden Einsatz der DDR-Bürger, besonders der Millionen Schulkinder. „Ich könnte jetzt noch im Gefängnis sitzen, wenn diese Solidaritätsbewegung nicht erheblich zu meiner Freilassung beigetragen hätte“, sagte sie. „Ich möchte diese Solidarität zurückgeben, ich muß einfach weiterkämpfen.“ Zwischen Ende Februar und Anfang Mai 1972 war ich selbst als meist einziger Berichterstatter mit dem Paß eines sozialistischen Landes fast täglich im Gerichtssaal von San Jose für das ND zu-

gegen. Ständig spürte ich dort, wie stark der Internationalismus vieler Menschen in der DDR war. Aus Berlin schickte Friedensratsgeneralsekretär Werner Rümpel z. B. eine Fahne mit der Picasso-Taube und zehntausend Unterschriften als Gruß an Angela. Sie wurde ihr unter Polizeiprotest in der Sicherheitszone um das Gerichtsgebäude übergeben. Bei den mannshohen LKW-Ladungen aus Solidaritätspost für die Angeklagte, mit denen Freunde des Verteidigungskomitees durch San Francisco fuhren, stammten wohl die meisten Briefe und Karten aus der DDR.

Das Schäfer-Interview mit der heute in Kalifornien lehrenden 61jährigen Universitätsdozentin überzeugte mich davon, daß sich Angela Davis in wesentlichen Fragen nicht von Marx und dem Marxismus gelöst hat. Auch wenn sie seit zwölf Jahren nicht mehr der KP der USA angehört. 1991 verließ sie die damals in die Turbulenzen eines heftigen internen Richtungsstreits geratene Partei und ging zu den sich spaltenden Committees of Corespondence, einer eher kleinbürgerlich geprägten linken Gruppe mit Kontakten zu bestimmten Führungspersonen der PDS um Brie und Gysi.

Auf die wohl etwas überhöhte Bemerkung des Interviewers, das von ihr besuchte Symposium habe die „Aktualität der Lehren von Herbert Marcuse unterstrichen“, ging Angela Davis nicht ein, sondern betonte stattdessen die beängstigende Vergleichbarkeit der brisanten Situation der 60er Jahre des amerikanischen Vietnam-Krieges mit der heute durch die Bush-Administration begonnenen permanenten Aggression. **Klaus Steiniger**



Angela Davis im März 1972, vier Wochen nach Beginn des Prozesses
Foto: Klaus Steiniger

Struck und die Gelbbauchunken

Wie schon die Umwandlung der Kyritz-Ruppiner Heide in ein Bombodrom der Bundesluftwaffe verrät, befaßt sich das Haus Struck vor allem mit Landschaftspflege und Naturschutz. Das konnte man jetzt anheimelnden Berichten des Neubrandenburger „Nordkuriers“ und der Ueckermünder „Haffzeitung“ entnehmen. „Die Bundeswehr macht sich auf ihren für die Öffentlichkeit gesperrten Truppenübungsplätzen um den Umweltschutz verdient. Davon ist Mecklenburg-Vorpommerns Umweltminister Wolfgang Methling fest überzeugt“, heißt es dort. Der stellvertretende PDS-Vorsitzende betrachte „die militärische Nutzung von Naturschutzgebieten, beispielsweise am Standort Torgelow (Landkreis Uecker-Randow) als Segen für die Erhaltung bedrohter Arten und typischer Landschaften“.

Es ist beeindruckend, wofür unser Militär so geschaffen wurde. Während es in Afghanistan, am Horn von Afrika und in Kongo die großen Aufgaben der Heimatverteidigung fern der eigenen Grenzen erfüllt, sorgt es sich in Deutschland um das Kleinod Natur. „Umweltschutz gehört zu den Kernaufgaben der Bundeswehr“,



Zur Rolle der Umweltschützerin sei die Bundeswehr allerdings wie die Jungfrau zum Kinde gekommen, gesteht der „Nordkurier“. Die relativ seltene Geländenutzung von Mooren, Gewässern und unzugängli-

chen, meint Philipp Prein von der Berliner BUND-Zentrale. Die Armee versuche bewußt, „ein positives Image herauszuheben und damit die zahlreichen belastenden Konflikte zu überdecken“.

Panzer als Landschaftspfleger

versichert denn auch Oberstleutnant Voßmeyer vom Torgelower Schießplatz dem „Nordkurier“. Der erzählt es seinen Lesern weiter.

Allerdings seien ökologische Resultate oft nur „ein Nebenprodukt“, relativiert das Blatt. „Wenn beispielsweise schwere Kettenfahrzeuge den Boden in den zusammen fast 2500 ha großen Torgelower Naturschutzgebieten Waldhof-Jägerbrück und Schwarzer See zerpfügen und Buschwerk wie Bäumchen niederwalzen, verhindern sie das Zuwachsen der dort typischen europäischen Trockenheide.“ Wobei wir wieder bei der Region wären, die Kriegsminister Struck so am Herzen liegt. Lassen wir noch einmal Wolfgang Methling, Biskys Vize, im O-Ton zu Wort kommen: „Auf diese Weise können, so unglaublich es klingt, Panzer zu Landschaftspflegern werden.“ Ist es nicht ein Glück, daß ein demokratischer Sozialist seinen Antimilitarismus derart ausleben kann?

Besonders schön ist es, „wenn aus tiefen Fahrinnen schließlich Biotope werden, in denen sich seltene Arten versammeln“, frohlockt der „Nordkurier“. Da muß der Rückzug der Bundeswehr aus einigen Standorten wie der Schwäbischen Alb die Naturschützer wohl traurig stimmen. Und ganz besonders leiden darunter die Gelbbauchunken, die im Frühjahr in den mit Wasser gefüllten Rad- und Panzerketten Spuren „ideale Plätze für die Brutablage“ finden.

chen Räumen sei für die widernatürliche „Sonderaufgabe“ des Militärs ursächlich. Die Verdienste der Streitkräfte um die Umwelt sollten nicht überbewertet wer-

Bleibt die Frage: Was wird aus den Gelbbauchunken in Strucks Biotopen, wenn der Minister seine Bomben über der Kyritz-Ruppiner Heide ausklinken läßt? **S.R.**

Bei der Geburt eines Sohnes

(Nach dem chinesischen Su Tung-p'ö, 1036–1101)

Familien, wenn ihnen ein Kind geboren ist

Wünschen es sich intelligent.

Ich, der ich durch Intelligenz

Mein ganzes Leben ruiniert habe

Kann nur hoffen, mein Sohn

Möge sich erweisen

Als unwissend und denkfaul.

Dann wird er ein ruhiges Leben haben

Als Minister im Kabinett.

BERTOLT BRECHT

Die Schere im Kopf

„Die Wahrheit ist stets das erste Opfer des Krieges“, heißt es in den BRD-Medien immer wieder. Man heischt so um Verständnis für die Lügen zur Rechtfertigung der Überfälle auf Jugoslawien, Afghanistan und Irak. Die Erfahrung der bürgerlichen Journalisten auf diesem Gebiet ist enorm: Vom Boden Westdeutschlands wurde vier Jahrzehnte lang Krieg geführt. Kalter Krieg gegen die DDR, den Sozialismus, Teile des eigenen Volkes und unterdrückte Völker in aller Welt, offen und verdeckt. Aufgaben und Zielstellungen, die sich daraus ergaben, brachte man den Mitarbeitern der BRD-Medien von Anfang an bei. Sie haben eine innere Zensur mit eigener Sprachregelung geschaffen, die vielschichtig funktioniert und vor allem im Weglassen besteht.

Offiziell herrscht in der BRD Pressefreiheit! Das Land besitzt bis heute keine Medien-Aufsichtsbehörde. Es gab sie wohl für einige Zeit – wie auch im Osten unter der SMAD – nach der Zerschlagung des Faschismus, organisiert von den westlichen Besatzungsmächten. Und bei denen liegt auch der Ursprung einer Medienentwicklung, die eine strukturelle Kontrolle im Sinne von Antikommunismus und Antisowjetismus, von Zügelung der Arbeiterklasse und Diffamierung nationaler Befreiungskämpfe erzeugte. Stützen konnte man sich dabei auf den Apparat der faschistischen Reichskulturkammer, dessen Karteien die US-Truppen erbeutet hatten.

Zeitungslicenzen wurden nach dem 8. Mai 1945 in der amerikanischen Besatzungszone von der dem US-Oberkommando unterstellten „Abteilung für psychologische Kriegführung“ vergeben, die ab Mitte 1945 dann „Information Control Division“ hieß. Sie war auch für Radio, Film, Theater, Musik, Literatur sowie nachrichtendienstliche Arbeit („Forschung und Analyse“) zuständig. Ähnlich verfahren Briten und Franzosen. Zunächst erhielten Unbelastete und Antifaschisten aller politischen Richtungen, selbst einige Kommunisten, Presselizenzen. Wie es nach dem Bruch der Antihitlerkoalition durch die Westmächte aber weiterging, zeigt das Beispiel der „Frankfurter Rundschau“: In ihrem Impressum steht der schon lange verstorbene Kurt Gerold als „Gründer“; doch der Name des zweiten Gründers fehlt. Das war der Buchenwaldhäftling und Kommunist Emil Carlebach. Er wurde mit einer schmutzigen Kampagne aus der Redaktion entfernt; die USA-Besatzer entzogen ihm einfach die Lizenz. So oder ähnlich wurde auch mit anderen Antifaschisten umgesprungen. 1949 gab es in der „großen Presse“ keinen Lizenzträger aus der KPD mehr. Kritische Journalisten erhielten de facto Berufsverbot oder wurden auf kommunistische Parteipublikationen zurückgedrängt. Zugleich durchsetzte man die Medien systematisch mit Agenten

westlicher Dienste. Das blieb auch nach Gründung der BRD so.

Auffällig war, daß „bewährte“ Nazi-Schreiber bei renommierten Blättern wie dem „Spiegel“ Aufnahme fanden. Sozialdemokraten mit entsprechenden Querverbindungen wie Bahr und Bölling beim RIAS oder der spätere Herausgeber des CIA-finanzierten Blattes „Der Monat“, Klaus Harprecht, spielten ihre Rolle. Andere, die nur den Siegern aus dem Westen folgen wollten, wie Peter Boenisch und der mit den US-Psychokriegern in Deutschland einmarschierte Hans Habe, nahm „Die Welt“, Organ der Briten und für sie von ihrem findigen Zögling Axel Springer „gemacht“. Die Presse der KPD, der FDJ und anderer linker Organisationen sowie Publikationen aus der DDR wurden kriminalisiert und schließlich verboten. Versuchen, sie durch andere Organe zu ersetzen, begegnete der Staat mit Boykott und Repression. So gab es in Hamburg das „Blinkfeuer“ meist nur unter dem Ladentisch. Wer Springers Gänsefüßchenland DDR anerkennen oder dessen Fernsehprogramm abdrucken wollte, verfiel der Feme. Andererseits schuf sich der deutsche Imperialismus eigene Instrumente zur psychologischen Kriegführung. Seit Jahrzehnten gibt es das in der Eifel stationierte Bundeswehr-„Bataillon 915 für operative Information“ mit seinem „Radio Andernach“. Heut berieselt der Sender via Satellit „unsere Jungs“ auf dem Balkan und am Hindukusch, mal per Infos aus der Heimat, mal live aus Kabul. Doch diese Programme gibt es erst seit kurzem als Ergänzung zur ursprünglichen Aufgabe: Im Krisen- und Kriegsfall rund um die Uhr psychologisch auf Bevölkerung und Gegner einzuwirken – mit autarker Technik und Energieversorgung natürlich. Durch die PK-Schule von „Radio Andernach“ ging so mancher bekannte Sprecher und Moderator ...

Im Zuge der Entspannungspolitik besserte sich die Lage. Die weltweite Anerkennung der DDR zeigte Wirkung. Und seit 1968 gab es die UZ der DKP. Doch Antikommunismus und Antisowjetismus prägten weiterhin den bürgerlichen BRD-Journalismus. Die



Zensur- und Unterdrückungsarbeit des Staatsschutzes verlagerte sich auf neue Gegner: die radikalen „68er“ und den militanten Flügel der antiimperialistischen Bewegung. Um sie zu isolieren, wurden alle Mittel der „schwarzen Propaganda“ und Dämonisierung eingesetzt. Es ging bis zur „geplanten Vergiftung des Bodensees“. Wer wie Heinrich Böll und Dorothee Sölle gegen solche Horrorgeschichten auftrat, wurde selbst massiv angegriffen.

In Presse, Rundfunk und Fernsehen setzte der Staatsschutz über die Chefredaktionen einheitliche Sprachregelungen für den Umgang mit dem „Terrorismus“ durch. Und mehr noch. In die Redaktionen hielten geschulte Mitarbeiter von BKA, BND und Verfassungsschutz – als Journalisten getarnt – Einzug und übernahmen die entsprechenden Ressorts. Während des Irak-Krieges traten sie allabendlich als kommentierende „Sicherheitsexperten“ auf. Ihre „Arbeit“ war ein ergänzender Bestandteil des Vorgehens auf dem jeweiligen Schlachtfeld.

Der psychologische Krieg gegen den „Terror“ endete jedoch keineswegs mit der Auflösung der RAF und der „Bewegung 2. Juni“. Im Gegenteil. Seit dem Überfall auf Jugoslawien, mit dem folgenden Prozeß gegen Slobodan Milosevic und Bushs weltweitem „Feldzug gegen den Terrorismus“ haben die Medien ein riesiges Betätigungsfeld für Lüge, Meinungszensur und Manipulation der Volksmassen erhalten. Zudem sind sie damit befaßt, die seit der Zerschlagung des Sozialismus in Europa und der Annexion der DDR andauernde Delegitimierungskampagne nach den erprobten und eingespielten Regeln des psychologischen Krieges weiterzutreiben. Welcher RF-Leser erinnert sich nicht an deren blühendste Auswüchse – etwa die Folterkeller, Todesstrahlen und Leichenberge des MfS, von denen bei Tageslicht keine Spur übrig blieb?

Wo waren Journalisten ohne „Schere im Kopf“, die den Lügern widersprachen? Natürlich gab es sie, aber – von wenigen Ausnahmen abgesehen – ohne Zugang zu den großen Medien. Und auch das gewendete ND besitzt offensichtlich ein „Spezialressort“ für Sprachvereinheitlichung und Sachverhaltsverdunkelung. Man muß nur die meisten Geschichtsbeiträge verfolgen ... Wer führt da die Regie? Wie heißt es in der Felddienstvorschrift FM-33-5 der USA-Streitkräfte vom August 1949?:

„Der psychologische Krieg schließt Maßnahmen ein, mit deren Hilfe Ideen und Informationen verbreitet werden, die das Denken, die Gefühle und das Handeln des Gegners beeinflussen. Diese Maßnahmen ... haben zum Ziel, seine Moral zu untergraben.“

Der Gegner – das ist heute jeder, der nicht so tickt wie die imperialistischen Meinungsmonopolisten. **Werner Hoppe**

Wie Heinz Brandt auf das Ende von DDR und SED spekulierte

Agententräume

Oft ist die Echtheit der Etablierung einer „Fünften Kolonne“ des Imperialismus in kommunistischen Parteien sozialistischer Staaten bezweifelt und bestritten worden. Und sicher war nicht jeder, der dafür gehalten oder erklärt wurde, tatsächlich ein westlicher Agent. Doch eines steht fest: Der Klassenfeind setzte überall auf labile, wankelmütige Elemente, die sich der revolutionären Arbeiterbewegung eher zufällig oder aus konjunkturellen Erwägungen angeschlossen hatten. Und manche, die sich unter Hitler in den antifaschistischen Widerstand einreihen oder von den Nazis verfolgt wurden, bewährten sich deshalb noch nicht als kommunistische Erbauer einer neuen Gesellschaft. Bisweilen gab es sogar Menschen mit eindrucksvollen, ja respektheischenden Biographien, die in bestimmten Situationen die Seiten wechselten. Das gilt auch für Robert Havemann und Heinz Brandt.

Brandt überlebte Auschwitz und Buchenwald, versagte aber bei späteren Prüfungen des Klassenkampfes. Er wurde sogar zum Abtrünnigen, zum Renegaten. Bis zu seiner Flucht im Jahre 1953 war er Sekretär für Agitation und Propaganda der Berliner SED-Bezirksleitung. Die Miene, die er aufsetzte, zeigte nicht sein wahres Gesicht. In der Folge warf er die Maske ab und erwies sich als hundertprozentiger Agent.

Heinz Brandt schrieb übrigens ein im Fischer Taschenbuch Verlag erschienenenes aufschlußreiches Buch unter dem Titel „Ein Traum, der nicht entführbar ist“. Es wurde sein Credo. Sehnsüchte eines Sozialisten oder Kommunisten keimten hier nicht auf. Seine Hoffnungen kreisten um etwas ganz anderes.

„Ich war nie so intensiv glücklich wie am Ende der ersten Juni-Woche 1953. Ich war Mitwisser eines Geheimnisses: Der Kreml ... war bereit, die DDR eventuell aufzugeben“, schreibt der Maulwurf in der Berliner SED-Bezirkszentrale am August-Bebel-Platz. „Es hatte sich die einmalige Konstellation für die demokratische und friedliche Wiedervereinigung Deutschlands ergeben, für die katastrophenlose Liquidierung des unseligen ‚sozialistischen‘ DDR-Abenteuers. Eine reine hypothetische, bisher als utopisch angesehene Rechnung schien aufzugehen ...“ Gemeint war die von dem KPdSU-Politbüromitglied Berija und anderen in der sowjetischen Führung geplante Preisgabe der DDR im Rahmen einer „gesamtdeutschen Lösung“ mit „freien Wahlen“, bei denen die SED – zumindest als Regierungspartei – von der politischen Bildfläche verschwunden wäre. Brandt, der „die unmittelbare Nachbarschaft der bürgerlichen Demokratie und ihres Leuchtturms Westberlin“ bewundert, deckt die Karten einer Verschwörung auf. „Wir kannten einander nicht, das verlorene Häuflein, das damals aus dem Dunkel der Konspiration ans Licht drängte.“

Wichtigstes Anliegen war es ihm, die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED wieder loszuwerden. Das Rezept dazu hieß „Neuer Kurs“, war von Moskau wörtlich verordnet worden, stürzte die Partei in tiefe Verwirrung und gab dem Gegner die Möglichkeit, den „Tag X“ bei uns auszulösen. Aber Ulbricht ließ sich bei allen notwendigen Korrekturen nicht vom sozialistischen Ziel abbringen. Vor allem, nachdem die Parteiführung seinen Sturz zu verhindern gewußt hatte. Brandt fand heraus, daß Rudolf Herrnstadt von Semjonow, dem späteren Hohen Kommissar der UdSSR in Deutschland, beauftragt worden war, „personelle Vorschläge für ein neues Politbüro, ein neues Sekretariat und ein neues ZK auszuarbeiten“. Ulbricht sei unter diesen Umständen „nur noch formal Generalsekretär der Partei“. Brandt frohlockt. Und er fügt hinzu: „Das lange, nervenaufreibende Bängen hatte sich also endlich doch gelohnt. Die Bahn schien frei für eine friedliche, demokratische Umwälzung in der DDR, damit aber auch für die Wiedervereinigung.“ Schon jubilierte er: „In meinem Freundeskreis nannten wir so etwas zynisch ‚in Schönheit sterben.‘“ Der Mann des Ostbüros malte sich ein „vages Bild“ vom künftigen einheitlichen

Deutschland aus: SED und KPD seien „historisch tot ...“, doch könnte in der jetzt entstehenden gesamtdeutschen SPD ... ein wirksamer Wall gegen eine restaurative deutsche Entwicklung erwachsen“. Brandt empfand die Frage als entscheidend, „ob sich innerhalb der SED eine Führungsschicht finden würde, die mit der Liquidierung der bisherigen Politik auch die Liquidierung der Partei vorbereitet“.

Es komme darauf an, meinte sein „Freundeskreis“, daß „alles gleitend und nicht explosiv verläuft“. Konterrevolution auf Filzlatzchen!

„So weit unsere Träume“, beendete der Staragent des Westens in der SED seine Betrachtung. Bekanntlich reiften sie nicht, sondern zerschellten an der rauhen Wirklichkeit. Berija, einer der Architekten des Ausverkaufs der DDR, wurde in Moskau unter Anklage und dann an die Wand gestellt. Er habe „objektiv eine fortschrittliche Rolle gespielt“, bescheinigt ihm Brandt postmortal.

Die schon Totgesagten – DDR und SED – überstanden den Juni 1953. Es blieben mehr als 35 Jahre Zeit, um wertvolle Erfahrungen beim ersten Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft auf deutschem Boden zu sammeln. C. L.

„RotFuchs“- Treffen in Torgau

Am 24. Juli trafen sich erstmals Mitglieder und Sympathisanten des „RotFuchs“-Fördervereins aus Torgau, Oschatz und Umgebung. Zunächst führte Dieter Itzerott in das Anliegen des RF ein. Rasch entwickelte sich zwischen den 17 Genossinnen und Genossen eine rege Diskussion. Einigkeit herrschte darüber, daß unsere Zeitschrift ein Material ist, das Argumente und Anregungen liefert. Was mir besonders gefiel, waren die Beiträge „gestandener“ Mitstreiter über ihr Leben und Wirken in der DDR. Die Bilanz: Es wurden Leistungen vollbracht, mit denen sich niemand verstecken und für die sich keiner entschuldigen muß. Eine Debatte mit unterschiedlichen Standpunkten entwickelte sich zur Rolle der PDS. Wir wurden uns einig, den Meinungsaustausch – auch zu diesem Thema – zu einer ständigen Einrichtung zu machen.

Angesichts der Fülle der Gedanken und aufgeworfenen Fragen vergingen die zwei Stunden wie im Fluge. Mein Eindruck: ein Forum von großer Bedeutung. Aussprachen zwischen Gleichgesinnten fördern Mut und Optimismus.

Henry Schönherr, Torgau

Einladung

**Die RF-Regionalgruppe
Neubrandenburg
lädt für Donnerstag,
den 25. September 2003,
zu einem Gespräch mit
dem langjährigen
Botschafter der DDR in
der Volksrepublik China**

Dr. Rolf Berthold ein.

**Thema:
Stellung und Entwicklung
Chinas in der
Gegenwart**

Zeit: 16.00 Uhr

**Ort: Neubrandenburg,
Adlerstraße, Begeg-
nungsstätte
der Volkssolidarität.**

**Auskünfte unter:
Telefon 0395/4691692**

Zu Willy Brandts Tätigkeit für den amerikanischen Geheimdienst

Nur gegen die Nazis?

Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, ein Blatt der deutschen Großbourgeoisie, brachte am 11. Mai 2003 einen Beitrag über die nachrichtendienstliche Tätigkeit Willy Brandts. Er trug die Überschrift „Ein gerne gesehener Agent“. Autor war der Berliner Historiker Hanns C. Löhr. Wir drucken das aufschlußreiche Material im Wortlaut nach:

Washington. Er war jung, gutaussehend und charmant. Ihm öffneten sich viele Türen, und er nutzte es. Willy Brandt machte aus den Jahren, die er zwischen 1940 und 1945 im schwedischen Exil verbringen mußte, das Beste. In der Grauzone zwischen Journalismus und Spionage hörte der spätere Kanzler der Bundesrepublik viel und verkaufte seine Informationen gerne. Von Dezember 1940 an betrieb er in Stockholm eine Presseagentur und lieferte als einer der ersten unter anderem Berichte über nationalsozialistische Vernichtungslager im Osten. Empfänger seiner Meldungen war zunächst ein englischer und später der amerikanische Geheimdienst Office for Strategic Services (OSS). Brandts Tätigkeit als Informant ist Historikern schon länger bekannt. Im amerikanischen Nationalarchiv ist jetzt jedoch eine bislang unbekannte Akte aufgetaucht. Sie belegt, daß der deutsche Exilpolitiker über das Ende des Zweiten Weltkrieges hinaus und wahrscheinlich auch intensiver als bisher bekannt, für das OSS arbeitete. In dem nun gefundenen Dokument berichtet der Stockholmer Resident des OSS im Frühjahr 1945 an die europäische Zentrale in London. Gegenstand seines Berichts sind vier kommunistische Parteiführer aus Norwegen. Die Amerikaner befürchteten zu diesem Zeitpunkt, daß die norwegischen Kommunisten als mögliche fünfte Kolonne das gerade befreite skandinavische Land unterwanderten.

Bei dieser geheimen Observierung war, wie in dem Bericht ausdrücklich erwähnt wird, ein gewisser „Willi Brandt“ eine wichtige Quelle. Der Informant Brandt weist die Amerikaner darauf hin, daß die Kommunisten in Norwegen eine aktive Zelle betrieben und sich schon viel Einfluß unter den Arbeitern verschafft hätten. Am aufschlußreichsten ist jedoch das Datum des Berichts: Er wurde am 24. Mai verfaßt und belegt damit Brandts Tätigkeit für die Vereinigten Staaten noch über den Tag der deutschen Kapitulation vom 8. Mai 1945 hinaus.

Im Jahr 1999 wurde Brandts Agententätigkeit durch den Bericht eines Hamburger Nachrichtenmagazins erstmals einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Bismarck gingen Fachleute für die Lebensgeschichte Brandts jedoch davon aus, daß sich im Herbst 1944 das Verhältnis zwischen den Amerikanern und dem späteren Vorsitzenden der SPD abkühlte und die Zusammenarbeit abnahm. Das neue Dokument zeigt

nun das Gegenteil. Aber nicht nur das: Der Sachbearbeiter in der Washingtoner Zentrale, der den Bericht in die Hände bekam, ergänzte die Angabe über die Quelle Brandt auch noch mit dem handschriftlichen Zusatz: „Ein Informant, der durch und durch mit den norwegischen Angelegenheiten vertraut ist.“ Dies weist darauf hin, daß der Informant Brandt selbst in der Zentrale des amerikanischen Geheimdienstes kein Unbekannter war. Von einer Abkühlung des Verhältnisses kann damit knapp drei Wochen nach Kriegsende keine Rede mehr sein.

Brandt war bei den Amerikanern auch im Frühjahr 1945 ein gerngesehener Agent. Wann seine Zuarbeit endete, ist bis heute allerdings unbekannt. Sicher ist nur, daß Brandt im Sommer 1945 zunächst nach Norwegen zurückkehrte, um im Herbst des gleichen Jahres wieder in Deutschland als Journalist zu arbeiten. Vor dem Hintergrund des jetzt aufgetauchten Berichts wird die Tragik des deutschen

Politikers erst richtig deutlich: Brandt, der kommunistische Parteiführer an die Amerikaner verriet, mußte wiederum als Kanzler zurücktreten, nachdem 1974 ein kommunistischer Spion im Kanzleramt enttarnt worden war.

Brandt erwähnt in seinen Lebenserinnerungen seine frühere Informationstätigkeit nicht. In Historikerkreisen wird darauf hingewiesen, daß im Londoner Public Record Office (The National Archives) vor kurzem weitere Berichte freigegeben wurden, die die Engländer über Brandts Nachrichtengeschäfte sammelten. Allerdings seien diese Akten in die bestehenden Bestände eingearbeitet worden und daher nur durch intensive Suche aufzufinden. Die historische Forschung wird daher wohl in den nächsten Jahren weitere Erkenntnisse über Brandts Informanten-Dasein liefern. Vielleicht wird dann auch geklärt werden, wann Brandts Agententätigkeit wirklich endete.

Von wem der Schrecken wirklich ausgeht

Zum Terror-Begriff

Folgt man dem Wörterbuch, so ist TERROR (lat.) „Schrecken, ein Schrecken bereitendes Geschehen“. Bereits im 18. Jahrhundert finden sich /terrorisieren/ Terrorismus/Terrorist und terroristisch als Entlehnungen aus dem Französischen in unserer Sprache, aber das Simplex „Terror“ wurde erst 1915 in den DUDEN aufgenommen.

Ursprünglich war Terrorismus allein auf die Gewaltherrschaft der Jakobiner (1793/94) bezogen – später allgemein für Gewaltausübung, politische Unterdrückung, Ausführung von Gewaltaktionen. Erst in der Mitte des letzten Jahrhunderts erhielt Terror seine heutige Bedeutung als politisches Schlagwort für „kriminelle Aktivitäten extremistischer Gruppen“.

Hier muß ich widersprechen: Der mörderische US-Krieg in Indochina wurde propagandistisch gegen die „Vietkong-Terroristen“ geführt ... Wie verlogen! Das war keine „extremistische Gruppe“, sondern ein ganzes Volk wehrte sich gegen den Aggressor. Dasselbe taten die Koreaner Jahre zuvor. Auch sie wurden als „Terroristen“ bezeichnet.

„Wie kann ich jemals meinem Sohn erklären“ – so damals ein US-Pilot –, „daß ich Bakterien-Bomben über Korea auf Menschen abgeworfen, Tod und Verderben über sie gebracht habe ... Sie haben unser Amerika nicht angegriffen, aber wir sie – mit Massenvernichtungswaffen.“

Denken wir an den Krieg zwischen Iran und Irak: Saddam erhielt biologische Waf-

fen von den USA gegen Iran, das inzwischen auf der Liste der „Schurkenstaaten“ steht.

Seit dem 11. September 2001 ist Terror mit zahlreichen Komposita wie TERROR-Akt, -alarm, -angriff, -hort, -netzwerk, -anschläge, -gelder, -schläfer fast ausschließlich für die Anschläge in den USA verwendet worden. Der 11. September wurde so zu einem Synonym für Terror. Die Datumsangabe – nach amerikanischer Lesart in umgekehrter Reihenfolge 9/11 (nine-eleven) – gilt als Symbol für Terrorangriffe. Fast zynisch mutet es an, daß 9 11 zugleich die nationale Rufnummer der USA ist.

Inzwischen hat eine hochgerüstete Supermacht, die über biologische, chemische und atomare Massenvernichtungswaffen verfügt, ein armes Land mit Bomben und Raketen überschüttet ... wegen des „Terroristen“ Saddam Hussein. Angeblich. Dabei weiß alle Welt: Öl war das Motiv.

Es ist schon eine Zumutung, in die freundlich-lächelnden Visagen vieler TV-Moderatoren, „Talker“ und Nachrichtensprecher blicken zu müssen, die uns wochenlang locker und unbekümmert mit „Präventivschlägen“ und deren „Kollateralschäden“ betrogen haben, als seien es kleine Kracher am Morgen. In den USA war von den Operationen „Infinite Justice“ (Grenzenlose Gerechtigkeit) und „Enduring Freedom“ (Dauerhafte Freiheit) zynisch die Rede.

Soviel zum TERROR-Begriff.

Artur K. Führer, Bottrop

Wo blieb die über dem Pentagon „abgestürzte“ Boeing?

Das Gerücht verbreitete sich über das Internet mit Blitzgeschwindigkeit: Die neue Ausdeutung des 11. September hat mit der Passagiermaschine Boeing 757 der American Airlines zu tun, welche an jenem Tag auf das Pentagon stürzte. Oder handelt es sich eher um den Fall eines imaginären Aufpralls ...? Ist es eine Phantasie? Denn die Internetseiten, welche auf den ersten Blick eine unwahrscheinliche Theorie präsentieren, sind verwirrend. So gibt es zum Beispiel unter www.reseauvoltaire.net Fotos, welche zeigen, daß die Explosion keine große Zerstörung hervorgerufen hat. Und Teile eines Flugzeugs sind nirgendwo zu sehen. Mehr als das. Man stellt eine völlige Abwesenheit von Spuren fest, die auf der Pentagon-Fassade durch die Tragflächen des Flugzeugs beim Aufschlag hinterlassen worden wären.

Sarkastische Anhänger dieser Theorie sprechen von einem „Spiel aus sieben Fehlern“ und argumentieren: „Wenn man die offenkundige Schlußfolgerung zieht, daß die Boeing das Pentagon nicht getroffen haben könnte, entsteht die Frage, was eigentlich mit der Maschine passierte, die verschwunden ist.“

Unter den gegebenen Umständen erscheint es angemessen, einige Detektivarbeit zu leisten und sich den Archiven der Nach-

richtenagenturen zuzuwenden. Sie sind die einzigen Lichtpunkte der geheimen Natur der Ereignisse zu diesem Zeitpunkt. Tatsächlich zeigt keines der vierhundert Fotos, die den Internet-Berichten über diesen Terrorakt beigefügt wurden, den ausgebrannten Rumpf des Flugzeuges. Das ist zumindest überraschend, würden wir sagen.

In den USA wurden Berichte über diese oder andere Ereignisse des Tages mit Ausnahme eines Videos gestoppt, das am 7. März 2002 im amerikanischen Fernsehen gezeigt wurde. Es war am 12. September um 17.37 Uhr durch eine auf dem Pentagon-Parkplatz stationierte Kamera aufgenommen worden. (Es ist unklar, warum die Bilder das Datum des 12. September und die Nachmittagsstunde anzeigen, obwohl das Flugzeug am 11. September um 9.37 morgens im Pentagon eingeschlagen sein soll.) Die Aufnahmen lassen etwas Langgezogenes und Weißliches erkennen, das ein Flugzeug sein könnte. Aber nichts Präzises. Nach Berichten von CNN – der Korrespondent war zur Zeit des Ereignisses am 11. September an Ort und Stelle – „sahen alle Zeugen, die ich an jenem Tag interviewte, ein sehr niedrig fliegendes Flugzeug. Aber keiner konnte sagen, wie niedrig“.

Auf Gottes Befehl

Bush behauptet, daß seine Überzeugtheit von der „amerikanischen Sache“ auf den Allmächtigen selbst zurückzuführen sei. Die israelische Zeitung „Haaretz“ zitiert ihn wörtlich: „Gott befahl mir, auf Al-Qaida einzuschlagen, und ich tat es. Dann sagte er zu mir, ich solle auf Saddam einschlagen, was ich ebenfalls tat. Jetzt bin ich entschlossen, das Problem des Nahen Ostens zu lösen ...“ Die „Moscow Times“ schreibt hierzu: „Das ist die Einstellung eines Mannes, der das Handeln der größten Militärmacht in der Weltgeschichte bestimmt. Es steht außer Zweifel, daß Bush wortwörtlich an seine göttliche Mission glaubt. Er ist fest davon überzeugt, daß die ‚Entscheidungen‘, welche den emotionalen Impulsen und biochemischen Reaktionen seines Gehirns entspringen, angeregt durch die Schmeicheleien seiner fragwürdigen Berater oder die zusammenhanglosen Fetzen von Tatsachen, Mythen und Lügen, die in sein stolz-unterentwickeltes Bewußtsein flattern, vom Allmächtigen dort hineinverpflanzt wurden.“

Voraussichtlich geschah es auf höheren Befehl, daß sich Dabbelju daran machte, „Schock und Schrecken“ auf das Haupt der „schnurbärtigen Hure von Babylon“ zu häufen, mit einem Feuersturm göttlichen Zornes und einem Arsenal von Flügellraketen, Streubomben, Sturzflugbomben und Angriffshelikoptern, die etwa 10000 unschuldige Zivilisten töteten. Aber nichts davon scheint in das Bewußtsein des neuen Kreuzzüglers zu dringen.

Schon am 7. Oktober 2002, noch zur Zeit der Kontroverse im UN-Sicherheitsrat über die Fortsetzung der Inspektionen unter Blix und Baradai, erklärte Mr. Bush: „Das irakische Regime besitzt und produziert chemische und biologische Waffen, es sucht nach Nuklearwaffen.“ Am 28. Januar 2003 fügte er dem Schreckensbild einer globalen Bedrohung durch Irak noch einige Farbtupfer hinzu: „Unser Nachrichtendienst schätzt, daß Saddam die Rohmaterialien zur Herstellung von etwa 500t Sarin, Senf- und VX-Nervengas besitzt.“

Großbritanniens Premierminister Tony Blair ging bekanntlich noch einen Schritt weiter. Bereits im September 2002 warnte er, daß Saddam Hussein imstande sei, innerhalb von 45 Minuten seine giftgeladenen Raketen abzuschließen. Wie sich herausstellte, waren solche Details vom Internet „abgepaust“ worden.

Und dann gab es da noch die üble Geschichte von den 5000 T Uranerz, die Saddam angeblich im afrikanischen Staat Niger zur Herstellung von Atombomben aufgekauft haben sollte. Als bekannt wurde, daß diese Story auf gefälschten Dokumenten beruhte, unterschrieben von einem Minister, der schon seit Jahren nicht mehr im Amt war, gab es der Verwicklungen mehr: Der britische Geheimdienst MI6 wurde der Urheberschaft beschuldigt. Gleichzeitig behauptete CIA-Direktor George Tenet, er habe gewarnt, daß die Uranerz-Geschichte nicht zuverlässig belegt sei.

In diesem Sinne haben die Zeugen nichts Wesentliches ausgesagt, es sei denn, sie seien zu Opfern kollektiver Halluzinationen geworden oder sie hätten den Absturz einer Maschine vom nahen Washingtoner Flughafen beobachtet. Am 11. September herrschte eine schreckliche Verwirrung – es war sogar die Rede von einer Explosion im Capitol, wo überhaupt nichts geschah. Es ist eine befremdliche Geschichte, die wiederum neue Fragen aufwirft. Wo ist die Boeing, die an jenem Tag startete, abgeblieben? Wo sind die 64 Passagiere, die ihre Familien anriefen und dann bei dem Absturz starben? Und wie war es möglich, daß die amerikanischen Geheimdienste, die nicht dazu in der Lage waren, die Terrorakte des 11. September auch nur annähernd vorauszuahnen, innerhalb weniger Minuten zu der koordinierten Behauptung gelangen konnten, auf das Pentagon sei ein Anschlag verübt worden ...? Als ob die Zerstörung der beiden Türme des Welthandelszentrums nicht genug gewesen wäre, den Angriff auf Afghanistan zu rechtfertigen!

Aus der französischen Zeitung „Le Soir“, nachgedruckt in der „Sowjetskaja Rossija“ vom 14. 3. 02

Offiziell gelten in Washington die zehn Gebote. Doch mit der christlichen Forderung „Du sollst nicht lügen!“ hat man gewisse Schwierigkeiten. Denn das religiöse Leitmotiv der Bush-Administration paßt schlecht zum Gebäude aus Erfindungen und Spekulationen, das errichtet wurde, um den gewünschten Effekt der Angst und des Abscheus zu schaffen. Er war massenpsychologisch notwendig, um den Angriff auf das ölreiche Land zwischen Euphrat und Tigris zu rechtfertigen.

Aber letztlich sickert die Wahrheit doch durch. In einem Interview mit dem Magazin „Vanity Fair“ erklärte kein anderer als Donald Rumsfelds berüchtigter Stellvertreter Paul Wolfowitz, die Sache mit den irakischen Massenvernichtungswaffen habe in Wirklichkeit nur als casus belli, als Kriegsgrund, gedient: Und zwar allein aus politischen Erwägungen.

Immer mehr USA-Bürger und deren Freunde in aller Welt fragen: Was ist eigentlich mit Amerika geschehen? Das Land wird totalitär umgekrempelt, es herrscht ein Klima der Angst und des Militarismus. George Dabbelju Bush ist der erste ungewählte Präsident, der seinen Amtsantritt de facto einem Staatsstreich des Obersten Gerichtshofes zu verdanken hat. Er untergräbt in seiner bigotten Frömmigkeit eine der Säulen der amerikanischen Demokratie – die Trennung von Staat und Kirche. Heute finden in jedem Zweig der amerikanischen Verwaltung täglich Gottesdienste statt. Die Bush-Administration läßt sich ganz ungeniert von „Eingebungen“ des Allmächtigen leiten.

Dr. Vera Butler, Melbourne

Paul Wolfowitz und die faschistischen Züge der USA-Außenpolitik

Bushs Oberfalke

„Der erste intellektuelle Gestalter der Politik der Bush-Administration besitzt eine Agenda, die weit über Irak hinausreicht“, schrieb der großbürgerliche Leitartikler Roy Eccleston. Washingtons stellvertretender Verteidigungsminister Paul Wolfowitz schießt nicht mit Salven unbedarfter Platttheiten um sich, die zu unliebsamen Ekklats führen. Das überläßt er seinem unmittelbaren Vorgesetzten Donald Rumsfeld oder dem Mann im Weißen Haus. Nein, er spricht gedämpft und bedacht, ist ganz Kopf. Dennoch erweist er sich als der Gefährlichste von allen. Die den gemäßigeren Flügel des USA-Establishments bedienende seriöse amerikanische Presse bezeichnet ihn in einer Mischung aus Entsetzen und Bewunderung mal als gefährlichen Ideologen und Kriegstreiber, mal als brillanten strategischen Denker, mal als rechten Fanatiker, mal als Baumeister des Imperiums.

Ein früherer Kollege des 58jährigen einstigen Professors für internationale Studien an der John Hopkins University – unter Bush-Vater wie unter Bush-Sohn die Nr. 2 des Pentagons – nennt Wolfowitz gegenüber „The Economist“ einen „eisenharten, krallenbewehrten Dinosaurier“. Die sonst für kriegswütige Scharfmacher übliche Bezeichnung „Falke“ lehnt der Informant des Blattes als zu harmlos ab.

Seit dem gewaltsamen Sturz Saddam Husseins, den er mehr als ein Jahrzehnt lang im USA-Ölinteresse und „aus ethischen Gründen“ eingefordert hatte, trägt der Vize-Minister den Spitznamen „Wolfowitz von Arabien“. Die „New York Times“ brachte eine Karikatur, die ihn als römischen General darstellte, der eine Welt erobern will. Der Vergleich ist durchaus zutreffend, setzt Rumsfelds Stellvertreter doch in jedem Fall auf kriegerische Lösungen, vor allem gegenüber Staaten mit moslemischer Bevölkerung, denen er die „Segnungen amerikanischer Demokratie“ bringen will. „Ich glaube, er ist deshalb äußerst einflußreich geworden, weil der Präsident ähnliche Instinkte besitzt“, erklärte Charles Fairbanks von der School for Advanced International Studies der John-Hopkins-Universität. „Wolfowitz ist der strategischste Denker an der Spitze der Regierung.“

Der Einfluß des „Superfalken“, der maßgeblich darauf hinwirkt, daß sich die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik immer mehr an faschistischen Leitbildern orientiert, werde nur noch wachsen, stellte der Abrüstungsexperte Joe Cirincione vom Washingtoner Denktank Carnegie Endowment for International Peace fest. Wolfowitz lehnte Bill Clintons Außenpolitik vor allem wegen ihrer „Schwächlichkeit“ und des „Mangels an Aktionsbereitschaft“ gegenüber Irak ab. 1981 forderte er den damaligen Präsidenten ultimativ

auf, „endlich Gewalt anzuwenden und die Bagdader Regierung hinwegzufegen“. Die Gruppe erzkonservativer, eher sogar faschistoider Ideologen, zu der Wolfowitz gehört, wird in den USA als „neo-cons“ bezeichnet. Von ihnen geht auch die Idee des „Krieges gegen den Terrorismus“ aus. In den 80er Jahren installierte der republikanische Präsident Ronald Reagan etliche inzwischen prominente „neo-cons“ in seiner Administration, vor allem in Schlüsselpositionen der Außenpolitik. Unter ihnen befanden sich die UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick und Richard Perle, der als Fachmann für Abrüstungsverhinderung ins Pentagon einzog. Auch Wolfowitz zählte zu dieser Riege. Heute sind die „neo-cons“ über die wichtigsten Ressorts der Bush-Regierung verteilt: Perle sitzt im Defense Policy Board, der

das Pentagon „berät“, Douglas Feith ist stellvertretender Verteidigungsminister, John Bolton Vize-Außenminister, Lewis „Scooter“ Libby Stabschef bei Vize-Präsident Cheney, und Bill Kristol gibt „The Weekly Standard“ heraus, der besonders im Weißen Haus gelesen wird.

Dennoch: Die eigentliche Spinne im Netz der sich als Neokonservative tarnenden Faschisierer der USA-Außenpolitik heißt Paul Wolfowitz. Er verbinde den „Willen zur Gewaltanwendung“ mit „moralischen Skrupeln“, meint der bereits zitierte Fairbanks. Diese Art von Skrupeln ist gerade erst wieder bei den Bombengeschwadern mitgeflogen, die von USA-Flugzeugträgern aus gegen Frauen und Kinder in Bagdad aufstiegen.

R. F., gestützt auf Quellen aus den USA, Großbritannien und Australien



Mit solchen Konserven sorgt das Fernsehen der BRD für Unterhaltung. Collage: Stefan Schultz

Aus technischen Gründen außerstande, ihnen den Vaterländischen Verdienstorden zu verleihen, grüßen wir unsere bewährten „RotFuchs“-Veteranen und Vereinsmitglieder, die in höhere Alterskategorien aufsteigen.

Herzliche Wünsche gehen an

Hildegard Kern aus Hermsdorf (4. September 2003)
Heinz Müller aus Dresden (15. September 2003)
Dieter Skiba aus Berlin (28. September 2003) und
Roswitha Thiele aus Berlin (6. September 2003),

die **80, 80, 65** und **60** werden. Anstelle einer Dekoration – eine solidarische Umarmung!

Antisowjetische Standardvorwürfe und die Wirklichkeit

Zum Warschauer Aufstand 1944

Einer der antisowjetischen Standardvorwürfe lautet, 1944 sei die Rote Armee dem Warschauer Aufstand nicht zu Hilfe geeilt und habe untätig bei seiner Niederschlagung zugesehen.

Seit Jahren hatte sich die größte polnische Widerstandsbewegung, die bürgerliche „Heimatarmee“ (AK), auf die Befreiung Polens vorbereitet und auf diesen Moment alle Untergrundaktivitäten konzentriert. Bis dahin müßten AK-Mitglieder „Gewehr bei Fuß“ stehen und bewaffnete Auseinandersetzungen mit den deutschen Okkupanten vermeiden. Für den Augenblick der Befreiung war die Aktion „Burza“ (Sturm) vorgesehen. Hiernach sollten zwischen dem deutschen Rückzug und dem Einmarsch der Roten Armee AK-Einheiten aus dem Untergrund hervortreten, die Macht übernehmen und sich den sowjetischen Truppen als Hausherrn präsentieren. Diese passive und mehr politische als militärische Konzeption brachte den Sowjetsoldaten an der Front keinerlei Entlastung.

Seit April 1943 gab es zwischen der polnischen Exilregierung in London und der UdSSR keine offiziellen Beziehungen mehr. Sie waren von Moskau mit gutem Grund aufgekündigt worden. Als Sowjettruppen ethnisch polnische Gebiete betraten, gab es für sie keinen regierungsoffiziellen Partner, der ihnen den Rücken freihielt und Leistungen erbrachte, die für den weiteren Vormarsch unabdingbar waren. Eine solche Institution mußte schnellstens her, denn Polen war kein Feindesland, sondern Mitglied der Antihitlerkoalition. Alle Versuche, mit den „Londonern“ über inoffizielle Kanäle zu einer Absprache zu gelangen, verliefen wegen deren unrealistischer Haltung ergebnislos. Nachdem die Exilregierung im Januar 1944 protestierte, als die Rote Armee die Faschisten über die polnische Vorkriegsgrenze getrieben hatte, kam ihre Niederlassung an der Themse dafür nicht mehr in Frage. So bot sich einzig die Vertretung der polnischen Linken an, die seit Jahren die mit den „Londonern“ Unzufriedenen unter Führung der wiedergegründeten kommunistischen Arbeiterpartei (PPR) sammelte und nach fruchtlosen Versuchen einer Einigung mit der AK Ende 1943 offiziell ihren nationalen Führungsanspruch anmeldete. Im Juli 1944 wurde (s. RF 67) im befreiten Ostpolen die erste polnische Volksmachtregierung (PKWN) gebildet. Für Moskau war sie ein Provisorium, das allerdings in einer späteren Einheitsregierung ihr Gewicht einbringen sollte. Auf eine sozialistische Entwicklung Polens orientierte sich Stalin zu jener Zeit nicht. Angesichts der Stärke der bürgerlichen Kräfte erschien das auch illusorisch. Das befreite Polen sollte der UdSSR gegenüber freundschaftlich eingestellt, aber nicht unbedingt sozialistisch sein. Dafür hätten die Westmächte, auf deren materielle Hilfe Moskau zählte, keinerlei Verständnis gehabt. Diese waren auch mit den „Londonern“ unzufrieden und unterstützten die UdSSR bei der Schaffung einer Regierung

der Nationalen Einheit, die ein Jahr später tatsächlich zustande kam. „London“ und die AK-Führung in Polen sahen das freilich anders. Aus ihrer klassenmäßigen Begrenztheit und antikommunistischen Verblendung erblickten sie im PKWN den Beginn einer Sowjetisierung Polens, der sie sich, koste es, was es wolle, entgegenzustellen beabsichtigten. Was an „Burza“-Aktionen in Ostpolen, wo es begrenzte und erfolglose Gefechte gegeben hatte, gescheitert war, sollte nun im großen Stil in Warschau wiederholt werden. Politisch war dieses Vorhaben von vornherein zum Scheitern verurteilt, denn selbst im Falle eines günstigen Ausgangs hätten die sowjetischen Vertreter die Warschauer Expositur der „Londoner“ nicht anerkannt und sie lediglich zu Verhandlungen an den PKWN verwiesen, wie es anderenorts später geschehen sollte. Militärisch war die Durchführung des Aufstandes hochriskant. Durch die letzte sowjetische Offensive hatte sich im Vor- und Umfeld von Warschau eine gewaltige Konzentration deutscher Truppen herausgebildet, die sich ständig veränderte und eine Aufklärung durch die AK zunichte machte. Dadurch war es unmöglich, den richtigen Zeitpunkt für den Aufstandsbeginn auszumachen. Zudem waren in Warschau genügend faschistische Truppen vorhanden, um eine Erhebung unter Kontrolle zu bringen. Die Verbände von Wehrmacht und SS waren nicht nur bestens ausgerüstet und ausgebildet, sondern verfügten auch über jahrelange Kriegserfahrung. Dem hatte die AK im Grunde genommen nichts entgegenzusetzen. Sie verfügte über zu wenig Kämpfer, die zumeist militärisch unerfahren und sehr dürrig bewaffnet waren. Munition gab es nur für einige Tage. Auch die militärischen Qualitäten der AK-Kommandeure erwiesen sich als unzureichend. Zumeist Vorkriegsoffiziere, waren sie seit 1939 von den rasanten Entwicklungen im Militärwesen abgeschnitten und somit kaum in der Lage, unter modernen Gefechtsbedingungen oder im Häuserkampf entsprechend zu führen. Man hatte langanhaltende Kampfhandlungen überdies weder vorgesehen noch einkalkuliert. Die AK-Führung zählte auf das Überraschungsmoment, die Ortskenntnis und den mobilisierenden Haß der Warschauer gegen die Faschisten.

Aufgrund einer Fehleinschätzung der Lage brach der Aufstand schon am 1. August aus. Die Mobilisierung der AK-Kämpfer konnte nicht geheimgehalten werden. Obwohl die Gestapo über Aufstandsvorbereitungen informiert war, kam die Erhebung für sie dennoch überraschend früh. Doch nach wenigen Stunden war der Überraschungseffekt verpufft, kaum ein taktisches Ziel wurde erreicht, überlegene faschistische Truppen grenzten die Aufstandsherde ein und begannen mit deren Liquidierung. In der ersten Woche war der Aufstand faktisch gescheitert. Nun gingen die Nazi-Okkupanten daran, die Stadt systematisch zu zerstören, um den Aufständischen Unterschlupf, Deckung

und Unterstützung durch die Warschauer zu entziehen. Damit verlor der Vorteil der Ortskenntnis seinen Wert. Einzig der Heroismus der Warschauer Antifaschisten, die von den politischen Ambitionen ihrer Führung nichts wußten, blieb ungebrochen und verdient uneingeschränkte Hochachtung.

Die Rote Armee war bei Aufstandsbeginn etwa 200 km entfernt und nicht über dessen Ausbruch informiert, denn eine Verbindung zur AK gab es ja nicht. Erst nach Tagen ging die sowjetische Aufklärung sicher, daß in Warschau überhaupt zu den Waffen gegriffen worden war. Bis dahin hatte man das für ein Gerücht oder eine deutsche Provokation gehalten, um die nach gerade beendeter Offensive abgekämpften Sowjetsoldaten in eine Falle zu locken. Zudem war die Einnahme Warschaus zu diesem Zeitpunkt militärisch nicht geplant. Auf Befehl Stalins wurden erschöpfte und nicht aufgefüllte Divisionen Warschau zu Hilfe gesandt. Bei ihrem Vormarsch stießen sie auf einen starken deutschen Verteidigungstau, dem ständig neue Kräfte und Mittel zugeführt wurden, so daß die sowjetischen Verluste außerordentlich hoch waren.

Anderthalb Monate nach Aufstandsbeginn hatte die Rote Armee den östlichen Teil Warschaus befreit und stand an der Weichsel. Vor ihr lag eine brennende Stadt. Die AK-Kämpfer, auf einige isolierte Stellen zurückgedrängt, lieferten sich tapfer inhaltende Scharmützel mit den Faschisten. Offensivhandlungen waren seit Wochen schon undenkbar. Sie konnten die starke deutsche Verteidigungslinie an der Weichsel weder ablenken noch angreifen, so daß ein massives Übersetzen sowjetischer Verbände nicht möglich war. Die Operation mußte daher abgebrochen werden. Ein Truppenteil der in der UdSSR aufgestellten polnischen Verbände versuchte dennoch das Unmögliche. Er gelangte unter großen Verlusten auf das andere Ufer, verband sich mit einigen AK-Gruppen und leistete stundenlang Widerstand. Nachdem die meisten dieser Soldaten gefallen waren, zogen sich die Reste auf das östliche Weichselufer zurück. Inzwischen flogen sowjetische Maschinen Kampfeinsätze gegen deutsche Stellungen in der Stadt und warfen Massen an Waffen, Munition und Ausrüstung ab, was von den Aufständischen positiv aufgenommen wurde. Auch deshalb kapitulierte die AK-Führung erst zwei Wochen später. Aber Warschau konnte nicht vor dem Januar 1945 befreit werden. Dieser Aufstand der AK war politisch gegen die Sowjetunion und die polnischen Linken, militärisch gegen die Faschisten gerichtet, so der marxistische Historiker Ryszard Nazarewicz. Er endete mit einer militärischen Niederlage, an der die Rote Armee keinen Anteil hatte. Die politische Niederlage hingegen wog so schwer, daß die polnische Rechte sie bis heute nicht verwinden kann. Daher die haltlose Schuldzuweisung an die UdSSR.

Stefan Warynski

Notizen des 93jährigen Spanienkämpfers Jirí Horský aus Decin

Damals am Ebro



Vor 65 Jahren fand die legendäre Schlacht am Ebro statt – ein Ruhmesblatt im Kampf der Internationalen Brigaden gegen die Truppen Hitlers, Mussolinis und Francos. Dr. Heinz Senenko von der Internationalen Gruppe „Spurensucher“ bei der VVN-BdA Sachsen, die auch tschechoslowakische Interbrigadisten und andere Antifaschisten des Nachbarlandes in ihren Reihen zählt, sandte uns das folgende Material. Er bemerkte dazu: Der Kommandeur der CR-Brigade in Spanien, Milos Nekvasil, war Ehrenmitglied unserer Gruppe. Kurz vor seinem Tode im Jahre 1998 übergab er mir die beiden hier veröffentlichten Originalfotos aus Spanien und Frankreich. Wir brachten sie zu dem heute 93jährigen Spanienkämpfer und Oberst der tschechoslowakischen Volksarmee Jirí Horský, der ebenfalls unserer Gruppe angehört. Er schrieb den folgenden Kommentar:

Das erste Bild zeigt internierte tschechoslowakische Interbrigadisten im südfranzösischen Lager Gurs. Auch ich bin irgendwo darauf. Hinter uns lag damals ein ungleicher Kampf. Man bedenke, in den Interbrigaden an der Seite der spanischen Volksarmee standen 35 000 Antifaschisten aus ca. 60 Nationalitäten. Die faschistischen Truppen stützten sich auf 110 000 Italiener, mehr als 20 000 deutsche Piloten sowie Elitesoldaten der Panzer und der Artillerie.

Am Ebro hatte die Volksarmee zwei Jahre erfolgreich gekämpft. Dann wurde der Gegner immer stärker, denn hinzu kamen 50 000 Marokkaner, 2000 Fremdenlegionäre usw. sowie eine enorme Menge schwerer, moderner Waffen. Wir mußten uns schließlich zurückziehen. Interbrigadisten, die nicht mehr in ihre Heimatländer gelangen konnten, weil diese von den Faschisten besetzt waren, gingen nach Frankreich, wo sie in verschiedenen Lagern interniert wurden, so in Argelès sur mere, St. Cyprien, Gurs, Vernet de' Arriega und anderswo. Manche schlossen sich den Partisanen an, um dort ihren Kampf fortzusetzen. Unter diesen befand sich auch



hatte, wurde unser Brückenkopf schließlich aufgegeben. Wir verließen geordnet das Land. Das zweite Foto zeigt tschechoslowakische Interbrigadisten bei einer Begegnung



mit politischen Kommissaren. Sie spielten bei der Motivierung unserer Kämpfer eine hervorragende Rolle.

Ich möchte hier an den Aufruf deutscher und österreichischer Interbrigadisten vom 1. Dezember 1938 erinnern, der unsere ungebrochene Moral wiedergab. In ihm stehen die Sätze: „Zwei Jahre haben wir Schulter an Schulter gekämpft. Wir standen fest zusammen bei Madrid und versperrten gemeinsam mit unseren spanischen Kameraden den ausländischen Eroberern den Zugang zur Hauptstadt. Wir halfen mit, die Söldlinge Hitlers und Mussolinis zu vernichten ... Wir standen in den erbitterten Schlachten am Ebro. In all diesen Kämpfen lernten wir eins: Die Einheit ist das Unterpfand des Sieges.“

Noch ein paar Worte über mein weiteres Schicksal: Ich wurde in das KZ Diefia in Nordafrika zur Sklavenarbeit verschleppt. Von den Amerikanern befreit, gelang es mir, mit einem holländischen Schiff nach England zu kommen. Dort meldete ich mich bei der tschechoslowakischen Militärkommandantur und wurde in die Westarmee aufgenommen. In dieser kämpfte ich bis zum Ende des Krieges. Danach wurde ich Berufssoldat und lebe jetzt mit meiner 90jährigen Frau in Decin. Mein ältester Sohn ist Chefredakteur einer Zeitschrift für Architektur in Prag. Ich bin stolz darauf, zur VVN-Gruppe der Spurensucher zu gehören. Hoffentlich ist mein Kommentar zu den Fotos für die „RotFuchs“-Leser aussagekräftig genug. Ich grüße all unsere gemeinsamen Freunde.

Salud y mucha suerte!

Jirí Horský

Fidel weist EU-Anmaßung gegenüber Havanna zurück

Beleidigend und respektlos

Unlängst hat die EU – unter massivem Druck der Bush-Administration – ihre Kuba-Politik auf den „neuesten Stand“ gebracht: Die 15 Länder der Europäischen Union – einige davon als Vorreiter, andere im „Hauptfeld“, dritte eher widerstrebend – haben eine neue Platte frecher Einmi-

schung in die inneren Angelegenheiten des sozialistischen Karibikstaates aufgelegt. Sie verkannten: So etwas zieht im Falle Kubas überhaupt nicht.

„Wir wollen in Frieden leben, aber werden nicht ein Atom von unserer Souveränität, Unabhängigkeit und Würde aufgeben“, antwortete Fidel Castro in einer Fernsehrede, mit der er das EU-Positionspapier als „beleidigend und respektlos“ zurückwies.



Festung Europa – das Haus der reichen Leute
Aus: „Proletären“, Göteborg

Der „Maßnahmekatalog“ des mit den USA konkurrierenden und zugleich ihnen gegenüber botmäßigen Brüsseler imperialistischen Blocks verrät die Absicht der Demütigung Havannas. Auf dem Programm stehen die Einschränkung der Kontakte auf hoher Ebene, die Reduzierung der Teilnahme von EU-Vertretern an kulturellen Ereignissen, die Einladung kubanischer „Disidenten“ zu europäischen Nationalfeiertagen und die generelle „Neubewertung“ der Stellung der EU-Länder zur roten Inselrepublik.

Hierbei handelt es sich im wesentlichen um kräftige Schnitte ins eigene Fleisch: Kuba, das seit langem eine Politik der Diversifikation seiner Handels- und Wirtschaftsbeziehungen verfolgt, bietet einen stabilen und attraktiven Markt von ca. 2 Mrd. Dollar. Wer seine Anteile daran

verlieren will, macht nur Platz für andere, die bereits in der Schlange stehen.

Castro stellte in der erwähnten Rede einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den USA-Aggressionsvorbereitungen gegen Kuba und der Komplizenrolle bestimmter Kräfte in Europa her. „Sollte die US-Regierung eines Tages in ihrer Ignoranz und verrückten Kriegshetze unsere Städte bombardieren und unsere Kinder, Jugendlichen, Frauen und Greise würden unter diesen Angriffen leiden und Millionen von ihnen sterben, sollte es so weit kommen, so sagen wir heute schon, daß jene, die dieses abstoßende Dokument (der EU) unterschrieben haben, mit dem sie die Aggression gegen Kuba unterstützen, die Hauptschuldigen sein werden“, erklärte der kubanische Revolutionsführer. Mit besonderer Schärfe attackierte er die faschistoiden Politiker an der Spitze Spaniens und Italiens, Aznar und Berlusconi. Der Madrider Regierungschef unterhalte „enge Beziehungen zur terroristischen und antikubanischen Mafia in Miami“. Castro nannte den italienischen Premier einen Lakaien Washingtons, einen Staatsmann, dem es an Moral mangle und der wegen Korruption angeklagt sei.

In der Rede des kubanischen Präsidenten fehlte es nicht an verbindlichen Zwischen-tönen. Keineswegs alle europäischen Länder zeigten das gleiche Auftreten gegenüber Kuba und man wisse, „daß sich viele Diplomaten der Haltung ihrer Regierungsoberhäupter schämen“.

R. F., gestützt auf „Granma Internacional“

Österreichs „Reformkommunisten“ machten schlechte Figur

KPÖ-Linke gewann Terrain

Auf dem kürzlich abgehaltenen 32. Parteitag der österreichischen KP sind die „Reformer“ unter Walter Baier, der mit nur 11 Stimmen Vorsprung gegenüber seinem Mitbewerber zum Parteivorsitzenden wiedergewählt wurde, geschwächt hervorgegangen. Bei der Direktkandidatur gegen den jungen Tiroler KPÖ-Vorsitzenden Manfred Eber erzielte Baier nur 198 und nicht die 199 Stimmen, die er bei der Bewerbung um ein Bundesvorstandsmandat benötigt hätte. Die Tatsache, daß auf Eber 47 Prozent entfielen, ist um so bedeutsamer, als der gesamte Parteiapparat gegen ihn mobil gemacht hatte. Am 11. 6. 03 war Baier in der Zeitung „Standard“ gegen seinen Konkurrenten mit dem Vorwurf aufgetreten, Eber wolle „zum Marxismus-Leninismus zurück“. Ein mehr als deutliches Indiz dafür, daß der KPÖ-Vorsitzende solche Positionen auf keinen Fall im Parteiprogramm sehen möchte, über dessen Eckpunkte seit geraumer Zeit debattiert wird.

Ganz im Geiste von Gysi, Brie und Klein

ist auch die Frage Walter Baiers in der „Volksstimme“ vom 20. 6. 03 aufzufassen: „Wer will mit wem zusammenarbeiten, um die Erneuerung der KPÖ als pluralistische linke demokratische Partei qualitativ voranzubringen?“ Dahinter verbirgt sich unzweifelhaft die totale Ablehnung einer revolutionären Kampfposition und die Sehnsucht nach einer linksreformistischen Beliebigekeitspartei.

Die Wiener Weyringergasse (dort befindet sich der Sitz des KPÖ-Bundesvorstandes) hatte den 32. Parteitag monatelang mit „Volksstimme“-Kommentaren und sogenannten Parteibriefen, in denen die linke Opposition systematisch verunglimpft worden war, „ideologisch vorbereitet“. Sogar frühere Politbüromitglieder wurden bemüht und mit einer Lobeshymne auf die Führung um Baier an die Front geschickt. Das Ergebnis war für die Parteirechte niederschmetternd. Dreizehn der bisher engsten Mitstreiter des Vorsitzenden sind nicht mehr im neuen Bundesvorstand, in

den andererseits drei klassenkämpferische Vertreter des Gewerkschaftlichen Linksblocks einzogen. Nur zwei Leute des zentralen Parteiapparats – Baier und Graber – kamen überhaupt durch. Ausnahmslos gute Stimmenanteile erzielten die Genossinnen und Genossen der innerparteilichen Opposition, unter ihnen die Herausgeberin der „Neuen Volksstimme“, Dr. Lisl Rizy. Die neugewählten Bundesvorstandsmitglieder Petra Stöckl, Frauenvorsitzende der KPÖ, Elke Kahr (Graz) und andere stehen auf linken Positionen.

Unter den österreichischen Kommunisten herrscht Aufbruchstimmung. Es wächst die Hoffnung, den „Reformisten“ weitere Niederlagen bereiten, Baier beim nächsten Mal abwählen und die KPÖ auf ihren traditionsreichen Weg zurückführen zu können. Vielleicht schon auf dem Sonderparteitag, dessen Abhaltung beschlossen wurde. Er soll wieder als Mitgliederparteitag stattfinden.

C. A.

Venezuelas Alphabetisierungsplan



Vor anderthalb Jahren sah es so aus, als ob die bolivarianische Revolution in Venezuela kapitulieren müßte. Am 11. April 2002 putschte sich in Caracas ein konterrevolutionärer Mob für 24 Stunden an die Macht. Der mit 57 % der Stimmen demokratisch gewählte Präsident Hugo Chavez wurde entführt und, wie es zunächst schien, ausgeschaltet. Den Stab der Putschisten bildeten einige auf USA-Kriegsschulen abgerichtete Generäle und Stabsoffiziere der venezolanischen Armee, die Spitzen des Unternehmerverbandes und der gelben Gewerkschaften sowie die Führer der traditionellen bürgerlichen Parteien. Fast alle Fernsehstationen, Rundfunksender und großen Zeitungen hatten die Verschwörung systematisch angeheizt. Eine besonders üble Rolle spielten die Bosse der nur noch pro Forma verstaatlichten Erdölgesellschaft PdVSA, die für die Einstellung der Förderung sorgten.

Doch die Verschwörer kamen nicht durch. Die überall entstandenen bolivarianischen Zirkel, gewissermaßen Komitees zur Verteidigung der Revolution, und die patriotischen Kräfte des Landes – in ihren ersten Reihen die Chavez unterstützenden Kommunisten – mobilisierten die ausgebeuteten und verelendeten Massen zum Widerstand. Der weiße Spuk wurde schnell hinweggefegt. Auch heute ist die Klassenkampflage in Venezuela angespannt. Die Reaktion hat gerade ein Referendum auf den Weg gebracht, mit dem die Wahlperiode von Chavez abgekürzt werden soll. Aber das Kräfteverhältnis hat sich verändert, die soziale Unterstützungsbasis der Revolutionsgegner, deren innerer Zusammenhalt bröckelt, ist deutlich schmaler geworden. Aus der Armee, die überwiegend zu Chavez steht, wurden besonders reaktionäre Militärs entfernt. Teile der Mittelschichten haben sich von den gewalttätigen Demonstrationen

gegen Chavez, die noch vor Jahresfrist die Szene beherrschten, zurückgezogen. Zugleich vergrößerten neue Gesetze, die am 1. Januar 2003 in Kraft traten, die Anhänger der Bolivarianen. (Sie nennen sich übrigens so nach Simon Bolívar, dem Befreier Lateinamerikas vom spanischen Joch.)

Das Landgesetz stieß nicht nur bei der kleinbäuerlich-proletarischen Dorfbewölkerung auf positive Resonanz. Es ist sowohl gegen die großen Plantagenbesitzer als auch gegen städtische Immobilienspekulanten – vor allem aber gegen die Brachlegung riesiger Flächen – gerichtet. Das Erdöl-Gesetz stimuliert die Gewinnung und Verarbeitung des wichtigsten nationalen Rohstoffs. (Venezuela nimmt den fünften Rang in der Weltförderung ein.) Mit der Sabotage der staatlichen Petrolgesellschaft PdVSA, die in die Hände einer mafiaartigen Bürokratie geriet und nur noch einen Bruchteil ihrer Einnahmen abführte (1974: 80 %; 1990: 50 %; 1998: 20%), wurde aufgeräumt. Ihre Leitungsstrukturen konnten z. T. entflochten werden. Nach einer längeren Verweigerungsperiode kehrte die PdVSA zu normaler Produktion zurück und fördert jetzt täglich 3 Mio. Barrel Erdöl.

Auf der Grundlage der 1999 von der Konstituierenden Versammlung verabschie-

deten und durch ein Referendum vom Volk bestätigten Verfassung wurde mit der konsequenten Verwirklichung des Rechts aller Bürger auf Bildung begonnen. Am 20. Juni 2003 vereidigte Präsident Chavez die nationale Kommission für die „Misión Robinson“: Zehntausend Helfer werden 1,5 Millionen Analphabeten des Landes Lesen und Schreiben beibringen. (Simón Robinson war das Pseudonym des Lehrers von Bolívar.) Das kubanische Motto „Ich kann es“ und die von der UNESCO bestätigten audiovisuellen Lehrmethoden wurden für die Kampagne aus der Heimat Fidel Castros übernommen – Grund genug für die Reaktion, von einer „Kubanisierung“ Venezuelas zu sprechen. Am 1. Juli begann die konzentrische Wissensvermittlung, nachdem ein Pilotprojekt erste wichtige Erkenntnisse geliefert hatte. Hinter der Aktion stehen die bolivarianischen Zirkel und die Parteien der Revolution. Anderthalb Jahre nach Putsch und Boykott, die Venezuela an den Rand der Katastrophe gedrängt hatten, beginnt das Land wieder aufzuatmen. Es verfügt heute über Valutareerven von 17,5 Mrd. Dollar und kann es sich leisten, 50 Mrd. Bolívar für die „Misión Robinson“ zu veranschlagen.

R. F., gestützt auf „Granma Internacional“ und „Third World Resurgence“

FMLN-Präsidentschaftsbewerber

Anfang der 80er Jahre saß ich Shafik Handal, damals Generalsekretär der KP El Salvadors und einer von vier Comandantes der linksgerichteten Guerilla-Bewegung FMLN (Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí), in einem Pankower Gästehaus der DDR-Regierung gegenüber. Damals stand die Befreiungsfront, die fast die Hälfte der kleinen mittelamerikanischen Republik militärisch kontrollierte, in einem Kampf auf Leben und Tod gegen das USA-gestützte Regime der Todesschwadronen und der Oligarchie. Mit unseren Herzen waren wir beim Dreigestirn des revolutionären Kampfes in Lateinamerika: bei Fidels Kubanern, der FSLN Nikaraguas und den salvadorianischen Farabundo-Martí-Kämpfern.

In dem etwa zweistündigen Gespräch, an dem auch einer der weiteren Comandantes (jeder vertrat eine andere politische Strömung) teilnahm, machte Shafik Handal auf mich den Eindruck eines äußerst besonnenen Führers, scharfen Analytikers und erfahrenen Strategen. Später, nachdem sich die FMLN unter den Bedingungen der durch den Bürgerkrieg hart erkämpften Legalität in eine politische Partei verwandelt hatte, hörte ich vom Richtungsstreit, bei dem sich der frühere KP-Generalsekretär im Konflikt mit Ultralinken und Sozialdemokraten als überlegener Verteidiger des Marxismus-Leninismus erwies. Jetzt erfuhr man, daß Handal, der Sohn palästinensischer Einwanderer, die par-

teinterne Abstimmung über den FMLN-Kandidaten für die am 21. März 2004 stattfindenden Präsidentschaftswahlen eindeutig gewonnen hat.

Hinter dem heute 72jährigen liegt ein hartes Leben. Schon als Jura-Student Kommunist geworden, lernte er Verfolgung und Illegalität, Haft und Folter kennen. Von 1980 – dem Zeitpunkt der Gründung dieser Bewegung – bis 1992 gehörte er dem Oberkommando der FMLN an, in der die KP El Salvadors stets großen Einfluss besaß. Am Ende des bewaffneten Kampfes vertrat er die Befreiungsfront als Unterhändler bei den Gesprächen zum 1992 geschlossenen Friedensabkommen.

Erkämpft wurde damit jedoch nicht die politische und ökonomische Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, wohl aber ein Stück bürgerlicher Demokratie mit erweitertem Handlungsspielraum für die Linke. Seit Jahren steht Handal an der Spitze des marxistischen Flügels der FMLN. Zwar haben sich die rechtssozialdemokratischen „Renovadores“, die bei den Parlamentswahlen im März 2003 übrigens eine Niederlage erlitten, von der Partei abgespalten, aber der Nachhall der Strömungen der Kriegszeit ist noch immer zu spüren. Die Tatsache indes, daß die FMLN die stärkste Parlamentspartei El Salvadors ist und inzwischen auch etliche Kommunen verwaltet, besitzt durchaus Gewicht.

K. S.

Südafrikas Gewerkschaftszentrale COSATU gegen „Terror Bill“

Mbekis Maulkorb



Aus: „The Guardian“, Sydney

der Waffe in der Hand und unter schweren Opfern – gekämpft haben. Die COSATU, die ebenso wie die SACP in Regierung und Parlament Südafrikas stark vertreten ist, hat sich mit Entschiedenheit gegen die ANC-Vorlage gewandt. „In ihrer derzeitigen Form ist die Anti-Ter-

rorism Bill darauf gerichtet, die in der Freedom Charter und in unserer Verfassung verankerten Menschenrechte auszuhebeln, ohne diejenigen angemessen ins Visier zu nehmen, die gewalttätige Akte begehen“, heißt es in einer COSATU-Erklärung. Das Wort Terrorismus sei „höchst subjektiv, emotionsbeladen und fragwürdig“. Verwoerd, Forster und Botha (Südafrikas Premierminister in der Apartheid-Ära) hätten die „Bedrohung durch den Terrorismus“ zur Rechtfertigung ihrer brutalen und repressiven Gesetze benutzt. Das Gleiche gelte für Bush und Blair, deren Irak-Invasion damit begründet worden sei. Die Terror Bill zielt auf die Zerstörung der innenpolitischen Freiheiten und gewerkschaftlichen Rechte. Nach ihr könne z. B. „die Lahmlegung wesentlicher öffentlicher Dienste“ – also ein Generalstreik im Transportwesen – als „terroristischer Akt“ betrachtet werden.

Die COSATU empfiehlt dem ANC die unverzügliche Zurückziehung der Terror Bill, deren Überprüfung durch die Südafrikanische Menschenrechtskommission sowie die Einsetzung eines parlamentarischen Sonderausschusses **E. R. J., gestützt auf „The Guardian“, Sydney**

Zyperns AKEL verwaltet jetzt das Innenministerium

In Regierungsverantwortung

Zypern Fortschrittspartei des Arbeitenden Volkes (AKEL) ist die größte politische Formation auf der Mittelmeerinsel. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2001 erzielte sie einen Stimmenanteil von 34,7 Prozent. Seitdem ist ihr Generalsekretär Dimitros Christofias Vorsitzender des Parlaments. Da eine breitgefächerte linke Koalition aus AKEL, der Demokratischen Partei des heutigen Staatschefs, der Sozialistischen Partei, den Grünen und Unabhängigen vor einigen Monaten die Präsidentschaftswahlen gewann, zog die AKEL zum ersten Mal in ihrer 75jährigen Geschichte in die Regierung in Nikosia ein. Von insgesamt elf Ministerien wurden ihr vier wichtige Ressorts zugesprochen: Gesundheit, Inneres, Industrie und Handel, Transportwesen. Wie ZK-Sekretär Venizelos Zannettos anlässlich eines Prag-Aufenthalts unlängst der tschechischen KP-Zeitung „Halo Noviny“ berichtete, verläuft die schon seit den Parlamentswahlen andauernde Zusammenarbeit mit den Koalitionspartnern aus der Sicht der AKEL „bisher problemlos und relativ gut“. Zu bemerken ist, daß die

AKEL nicht Anhängsel einer sozialdemokratischen Regierung, sondern selbst ein mitbestimmender Teilnehmer der Koalition ist.

Ein zentrales Anliegen der Regierung besteht in der Überwindung der seit 1974 andauernden Spaltung der Insel in einen griechisch-zyprischen Süden und einen türkisch-zyprischen Norden. Nach der Invasion türkischer NATO-Truppen rief „Präsident“ Rauf Denktash 1983 die nur durch Ankara diplomatisch anerkannte „Türkische Republik“ im Norden Zyperns aus. Sein Regime verhinderte fast 30 Jahre lang jegliche Kooperation. Es heizte den Konflikt immer wieder an. Die Zyprioten durften die sie trennende „Grüne Linie“ nicht passieren.

Neuerdings hat sich die Lage unter dem Druck von Massenaktionen im Norden etwas entspannt. Teilnehmer großer Demonstrationen appellierten an alle Beteiligten, Verhandlungen aufzunehmen, damit das Zypern-Problem auf der Grundlage eines von UN-Generalsekretär Kofi Annan vorgeschlagenen Planes gelöst

werden kann. Dieser Plan begünstigt keine der Konfliktparteien.

Kurz nach den Demonstrationen erklärte Denktash die Grenze für Tagesbesucher in beiden Richtungen als „geöffnet“. Bewohner des griechisch-zyprischen Teils der Insel, die in den Norden gelangen wollen, benötigen jedoch spezielle „Reisedokumente“, was eine von Nikosia abgelehnte De-facto-Anerkennung der „Türkischen Republik“ bedeuten würde. Die Forderung nach Legalisierung des durch den türkischen Militärklügel eingerichteten Separat-„Staates“ besteht also fort.

Die Aufnahme Zyperns in die EU ist zweifellos ein Faktor, der die Bevölkerung im Norden darauf drängen läßt, bei dieser Entscheidung einbezogen zu werden. Voraussetzung hierzu ist die Wiederherstellung der Einheit der Insel. Im Dezember finden in Nordzypern Wahlen statt. Die fortschrittlichen Kräfte einschließlich der AKEL bemühen sich um die Formierung einer Koalition gegen Denktash. **R. F., gestützt auf „Halo Noviny“, Prag**

Wie der Sport in den „RotFuchs“ Einzug hält

Botschafter als Erpresser

1995 erschien in Berlin die erste Ausgabe einer Halbjahreszeitschrift, der man keine große Zukunft voraussagte. Als jedoch die Herausgeber Ende 2002 andeuteten, demnächst die Redaktionstore verriegeln zu wollen, hagelte es Proteste. Selbst der Professor einer angesehenen Universität in den alten Bundesländern mochte sich mit dem Verschwinden der „Ossi“-Publikation nicht abfinden, was allgemein verblüffen mußte. Die Rede ist von den „Beiträgen zur Sportgeschichte“, deren 17. Ausgabe in Kürze beim SPOTLESS-Verlag erscheint. Das magazinformatige Heft publiziert seit seiner Gründung auf jeweils rund 100 Seiten Beiträge von „abgewickelten“ oder aus ihren Studierstuben vertriebenen DDR-Sportwissenschaftlern. Das erste Heft veröffentlichte zum Beispiel den hinterlassenen Lebensbericht des verstorbenen ersten NOK-Präsidenten der DDR, Kurt Edel, der daraufhin postum als bösewichtiger Stasi-Offizier „enttarnt“ wurde. Dies besorgte der aus westlichen Gefilden eingeflogene und zum Chef des Sportinstituts der Universität Potsdam beförderte Prof. Teichler, doch geriet er damit in unerwartete Schwierigkeiten, weil er einen angesehenen Göttinger Professor zum Agenten Edels erklärt hatte und der zwar gelassen, aber deutlich die Wiedergabe des tatsächlichen Sachverhalts einklagte.

Bald widmeten sich die „Beiträge“ der Aufarbeitung von Akten, die nach der in der Ur-BRD vorgeschriebenen 30-Jahre-Geheimhaltungsfrist freigegeben werden mußten und zum Beispiel Aufschluß darüber gaben, wie hemmungslos Bonn den bundesdeutschen Sport politisch kommandiert hatte. So präsentierte die Zeitschrift eine 1965 erlassene Weisung an alle BRD-Botschafter, die Mitglieder des Internationalen Olympischen Komitees des Landes, in dem sie eigentlich nur als Diplomaten tätig sein sollten, aufzusuchen und ihnen einzuschärfen, daß sie gegen den Aufnahmeantrag der DDR zu stimmen hätten. Da es ein Botschafter – nämlich der in der Schweiz Tätige – an der geforderten Konspiration mangeln ließ, flog die Operation auf und das erboste IOC reagierte demonstrativ mit der Anerkennung der DDR. In Heft 16 war ein vertrauliches Schreiben des bundesdeutschen NOK-Präsidenten Willi Daume an die Bonner Regierung vom 25. Juli 1961 veröffentlicht, in dem er ihr Wirtschaftshilfe für Griechenland empfahl, damit die Griechen als Gegenleistung gedrängt werden könnten, sich um die Spiele 1968 zu bemühen, was wiederum die Absichten Moskaus für eine Bewerbung durchkreuzen sollte.

Der früher Belange der Kultur an der Leipziger DHfK wahrnehmende Prof. Günter Witt behandelte in der gleichen Ausgabe den Umgang der DDR-Kunst mit dem Thema Sport. Eine umfassende Dokumentation erinnerte an das Sportfest 1983 in der Dortmunder Westfalenhalle,

als sich ein großer Teil der BRD-Sportelite in den Kampf gegen die drohende Atomwaffenrüstung einreihete. (In alt-bundesdeutschen Breiten bemüht man sich eher ums Vergessen, als ums Erinnern an diese mutige Aktion.)

Als Gustav Adolf Schur, Olympiasieger Klaus Köste und die Leichtathletin Gunhild Hoffmeister im Januar 2003 in einem Appell gegen den Irak-Krieg aufriefen und

ein sensationelles Echo fanden, brachten die „Beiträge“ sogar eine Sondernummer heraus, die die Namen aller enthielt, die zwischen dem 16. Januar und dem 1. März ihre Zustimmung signalisiert hatten.

Der Preis der „Beiträge“ ist im Vergleich zu anderen sportwissenschaftlichen Publikationen moderat: 6 Euro pro Heft, 10 Euro fürs Jahresabo. Bestellmöglichkeit bei: Spotless – PF 830 – 10131 Berlin.

Olympische Hippologie

Man mag sich wundern, im „RotFuchs“ eine Pferdeliteratur-Rezension zu finden, aber das Buch „Pferdesport bei den Olympischen Spielen“ verdient erwähnt zu werden und das gilt auch für den Autor Helmut Lenz, der nach den Turbulenzen der Rückwende ein unerschütterlicher Linker blieb. Dies wiederum hatte zur Folge, daß sein zu DDR-Zeiten bereits in vier Auflagen erschienen Buch über olympischen Pferdesport danach von niemandem mehr verlegt wurde. So blieb Lenz nur der Griff in die eigene Tasche und das Bemühen, rundum publik zu machen, daß nun eine verbesserte fünfte Auflage erschienen sei. „RotFuchs“ betätigt sich also als „Sponsor“, indem er den Platz für diese Rezension zur Verfügung stellt, die Tatsache ignorierend, daß nicht jeder, der sich für die Probleme der linken Bewegung interessiert, auch erfahren möchte, wie es kam, daß der Belgier van Langendonck auf dem Hengst „Extra Dry“ 1900 in Paris das Pferde-Weitspringen gewonnen hatte. Nein, dieses Buch forscht nicht nach linken Tendenzen im Reitsport – die wohl auch nur mühsam zu finden wären –, bietet aber eine der seriösesten Darstellungen des olympischen Pferdesports, die man finden kann. Schon seriös, weil es auf die in anderen deutschen Darstellungen oft unerträglichen Würdigungen deutscher Heldenreiter ver-

zichtet, die entweder aus Junker- oder aus Offizierskreisen kamen.

Das Buch bietet eine lückenlose Chronik von der Antike bis zu den Spielen 2000 in Sydney und umfaßt damit einen Zeitraum von rund 2700 Jahren.

In seinem Geleitwort ließ Lenz den Leser wissen, daß sich die fünfte Auflage in einer Hinsicht von den vier vorangegangenen unterscheidet und schrieb ahnungsvoll: „Ich werbe nicht dafür, daß jeder mit dieser Überarbeitung und Ergänzung ... einverstanden ist.“

Der Hintergrund dieser sibyllinischen Formulierung: Pferdefan Lenz war erbittert darüber, daß die DDR den Pferdesport nie grenzenlos gefördert hatte. Und wie so viele, die nachträglich mit den „Mängeln“ des DDR-Sozialismus hart ins Gericht gingen, kreidet auch Lenz der Partei dies gnadenlos an: „Erich Honeckers Beateuerung, daß die Idee des Sozialismus und die Ideale Olympias in der DDR ein gutes Zuhause haben“, wurde durch den tatsächlichen Gang des Geschehens der Boden auf der ganzen Linie entzogen. Die olympischen Ideale leben weiter, die DDR aber existiert seit 1990 nicht mehr.“ Etwa abgestraft, weil sie den Pferdesport nicht gebührend mit den dafür nötigen Devisen finanzierte? Es bleibt eine der wenigen Fragen, die dem Leser nicht seriös beantwortet werden. **Dr. Klaus Huhn**

„Kundschafter im Westen“ – ab September verfügbar

Zwei Oberste der HVA des MfS, Klaus Eichner und Gotthold Schramm, sind die Herausgeber eines neuen spannenden Buches.

In ihm berichten über 30 Persönlichkeiten, die für den Schutz des sozialistischen deutschen Staates im imperialistischen Feindesland tätig waren, über ihre Arbeit. Markus Wolf und Werner Großmann schrieben das Vorwort zu der neuen Publikation der **Edition Ost**: Kundschafter im Westen. Das jetzt herauskommende Hardcover-Buch umfaßt 389 Seiten, kostet ca. 20 Euro und hat die ISBN 3-360-01049-3.

Autoren sind:

Alfred
Hans Joachim Bamler
Inge & Heinz Baude
Lorenz Betzing
Dieter W. Feuerstein
Gabriele Gast
Karl Gebauer

Dieter Görsdorf
Harald Gottfried
Günter Guillaume
Harry
Wolfgang Hartmann
Johannes Koppe
Klaus Kuron

Gerd Löffler
Johanna Olbricht
Dieter Popp
Doris & George Pumphrey
Klaus von Raussendorff
Robert & Loni
Rainer Rupp

Alfred & Ludwig Spuhler
Ulrich Steinmann
Heinz D. Stuckmann
Heinz Voelkner
Heinz H. Werner
Herbert Willner
Peter Wolter

¡Presente!

Friede für die Abenddämmerungen,
die kommen,
Friede für die Brücke, Friede für den
Wein, Friede für die Lettern, die mich
suchen
und in meinem Blut aufsteigen,
das alte Lied umwindend mit Erde und
Liebe, Friede für die Stadt am Morgen,
wenn das Brot erwacht, Friede für den
Fluß Mississippi, Strom der Wurzeln,
Friede für meines Bruders Hemd,
Friede im Buche – wie ein Siegel aus Luft,
Friede für das große Kolchos von Kiew,
Friede der Asche dieser Toten
und jener anderen Toten,
Friede für das schwarze Eisen Brooklyns,
Friede für den Briefträger, der von Haus
zu Haus geht wie des Tages Licht, ...
Friede für das zerfetzte Herz
des Partisanenspaniens, ...
Friede dem Bäcker und seinen
Liebschaften
und Friede für das Mehl: Friede
für alles Getreide, das da wachsen soll,
für alle Liebe, die Laubdickicht sucht,
Friede für alle, die leben:
Friede der gesamten Erde und den
Wassern.

(Aus „Der Große Gesang“)

Pablo Neruda

(12. 7. 1904–23. 9. 1973)

■ Am 16. Juli starb unser Leser, Genosse und Freund, der am 28. Dezember 1928 in Karlsbad (Karlový Vary) geborene Schriftsteller **Erich Köhler**. Der Sohn eines Porzellanschleifers war nach nicht abgeschlossener Bäcker-, Schneider- und Malerlehre u. a. Landarbeiter in Mecklenburg, trampete durch Westdeutschland und Holland und kehrte 1950 in die DDR zurück; arbeitete bei der SAG Wismut unter Tage und ging wieder als Landarbeiter nach Mecklenburg. 1958/61 Studium am Institut für Literatur „Johannes R. Becher“ in Leipzig; er lebte in Alt Zauche (Kreis Lübben) und erhielt 1964 den Literaturpreis des FDGB.

Im Zentrum seines frühen erzählerischen Werks stehen Probleme, die sich aus der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft ergaben. Bereits seine erste Erzählung, „Das Pferd und sein Herr“ (1956) machte auch durch ihre stilistische Formung auf den Autor aufmerksam. In dem Roman „Schatzsucher“ (1964) schilderte Köhler, aus persönlichen Erfahrungen schöpfend und stets auf der Suche nach neuen Ausdrucksmitteln, bildkräftig und originell den Kampf um neue Produktionsmethoden. In dem Stück „Der Geist von Cranitz“ (1972) versuchte er, die gesellschaftliche Umwälzung auf dem

Lande mit Problemen der Kulturrevolution in Verbindung zu bringen.

WEITERE WERKE U. A.: *Die Teufelsmühle (1958)*; *Marnitzer Tagebuch (1960)*; *Nils Harland (1968)*; *Die Lampe (1970)*; *Plakatel-Banzkosumirade (1973)*; *Der Krott (1976)*; *Reise um die Erde in acht Tagen (1979)*; *Kiplag-Geschichten (1980)*; *Nichts gegen Homer (1986)*; *Sentenzen gegen Schwarzbuch (1998)*; *Credo (2000)*

■ Vor 50 Jahren, am 5. 10. 1953, starb **Friedrich Wolf**. Der Arzt und Schriftsteller wurde am 23. 12. 1888 als Sohn bürgerlich-liberaler Eltern in Neuwied (Rhein) geboren. Nach Wanderschaft in den Niederlanden und in Italien studierte er Philosophie und Medizin in München; während des ersten Weltkrieges war er Bataillonsarzt; er verweigerte im April 1918 den Kriegsdienst. Das Erlebnis der Novemberrevolution, an der Wolf als Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats in Dresden teilnahm, und die folgenden revolutionären Kämpfe – 1920 war Wolf als Mitglied des Zentralrats der Roten Ruharmee maßgeblich an der Niederschlagung des Kapp-Putsches beteiligt – waren Anlaß, endgültig mit der bürgerlichen Vergangenheit zu brechen.

Wegen seiner revolutionären Haltung aus dem Amt als Stadtarzt in Remscheid entlassen, arbeitete Wolf in der von Heinrich Vogeler gegründeten Künstlerkolonie Barkenhoff in Worpswede. Danach wirkte er bis 1933 als Landarzt unter verarmten Kleinbauern in Hechingen und als Kasernenarzt in Stuttgart. Intensives Studium der Klassiker des Marxismus-Leninismus und des wissenschaftlichen Sozialismus festigten sein marxistisches Geschichtsbild.

1928 wurde er Mitglied der KPD und des Bundes revolutionärer Schriftsteller. Es entstand das revolutionäre Drama aus dem deutschen Bauernkrieg „Der arme Konrad“ (1924). Sein Drama „Cyankali“ (1929) erregte internationales Aufsehen. Unter der Losung „Kunst ist Waffe!“ brachte Wolf aktuelle politische Themen auf die Bühne. Auch mit der von ihm gegründeten Agitpropgruppe „Südwest“ (1932/33) griff er in den Kampf gegen den Faschismus ein.

1933 emigrierte Wolf in die Sowjetunion, woer „Professor Mamlock“ schrieb. Auf dem Wege nach Spanien wurde er bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges in Frankreich verhaftet und im französischen KZ Le Vernet interniert. Der Gestapo entkommen, fand er 1941 erneut in der Sowjetunion Exil, wo er während des Großen Vaterländischen Krieges Arzt, Agitator und Mitgründer des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ war. 1945 kehrte Wolf nach Berlin zurück. 1949 und 1950 erhielt er den Nationalpreis der DDR. 1950/51 war er Botschafter der DDR in Polen. Er schrieb u. a. die Komödie „Bürgermeister Anna“ (1950), den Roman

„Menetekel“ (1951), das Drama „Thomas Müntzer, der Mann mit der Regenbogenfahne“ (1953) sowie das Filmszenarium „Der Rat der Götter“ (1949), das die Ursachen und gesellschaftlichen Triebkräfte des Militarismus entlarvt – ein auch heute immer noch unentbehrlicher Film.

„Friedrich Wolf ist der Meinung, das Werk jedes ehrlichen und aufgeschlossenen Schriftstellers stimme im wesentlichen mit seiner Zeit und dem geschichtlichen Werdegang seines Volkes überein. Das ist ein richtiger Gedanke. Ein Zeugnis für seine Richtigkeit bildet das eigene schriftstellerische Werk, das er in mehr als drei Jahrzehnten schuf.

Inhaltlich gesehen wurden Wolfs Dramen, Romane und Erzählungen (nicht weniger auch sein Film „Der Rat der Götter“) das literarische Spiegelbild für die Klassenkämpfe, die sich seit dem ersten Weltkrieg in Deutschland entwickelten – und auch dafür, wie ein aus dem Lager des Bürgertums kommender, allmählich vom kämpferischen Geist des Sozialismus erfaßter Schriftsteller sie zu erkennen begann und sie dann künstlerisch zu gestalten verstand. Der Dichter, der – im Widerstreit mit der bürgerlichen Umwelt seiner Herkunft – zuerst nur ein gefühlsmäßiger Empörer gegen das soziale Unrecht und den Krieg war, entwickelte sich im ersten Jahrzehnt seines literarischen Schaffens folgerichtig zum bewußten Kämpfer. ... Der Dramatiker und Romanschriftsteller schuf auch eine Reihe schöner, warmherzig geschriebener Kinder- und Tiergeschichten.

Will man dabei den berühmten ‚roten Faden‘ durch Wolfs Schaffen entdecken, so stellt sich heraus, daß er wirklich rot ist, denn er besteht darin, daß Wolf seine Kampflösung ‚Kunst ist Waffe!‘ in einem weitgefaßten Sinn, in den verschiedensten Themenkreisen und künstlerischen Formen mit pulsierendem Leben zu erfüllen verstand. Er konnte dies, weil sich von Jahr zu Jahr seine Volksverbundenheit verstärkte. So wurde in dreißig Jahren sein Gesamtwerk ... zu einer literarischen Widerspiegelung und Formung der Zeitschicht vom ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart.“ So Alexander Abusch über das literarische Erbe von Friedrich Wolf.

Noch heute existiert in Lehnitz das Friedrich-Wolf-Haus als Forschungs-, Sammel- und Pflegestätte seines Nachlasses – und es gibt die Friedrich-Wolf-Gesellschaft (beide: Kiefernweg 5, 16565 Lehnitz, Telefon 0 33 01/524480), die dringend weitere Mitglieder sucht. In Lehnitz sind übrigens manche der ansonsten längst vergriffenen Bücher Wolfs noch erhältlich.

Wer sich mit dem Menschen, Zeit-Genossen und Schriftsteller Friedrich Wolf filmisch vertraut machen will, dem sei Lew Hohmanns bewegende TV-Dokumentation „Verzeiht, daß ich ein Mensch bin“ (1988) empfohlen. **W. M.**



In seinem Artikel „Zur Organisationsfrage“ (RF 67) würdigte D. Itzerott die Leninsche Parteitheorie, die auf dem II. Parteitag der SDAPR den Weg zur Herausbildung einer Partei von neuem Typus ebnete. Seiner Schlußfolgerung für die derzeitige Situation, vor allem für das Wirken revolutionärer Marxisten in der kapitalistischen BRD, ist zuzustimmen. Objektiv ist eine marxistisch-leninistische Partei schon aus zwei Gründen notwendig. Erstens wegen der sich zunehmend verschärfenden Widersprüche des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium und zweitens wegen der Zersplitterung der Marxisten, die in unterschiedlichen Parteien oder parteilos politisch agieren.

Dem Sammlungsprozeß revolutionärer Marxisten stehen jedoch auch subjektive Faktoren entgegen. Ich sehe keinen Ansatz für einen Zusammenschluß der linken Parteien und Gruppierungen. Jede von ihnen verfehlt die Meinung, das Wahrheitsmonopol auf ideologischem Gebiet und im Bereich der Strategie und Taktik zu besitzen. Außerdem wollen die meisten Funktionäre nicht gern ihre Führungsfunktionen zur Disposition stellen. Auch glauben einige Marxisten in der PDS, diese Partei mit ihren kleinbürgerlichen, systemkonformen Modellvorstellungen noch sozialistisch umorientieren zu können. Dabei wird übersehen, daß es sich um einen politischen Tod auf Raten handelt und sie als Feigenblatt für den Scheinpluralismus mißbraucht werden.

Der Zusammenschluß der Marxisten sollte nicht über die chancenlose Fusion der linken Parteien erfolgen, sondern über einen Gründungskonvent, auf dem sich die revolutionären Marxisten zu einer systemverändernden, antikapitalistischen und sozialistischen Partei vereinen. Natürlich ist die Übereinstimmung in den politisch-ideologischen Kernfragen die Voraussetzung. Meiner Auffassung nach sind das: die Macht-, Staats- und Eigentumsfrage; die Profilierung der Partei als revolutionäre Organisation; die Wertung der sozialistischen DDR als größte historische Errungenschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten auf deutschem Boden.

Eine Einwandsvorwegnahme sei mir bezüglich des Arguments der weiteren Zersplitterung der Linken erlaubt. Bei dieser Partei handelt es sich um eine Partei mit klarer marxistischer Weltanschauung, die es zwar versteht, Bündnisse einzugehen, die aber selbst nicht pluralistisch ist. Politik ist eben ohne Ideologie nicht möglich. Dieter Itzerott hat recht, wenn er sich dafür ausspricht, die Bildung einer solchen Partei „nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben“. Der „RotFuchs“-Förderverein könnte diesem Prozeß wichtige ... Impulse geben.

Prof. Dr. Werner Roß, Zwickau

„Es gibt eine solche Partei.“ An diesen legendären Ausspruch Lenins mußte ich denken, als ich den Artikel des Genossen Dieter Itzerott „Zur Organisationsfrage“ las, der anläßlich des 100. Jahrestages des II. Parteitages der SDAPR geschrieben wurde. Es gereicht dem „RotFuchs“ zur Ehre, daß er in dieser Zeit der Wirren und der Zersplitterung im Lager der Kommunisten

– bis jetzt als einzige Zeitung – dieses Ereignisses gedachte. Die von D. Itzerott dargelegten Gedanken regen in der Tat „zum Weiterdenken“ an. (...) „Es gibt eine solche Partei“ in Rußland, in der sozialistischen Republik Cuba, in sozialistischen Ländern Asiens, sie formiert sich wieder in ehemals sozialistischen Ländern Osteuropas, sie kämpft in Griechenland usw. Leider gibt es in unserem Land „eine solche Partei“ nicht. (...)

„Weiterdenkenswert“ und wichtig für die Herausbildung einer neuen kommunistischen Internationale im Kampf gegen die „Globalisierung auf amerikanisch“ sind auch die Athener Konferenzen der kommunistischen und Arbeiterparteien, die auf Initiative der KP Griechenlands jährlich stattfinden. (...) **Eberhard Bock, Berlin**

Dieter Itzerott (Zur Organisationsfrage) fragt nach den Lehren, die heute aus der Leninschen Parteitheorie zu ziehen sind. Lenin hat seine Parteilehre als Anleitung und Orientierung einer praktischen Parteipolitik entwickelt. Deren Ergebnisse und Erfahrungen liegen heute in Form einer abgeschlossenen Geschichte der bolschewistischen Partei vor. Warum klammert D. I. diese Seite der Sache aus seinen Überlegungen aus? Vielleicht deshalb, weil man sich dann mit der für Sozialisten ziemlich peinlichen und unangenehmen Tatsache vom kläglichen und unheroischen Ende dieser Partei auseinandersetzen müßte? Zwar kann auch dieses Ende die welthistorischen Leistungen, die die Bolschewiki zur erfolgreichsten politischen Partei aller Zeiten aufsteigen ließen, nicht außer Kraft setzen. Gerade deshalb bleibt aber die Frage, warum sie – sozusagen trotz Leninscher Parteitheorie – zugrunde gegangen ist. Es geht also um die Gesamtgeschichte der Partei (wie auch der anderen realsozialistischen Parteien), in ihren theoretischen wie praktischen Aspekten, ohne deren kritische Aufarbeitung keine sich erneuernde sozialistische Bewegung inklusive ihrer parteimäßigen Neuorganisation auskommen dürfte.

Manfred Höfer, Leipzig

Am 18. August jährt sich zum 59. Mal der Tag der Ermordung Ernst Thälmanns durch die Faschisten. Rechtzeitig zum Termin fordert der FDP-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus, das Thälmann-Denkmal in der Greifswalder Straße abzureißen, weil es „als politisches Symbol nicht für Freiheit und Toleranz, sondern für Sozialismus und Unterdrückung“ stehe. Und der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) setzte noch eins drauf: Man könne ja die „zersägte Büste“ als Untergrund für den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses nach dem Abriss des Palastes der Republik nutzen“. Die Baugrube müsse ohnehin beschwert werden, damit der angrenzende Dom nicht beschädigt werde.

Man stelle sich das ganz plastisch vor: Im Fundament des wiederaufgebauten Hohenzollern-Schlosses die zersägte Thälmann-Büste zur Stabilisierung des Baugrundes! Wenn das nicht so schrecklich wäre, gäbe es einen prächtigen Stoff für eine Satire. Die ganze zivilisierte Welt würde in homerisches Gelächter ausbrechen.

Bloß, was hat denn nun der Kultursenator der Hauptstadt, Dr. Thomas Flierl – Mitglied meiner Partei, der PDS – dazu zu sagen? Die Büste müsse als „Zeuge der Vergangenheit“ stehen bleiben, „um zu zeigen, welchen Abstand wir zu dieser Zeit gewonnen haben“, gab er von sich. Das ist für

mich unfaßbar. Als PDS-Mitglied schäme ich mich für diesen „Kultur“senator. (...) **Georg Dorn, Berlin**

Sie wollen dich wieder ermorden, aber wir lassen's nicht zu. Gegen faschistische Horden unser Lehrer bist du! Und wenn sie den Weg uns versperren, und wollen, daß man dich vergißt, du bleibst unser Vorbild, Genosse: Kämpfer und Kommunist.

geschrieben für Thälmann am 18. 8. 2003
Dr. Eva Ruppert, Bad Homburg

Ihre August-Ausgabe hat mir sehr gefallen. Ich habe Interesse an einer weiteren Zusendung. Besonders danke ich Herrn Freyer für seinen Beitrag „Das Haus, in dem ich wohne“. Ich habe Gleiches wie Sie im Prenzlauer Berg erlebt und könnte darüber berichten.

Es ist ein guter Artikel. Er sagt ganz einfach: Erinnern wir uns doch einmal! Ich war selbst HGL-Vorsitzender und in der Volkssolidarität, im Elternbeirat und in anderer Stelle aktiv. Unsere Hausgemeinschaft hat viel zur Werterhaltung, Verschönerung und Verbesserung „unseres“ Hauses getan. Wir hatten sogar eine kleine Werkstatt für Instandhaltung und Bastelarbeiten eingerichtet. Anpflanzungen im „Hinterhof“ haben wir selbst vorgenommen und sie eigenständig gepflegt. Was ich heute mehr als 13 Jahre nach der „Wende“ erkannt habe, ist, daß sich Mitbewohner aus SED, CDU, LDPD u. a. gegenseitig anerkannten. Sie haben vollkommen recht zu behaupten, daß Ihr Haus heute nicht mehr dasselbe ist. Ich denke, es liegt an der Gesellschaft und nicht an den Menschen.

Michael Junghans, Rosenthal-Bielatal

Allen „RotFuchs“-Machern Dank für ihre Anteilnahme an Walters Ableben. Ich denke in seinem Sinne zu handeln, wenn wir keine Lücken in unseren Reihen entstehen lassen. Deshalb lege ich den Aufnahmeantrag meiner Tochter für den Förderverein bei.

Helga Besenbruch, Berlin

Beim Lesen des letzten „RotFuchs“ fand ich das Gedicht „An einen Bonzen“ von Kurt Tucholsky aus dem Jahre 1923 großartig und auch heute noch aktuell. Dabei kamen mir Verse meines langjährigen Freundes Herbert Morgenstern aus Berlin in den Sinn. Er schrieb sie aufgrund persönlicher Erlebnisse Ende der 50er Jahre.

An den Karrieristen

Steh im Leben deinen Mann,
rede, was sie hören wollen.
Damit eckst du nirgends an,
und man wird dir Beifall zollen.
Drehe dich nach jedem Wind,
mal nach Ost, mal nach Westen.
Rede närrisch wie ein Kind,
halte alle Welt zum Besten.
Denke niemals an die Pflicht,
dem und jenem gegenüber;
wenn man dir von Ehre spricht,
reden kannst du viel darüber.
Trinke mit, wo andere zahlen,
iß dich satt und denk dabei,
meinetwegen könnt ihr prahlen,
bitte sehr, ich bin so frei.
Doch des einen sei gewiß,
bist du allzu sehr verlogen,
merkt man einmal den Beschleiß,
und du fliegst in hohem Bogen.
Dann hilft keine Selbstkritik,
keine Asche auf dem Haupte,
denn viel dümmmer war dein Trick,
als die Polizei erlaubte.

Soweit Herbert Morgenstern. Auch er ist nicht unaktuell geworden.

Wolfgang Hilbert, Kahla

Seit mehreren Jahren beziehe ich den „Rot-Fuchs“. Er ist wie eine ruhige, aber üppig bewachsene Insel im stürmischen Ozean der Medien. Die Vielseitigkeit und Toleranz, die Objektivität und Qualität, mit denen sich das linke Spektrum der Gesellschaft immer recht schwertut, finde ich in allen Ausgaben bisher gut gewichtet. Dabei kann und muß man nicht mit jedem Artikel übereinstimmen. Das macht ja gerade das Produktive an der Zeitschrift aus.

Vielen politisch qualifizierten und erfahrenen Persönlichkeiten wird in den Wirren unserer Zeit eine Tribüne geboten, sich zu nationalen und internationalen Problemen und Ereignissen zu äußern, so wie das in keiner anderen zugänglichen Publikation zu finden ist. (...)

Der 30. Jahrestag des 11. September 1973 kommt auf uns zu. Ich war ab Oktober 73 als Außenhandelsvertreter der DDR in Santiago de Chile. Das war schon nach dem Militärputsch. Meine Mission ging bis Februar 1975. Einen zweiten Einsatz in Chile absolvierte ich von 1978 bis 1983. (...) Gegenwärtig bin ich dabei, meine Kenntnisse, Erfahrungen und Ansichten zur Außenpolitik der DDR gegenüber Lateinamerika zusammenzusuchen und aufzuarbeiten. Ich hoffe, daß es mir gelingt. (...)

Rudolf Herz, Berlin

Der Name des Mannes ist mir leider entfallen. Jedenfalls handelt es sich um einen stellvertretenden Kriegsminister der USA. (Wolfowitz – d. R.) Er teilte seinen Standpunkt zum Irak-Krieg mit. Fazit: Viel zu wenig Iraker seien getötet worden!

Von Mitte April bis Mitte Juni 1945 war ich als Kriegsgefangener der U. S. Army auf den Rhein-Wiesen bei Remagen „untergebracht“. Wer das erlebt und das Buch von James Bacque „Der geplante Tod“ (Ullstein, April 1995, 4. Auflage) gelesen hat, weiß, welche Ziele General Eisenhower verfolgte. In amerikanischen Lagern wurden laut Bacque unzählige deutsche Kriegsgefangene vernichtet. **Wolfgang Ahrens, Ballenstedt**

Ermuntert von guten Freunden, bat ich um die Übersendung des „RotFuchs“. Inzwischen habe ich die Ausgaben Mai bis August erhalten und die Texte von der ersten bis zur letzten Seite mit innerer Erregung gelesen. Meine eigene Biographie spiegelt sich wider. In wenigen Monaten werde ich 75. Ich gehöre zu denen, die seit einigen Jahren nirgendwo „angekommen“ sind. Von 1945 bis 1997 war ich Mitglied von KPD, SED und PDS. Wilhelm Pieck nahm mich 1945 in die KPD auf. Mein Leben gehörte jahrzehntelang der Partei. Man übertrug mir eine Reihe verantwortlicher Aufgaben und Funktionen. (...)

Viele meiner Freunde, sicher nicht mehr alle, sind Mitglieder der PDS. Ich bin auf der Suche; war in der Zentrale der KPD; meine Mitgliedschaft seit Dezember 1945 würde bei einem Eintritt ununterbrochen gelten, sagte man mir dort. Mit der DKP habe ich mich noch nicht befaßt. Aber der „RotFuchs“, der hat es mir angetan. Zwei Termine stehen bereits in meinem Kalender. Am 5. 9. will ich an der Veranstaltung zum 50. Jahrestag der Kampfgruppen teilnehmen und am 11. 10. an der 2. Zentralen „RotFuchs“-Versammlung. (...)

Werner Schneider, Berlin

Unmittelbar nach Beginn der Aggression gegen Irak hatte ich in einem Leserbrief an die „Leipziger Volkszeitung“ meiner Empö-

rung Ausdruck verliehen. (Er wurde von der LVZ nicht veröffentlicht.) Bereits damals, als die Kampfhandlungen noch in vollem Gange waren, gelangte ich zu der Feststellung: Sollte es zu einer Besetzung Iraks kommen, dann ist nur zu wünschen, daß sich der Widerstand recht schnell organisiert und die Besatzer, ganz gleich welcher Nationalität, ihr blaues Wunder erleben. Genau dieses Szenario ist inzwischen eingetreten, und ich verhehle nicht, daß mich das mit Genugtuung erfüllt, zumal keines der großspurig verkündeten „Kriegsziele“ wie Aufspüren von Massenvernichtungswaffen, mehr „Freiheit und Demokratie“ für das irakische Volk sowie eine Verbesserung seiner Lebensverhältnisse erreicht wurde. (...) **Gottfried Fleischhammer, Leipzig**

Gilbert Dupau ist Überlebender der KZ-Lager Sachsenhausen-Schwarzheide, Theresienstadt und Auschwitz. Im Mai 1945 kehrte er nach Frankreich zurück. Er hatte den Todesmarsch von Schwarzheide nach Theresienstadt überlebt. Immer wieder spricht er in C-Penson (Südfrankreich), wo er heute lebt, vor Jugendlichen über seine Erfahrungen. Er ist Mitglied unserer Gruppe „Spurensucher“. In einem Brief, den wir kürzlich erhielten, schildert er, wie ihm nach der Befreiung der deutsche Antifaschist Paul Bergmann aus Königsbrück seine KZ-Hose gegeben hat, da Gilberts eigene zerrissen war, vom ständigen Reiben am Seil des Todeskarrens, den er ziehen mußte. Und aufmerksam folgen die Schüler des Gymnasiums seinem Bericht. Die Hose hängt dabei neben der Tafel des Klassenzimmers. Ein kleines Zeichen großer Solidarität, die im KZ-Nebenlager Schwarzheide bemerkenswert war.

Dr. Heinz Senenko, Sebnitz

Im letzten Absatz eines an sich vernünftigen Artikels von Bundeswehr-Oberstleutnant Jürgen Rose im „Freitag“ vom 18. 7. 03 stieß ich auf Formulierungen, bei denen mich das sprichwörtliche Pferd trat. Fällt diesem Kriegsmann wirklich nichts Besseres ein, als der US-Militär-Hypertrophie „eine autonom handlungsfähige Europäische Verteidigungsunion“ als „einzig tragfähige sicherheitspolitische Antwort“ entgegenzusetzen? Will er gegen den Teufel nun den Beelzebub ins Rennen schicken? Heißt das nicht, sich auf die gleiche schiefe macht- und militärpolitische Ebene zu begeben wie die Obersten des Militärwahns hinter dem großen Teich? Gott behüte uns davor, daß solche Ideen sich auch noch in linken und Friedenskreisen ausbreiten! Die einzige Hilfe, die uns angesichts des rasenden Terrors der allein verbliebenen Supermacht zuwachsen kann, besteht in der Wiedererweckung des Völkerrechts, in der weltweiten Stärkung der UNO-Rechtsstrukturen und in der Wiedererzwingung einer internationalen Politik, die auf der Geltung der UN-Charta und auf friedlichem Interessenausgleich beruht. Oder um es in der Sprache des „Unrechtsstaates“ DDR zu sagen: in der Förderung von Frieden und Völkerfreundschaft. **Peter Franz, ev.-luth. Theologe, Weimar**

(...) Wie Leser Horst Mette aus Ebersberg halte ich die „Schilderungen des DDR-Alltags“ einschließlich seiner „großartigen Seiten“ für besonders wertvoll. Zu diesen gehören nicht zuletzt auch die Arbeiterlieder, die uns besonders in den ersten DDR-Jahren so begeisterten. Die Erwähnung nur einiger Titel wie „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“, „Jugend aller Nationen“, Das Lied vom kleinen Trompeter, „Entgegen dem kühlenden Morgen“, „Kleine weiße

Friedenstaube“ u. a. rufen in uns stärkende Erinnerungen hervor. (...)

Karl-Fritz Zillmann, Freiberg

Im Artikel „Niederlage oder Verrat?“ kritisiert Klaus Steiniger die UZ, weil die Zeitung zum Metallarbeiterstreik in östlichen Bundesländern schreibt: „Aus der Niederlage lernen!“ Ich finde die Überschrift in der UZ richtig. Will K. St. mit seiner Kritik denn sagen, die Metallarbeiter hätten gesiegt? Schön wärs.

Erwin Riekert, Denzlingen

(...) Trotz Fehlern und Mängeln in der SED, die aber nicht überwogen, habe ich den Pluralismus, wie er heute als für eine linke Partei erforderlich angepriesen wird, nicht gerade herbeigeseht. Ich bin in den ersten Jahren meiner PDS-Mitgliedschaft aber auch nicht dagegen aufgetreten. Man müsse aus der Niederlage lernen, es gehe um ein besseres Demokratieverständnis, wurde uns bedeutet. Wer die Lehrmeister in der PDS waren, muß ich wohl heute nicht mehr darlegen.

Das Wort „Pluralismus“ kam wohl auch im DDR-Fremdwörterbuch vor. Sicher jedoch nicht in dem Sinne, daß diese Vielgestaltigkeit unbedingt in linken oder sozialistischen Parteien einziehen sollte. Heute ist mir klar, daß eine Partei mit einem derart „pluralistischen“ Profil ihren revolutionären Charakter verlieren muß. Deshalb ist auch die PDS für meine Begriffe keine tatsächlich linke Partei mehr, wie sie heute in der BRD dringend gebraucht würde. (...)

Meines Erachtens benötigen wir für die Zukunft wieder eine aus den Fehlern der Vergangenheit lernende große sozialistische Partei, die am demokratischen Zentralismus und wesentlichen Inhalten festhält. Sie muß letzten Endes die politische Machtfrage klar im Auge behalten.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Die linken Kräfte in der PDS besitzen Vorstellungen darüber, wie sich ihre Partei als fortschrittliche Kraft entfalten könnte. Besonders in Basisgruppen wird darüber gesprochen. Leider ist ihr Einfluß im Vergleich mit den „Reformern“ und jenen, die aus der PDS eine einheitliche linkssozialdemokratische Partei machen wollen, zu gering. An der Basis wird viel über Inhalte, Ziele und Programm der PDS diskutiert, doch auf den Parteitag treffen dann andere die Entscheidungen. Nun stehen wir vor dem Programmparteitag. Doch wer setzt sich dort durch?

Bei kommenden Wahlen wird es schwer sein, die Menschen davon zu überzeugen, PDS zu wählen, wenn sie die Standpunkte im einzelnen hören. Für uns einfache Mitglieder wird es immer komplizierter. (...) Angesichts der Aufsplitterung der Linken weiß man manchmal nicht, wo man sich tatsächlich orientieren kann. Ich denke, es ist zumindest hohe Zeit für die Aktionseinheit aller linken Kräfte in der BRD. Der „Rot-Fuchs“ könnte einen Beitrag dazu leisten.

Günter Bauch, Fraureuth

(...) Was versteht die PDS nach Gera und Berlin unter „radikaler Änderung der Politik“? (...) Die entschiedene Abwehr jeglicher antisozialer Folgen neoliberaler Existenzsicherungsmaßnahmen wäre PDS-Aufgabe – als Partei der und für die Betroffenen. Wer sonst soll deren Interessen denn vertreten? Aber solange das nicht ihr Prinzip und ihre Programmatik ist, wird die Notwendigkeit der PDS nicht mal erkennbar – und sie selbst kaum überlebensfähig! Ganz das Ziel ihrer Gegner seit 1989. Sich selbst

adäquat radikal zu verändern dürfte also einzigstes Gegenmittel sein. (...)

Hans Fröhlich, Internet

Der mit einem Putsch verbundene Berliner Sonderparteitag der PDS – eine Inszenierung der „Reformer“ – ist nach dem Wunsch seiner Regisseure verlaufen. Jetzt hört man überall, man solle ja keine voreiligen Entscheidungen treffen, keinesfalls aus der PDS austreten, keine Spaltung gutheißen.

Warum das Ganze?

Jahrelang habe ich die PDS mit „Bauchschmerzen“ gewählt. Aber bei den beiden letzten Malen (Senats- und Bundestagswahlen) wollte ich mir das nicht mehr antun. Zehntausende andere handelten ebenso. (...) Nach meiner Ansicht sollten sich Spreu und Weizen trennen: Auf die eine Seite gehören alle, die eine zweite sozialdemokratische Partei wollen, auf die andere jene, welche nach wie vor für eine echte sozialistische Partei eintreten. Denn seit Jahren betreibt die PDS Etikettenschwindel. Demokratischer Sozialismus?

Leider bietet die DKP für DDR-Bürger keine Alternative. Warum das so ist, darüber könnte man ein Buch schreiben. Natürlich besitze ich nicht den Stein der Weisen. Auch ich kenne nicht den Weg, wie man eine große und klassenkämpferische sozialistische Partei „aus dem Boden stampfen“ könnte. Aber eines weiß ich: Der Gedanke an sie ruft bei mir Aufbruchstimmung und Enthusiasmus hervor. (...)

Dieter Bartsch, Berlin

(...) Als Mitglied des Fördervereins danke ich auch für die Juli-Ausgabe, in der mich besonders zwei Artikel zu kurzen Bemerkungen veranlassen. Zunächst zum Beitrag von Dr. Norbert Podewin über Walter Ulbricht. An dem Tag, an dem er starb, saß ich als Vertreter der Jugend der DDR

im Arbeitspräsidium einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die anlässlich der X. Weltfestspiele in Berlin stattfand. Die Nachricht bewegte mich sehr. Der Tagungsvorsitzende gab eine kurze Beileidserklärung ab. Die anwesenden Vertreter von Jugendorganisationen aus vielen Ländern erhoben sich zu Ehren Walter Ulbrichts von den Plätzen. (...)

Unvergeßlich bleiben mir aber nicht nur die Ehrungen, sondern auch die gegnerischen Politiker ausgesetzt war. Selbst in den eigenen Reihen und im eigenen Lager wurde er hintergangen, war man bemüht, ihn zu Fall zu bringen, weil er beim sozialistischen Aufbau der DDR und in der internationalen kommunistischen Bewegung Konsequenz mit neuen Überlegungen verband. (...)

Noch eine Bemerkung zum Artikel der Genossen Dr. Czichon und Dr. Marohn über die Schmähung Thälmanns. Für mich steht fest: Mit all den Anti-Thälmann-Kampagnen, den „Schuldzuweisungen“ an die KPD der 20er und 30er Jahre und den „neuen Forschungsergebnissen“ zu diesem Thema soll doch nur davon abgelenkt werden, wer unser Land 1933 in die Katastrophe des Faschismus geführt hat. (...)

Heinz-Joachim Maaßberg, Magdeburg

Durch Zufall stieß ich auf einen Artikel in der „Berliner Zeitung“ vom 31. Juli mit der Überschrift „Die Stinker“, der mich maßlos empörte und zu nachfolgenden Überlegungen veranlaßt. Derzeit werden die Spielzeugläden mit sogenannten Stinkern, wie sie offiziell heißen, vollgestopft. Sie machen ihrem Namen alle Ehre und sollen vor allem bei 8- bis 12-jährigen Jungen reißenden Absatz finden. Das Stück kostet 10 Euro! Es handelt sich hierbei um etwa 10 Zentimeter große Spielzeugfiguren wie Sammy Schweißfuß-Socke, die penetrant

stinken und zwischen den Zehen „Fußprotz“ verspritzen. 23 Artgenossen verschiedener Geruchsrichtungen wie Müll, Klo oder Schimmelkäse sind im Handel, und das Geschäft soll blühen, die Kassen füllen und zu Nachbestellungen animieren.

Bei der Allgäuer Firma Fischer Marketing, die das eklige „Spielzeug“ vertreibt, sollen die Lager bereits leer sein. Die „Kids“ stünden einfach darauf, obwohl selbst den Spielwarenhändlern die „Stinker“ zuwider seien. Sie meinten, den Kindern werde echt etwas zugemutet.

Woher aber stammt die famose Idee? Natürlich aus den USA.

Günter Stuedten, Berlin

(...) Wie Frau Dr. Lammel zu Beginn ihres Beitrags „Das Arbeiterlied“ (RF 66) schrieb, ist das Thema sehr umfassend. Es muß in seinem Gesamtzusammenhang behandelt werden. Das kämpferische Lied spielte in der Menschheitsgeschichte nicht immer eine positive Rolle. Doch überwiegend beflügelte es den Widerstand der Arbeiterbewegung und das Ringen um eine neue Gesellschaft. Das gilt auch für die jüngste Vergangenheit und die Gegenwart. (...)

Denken wir nur an den Oktoberclub, an Pete Seeger und Chiles Inti Illimani. In den 70er Jahren ist die Singebewegung leider abgeschwächt worden, am Ende sogar eingeschlafen. Heute singt man in der Kirche, grölen die Rechten auf ihren Kameradschaftstreffen, aber es gibt (von der „RotFuchs“-Leserversammlung abgesehen) fast keine Veranstaltung, in der ein gemeinsam gesungenes Arbeiterlied Auftakt oder Abschluß ist. Dabei haben uns z. B. die Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre in der BDR entstandenen Texte wie „Baggerführer Willibald“ und nicht wenige DDR-Lieder auch heute viel zu sagen. (...)

Günter Werzlau, Taucha

Ein Dresdner, der zum exzellenten Berlin-Kenner wurde

Zum Tode Heinz Knoblochs

Der Feuilletonist und Schriftsteller Heinz Knobloch starb nach schwerer Krankheit 77jährig am 24. Juli 2003 in Berlin. Der aus Dresden Stammende war ein Spezialist für die Kulturgeschichte Berlins. Diese Stadt bedeutete ihm das, was Leipzig für Lessing war – ein Ort, „wo man die ganze Welt im Kleinen sehen kann“. Seit Jahrzehnten war Berliner Lokales immer wieder sein unerschöpfliches Thema. Er half seinen Lesern mit mehr als 1 500 Feuilletons, die kulturhistorische und konfliktreiche Schönheit dieser Metropole besser kennenzulernen. Mit Akribie und Detailtreue spürte er in der Gegenwart Vergangenes auf, schuf beziehungsreiche Assoziationen. Bereits 1957 erschien Knoblochs Wegweiser durch die Berliner Museen. Er sammelte Beiträge von 67 Autoren der Stadt, die zwischen 1842 und 1933 herausgekommen waren. Viele seiner eigenen Arbeiten, die er für die „Wochenpost“ (1953–1990) und die „Weltbühne“ schrieb, finden sich redigiert in sicher zwei Dutzend Büchern wieder. Zu Spaziergängen durch die Kulturgeschichte Berlins lud Knobloch in seinen Feuilletonbänden „Berliner Fenster“, „Stadtmitte umsteigen“, „Im Lustgarten“, „Berliner

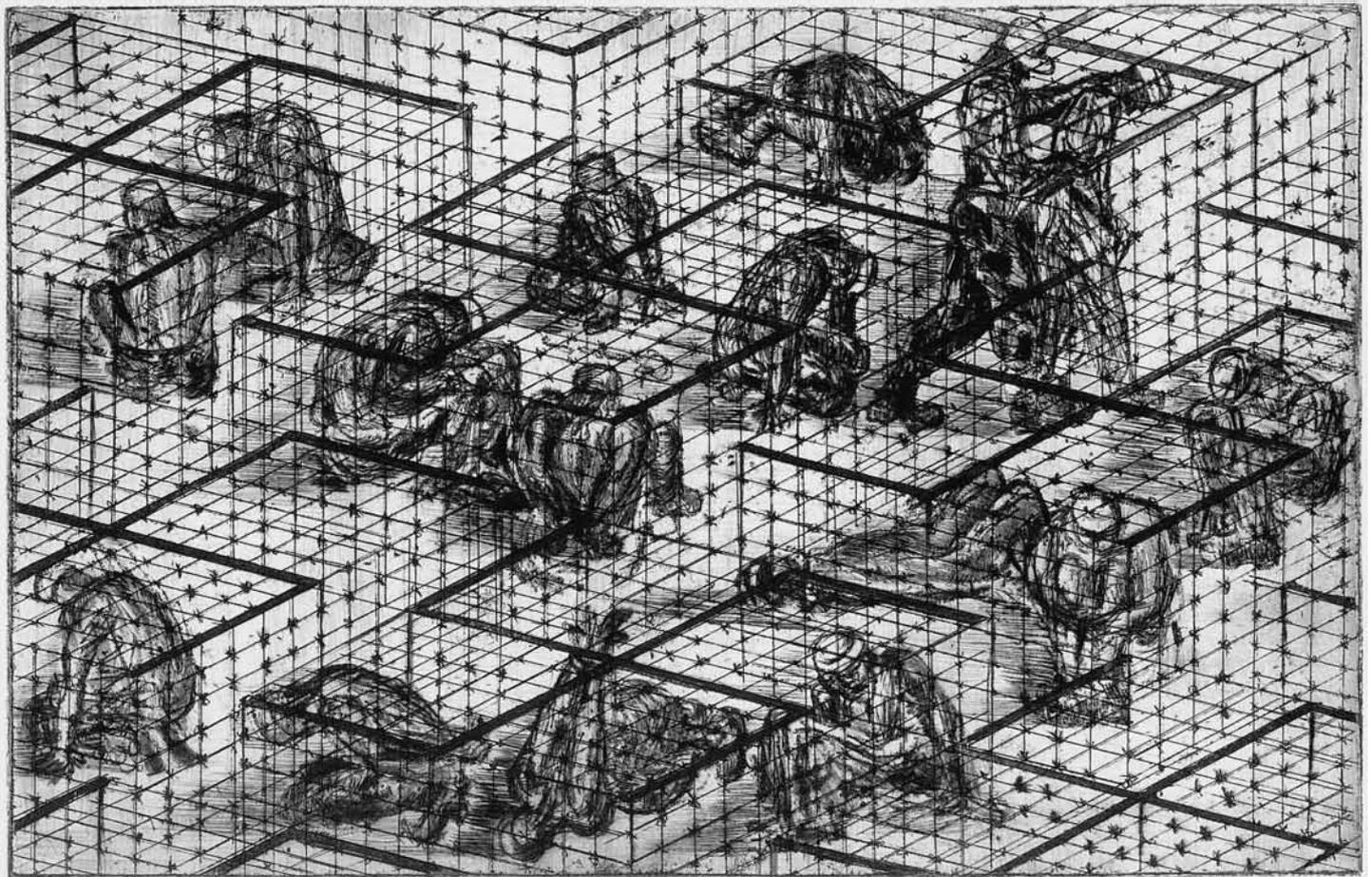
Grabsteine“, „Jüdische Friedhöfe“ u. a. ein. Diese literarischen Streifzüge reflektieren welthaltige Lokalchronik. Knobloch verknüpfte Gegenwart und Vergangenheit und rief vieles, was schon in Vergessenheit geraten war, ins Bewußtsein des Lesers zurück. Seine Berichte vermittelten auf vernünftige Weise Wissenswertes und erzählten von Lebensart und Mentalität ehemaliger und zeitgenössischer Bewohner der Stadt. Seine Berlin-Erkundungen ließen ihn im Laufe der Zeit zu einem verdienten Heimatforscher werden. Sein Buch „Die schönen Umwege. Beobachtungen“ führt uns u. a. zu den Ruhestätten Theodor Fontanes und Wieland Herzfeldes. Man würdigte es als „eine Meisterleistung in der Knoblochschen Kunst der Spurensuche“.

Neben seinen aufwendigen feuilletonistischen Ausgrabungen schrieb Heinz Knobloch auch umfangreiche biographische Bücher wie „Herr Moses in Berlin“ (1979) über den Zeitgenossen Lessings. Dabei entdeckte er viel Vergessenes und Wichtiges über Moses Mendelssohn. Die Rezensenten sahen in dem mehrfach verlegten Buch das „Porträt eines ungewöhnlichen

Philosophen und Schriftstellers, der auszog, das Lehren zu lernen“.

Knoblochs 1985 erschienenes Werk „Meine liebste Mathilde“ über die Sekretärin und Vertraute Rosa Luxemburgs bildete in mancher Hinsicht eine Art Weiterführung seines „Herrn Moses“. In jener „Geschichte zum Berühren“ rollte er geradezu den Lebensfaden der fast vergessenen Frau auf, die 1943 im Konzentrationslager Theresienstadt starb. Von ungewöhnlicher Zivilcourage erzählte Knobloch dann in dem Buch „Der beherzte Reviervorsteher“: Wilhelm Krützfeld rettete 1938 die Neue Berliner Synagoge vor SA-Brandstiftern. Nach mehrjähriger Arbeit deckte Knobloch 1993 in „Der arme Epstein. Wie der Tod zu Horst Wessel kam“ die Geschichte eines Justizskandals der 30er Jahre auf. Mitte der 90er Jahre legte der Schriftsteller mehrere autobiographische Bücher vor.

Der geschätzte „literarische Flaneur“ und exzellente Kenner der Berliner Geschichte war u. a. Träger des Nationalpreises der DDR, des Heinrich-Mann-Preises und des Lion-Feuchtwanger-Preises der Akademie der Künste. **Dieter Fechner**



Guantánamo – ein deutsches Modell

Grafik: Klaus Parche

Das Treffen der »RotFüchse« nicht versäumen!

Am Sonnabend, dem 11. Oktober 2003,
findet ab 10.00 Uhr in Berlin die

2. Zentrale Mitgliederversammlung

des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. statt.
Ort: Blauer Salon des ehemaligen
ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz
(Nähe Ost-Bahnhof)

Auf der Tagesordnung stehen u. a. die
Berichterstattung des Vorstands, Diskussion
und Neuwahlen. Wer bis zum Veranstaltungs-
beginn Mitglied des Vereins geworden ist, be-
sitzt Stimmrecht.

WIR GRATULIEREN

Sie gehören zu den Aktivsten
des Vereins,
bringen reiche Erfahrungen
an verschiedenen Frontabschnitten
des sozialistischen Aufbaus
und des antiimperialistischen
Kampfes ein.



Erwin Mitzkat

aus Teterow,
der am 9. September 2003
sein 75. Lebensjahr vollendet.

Generalmajor a. D.

Dr. Horst Franz aus Eichwalde
wird 70 (21. September 2003) und

Dieter Rosenberg aus Freiberg 60
(30. September 2003).

Wir danken Euch für Euren Einsatz.

Am 6. September 2003 findet aus Anlaß des Gedenkens an den 30. Jahrestag des Pinochet-Putsches in Chile

eine zentrale Veranstaltung
des sich formierenden Bündnisses
Unidad Popular statt.

Motto:

»Ein anderes Chile, eine andere Welt ist möglich«

Ort: Kammermusiksaal
der Berliner Philharmoniker,
Herbert-von-Karajan-Straße 1
10785 Berlin. Von 11.00 bis 18.00 Uhr
Chile-Konferenz,
von 18.00 bis 22.00 Uhr
Solidaritätskonzert

I M P R E S S U M

Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe
Berlin Nordost begründet, ist seit dem
1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige
kommunistisch-sozialistische Publikation.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
Tel. 030/561 3404, Fax 030/56493965
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle
Post zu richten ist)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

E-Mail-Adresse: rotfuchs.berlin@t-online.de

Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Böhler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Bernd Fischer
Walter Florath
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn

Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Paulig
Prof. Dr. Werner Roß
Rainer Rupp
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR
Internet-Redakteurin:
Iris Rudolph
Webmaster der Vereinsseite:
Dr. Hartwig Strohschein
Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Sylvia Feldbinder,
Bernd Koletzki